

ein absurder Gedanke, vor allem für die Menschen, die nicht in diesen Ballungsräumen wohnen. Das öffentliche Verkehrsmittel ist die einzige Lösung der Verkehrsprobleme einer Stadt. Den Gedanken habe nicht ich erfunden, sondern der Gedanke stammt ja von Ihrem Finanzminister. Ich glaube, daß die Diskussion darüber in den nächsten Jahren noch weiter intensiviert wird und daß man, um diesem Umstand Rechnung tragen zu können, natürlich auch aus anderen Taschen Geld aufbringen müssen, um diesem Verkehrsbedürfnis der Ballungsräume in Form des öffentlichen Verkehrsmittels auch gerecht zu werden.

Präs. Univ.-Prof. Dr. Koren: Zum Worte gemeldet ist der Herr Landesrat Dr. Krainer. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Dr. Krainer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich halte es für keinen Zufall, daß gerade anläßlich der Debatte des Baukapitels am Anfang und auch ziemlich am Ende eine recht aufgeheizte, aufgeregte Stimmung vorhanden war, kurzfristig, weil, glaube ich, alle in diesem Hause einfach spüren, ohne es sehr deutlich auszusprechen, daß wir uns in einer Entwicklungsphase der Wirtschaft befinden. Es ist immer wieder auch durchgekommen, daß sich viele Menschen nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa und in der westlichen Welt größte Sorgen machen. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist schon verständlich, daß der eine oder der andere meint, man könne mit Beruhigungspillen in dieser Frage arbeiten. Nicht in diesem Hause. Ich glaube aber, daß man in dieser äußerst schwierigen Situation in der der OECD-Bericht, wie Sie wissen, für das Jahr 1975 davon spricht, daß in Europa der schärfste Abschwung seit dem Krieg zu erwarten ist, und daß die Industrieländer vor einer Bewährungsprobe, deren Herausforderung beispiellos in der Geschichte der Nachkriegszeit ist, stehen, nicht in den Kategorien Optimismus und Pessimismus agieren sollten, denn das ist auch eine Temperamentsfrage. Der eine sagt zu einem Glas, halb gefüllt, es sei schon halb leer, der andere meint, es sei noch halbvoll. Wir müssen uns hier doch sehr um die Kategorie eines wirtschaftlichen Realismus bemühen. Und dieser wirtschaftliche Realismus sagt uns, und das ist auch in der Rede des Herrn Abgeordneten Loidl zum Ausdruck gekommen, daß die Situation absolut sorgenvoll ist, und wenn wir schon auch das Element Optimismus—Pessimismus nicht völlig in die Ecke stellen wollen, dann ist es vielleicht gut, wenn in einer solchen Situation recht viele Menschen mit jener Gemütsituation vorhanden sind, die bereit sind, eine Verbesserung dieser Situation herbeizuführen, und nicht die Miesmacherei einer Situation gegenüberzustellen, von der wir glauben, daß wir sie gemeinsam wirklich lösen müssen. Ich möchte warnen vor einer Verharmlosung und ich möchte auch warnen vor einer falschen Dramatisierung dieser Situation. Ich glaube, daß wir auf der Hut sein müssen, daß wir wachsam sein müssen und ich glaube, daß wir dem steirischen Landesbudget 1975 das Kompliment machen dürfen in diesem Zusam-

menhang, daß vorgesorgt wurde. Und, Herr Abg. Loidl, in einer Weise vorgesorgt wurde, die es Gott sei Dank im Augenblick nicht nötig macht, ein Sofortprogramm, wie wir es auf der Bundesebene nunmehr präsentiert bekommen, auch beschließen zu müssen. Denn die Ausgabenansätze im Baubudget im Land sind gewachsen, sie sind zum Teil kräftig gewachsen, das gilt insbesondere für den Landeshochbau, das gilt, wie der Herr Landeshauptmann gestern ausgeführt hat, auch für den Wohnungsbau, und das gilt erfreulicherweise auch für den Straßenbau so wie in den letzten Jahren.

Wenn wir, meine Damen und Herren, in der schwierigen Situation des Jahres 1975 insbesondere auf dem Bausektor — und wenn Sie sich die Monatsberichte des Instituts für Wirtschaftsforschung anschauen, dann ist in der noblen Sprache dieses Instituts im Novemberheft eine sehr deutliche Aussage in diesem Zusammenhang getroffen, nämlich daß die Abschwächung der Bauwirtschaft natürlich auch die Erzeugung in der vorgelagerten Baustoffproduktion traf und gedämpft hat und daß das langsamere Wachstum in Industrie und Bauwirtschaft auch den Energiebedarf, Verkehr und Handel schwächer expandieren ließ, so ist klar, daß in einer solchen schwierigen Situation die Notwendigkeit bestehen wird, diese Bausofortprogramme auch zu realisieren. Wenn Sie, Herr Abg. Loidl, davon sprachen, daß die Baubremse hoffentlich rechtzeitig gelockert wird, so ist dieses Bild für den Straßenbau des Bundes keinesfalls richtig. Denn da wird nicht nur gebremst, sondern da ist der Rückwärtsgang, meine Damen und Herren, leider eingeschaltet.

Wir haben trotz des Lobes für das steirische Baubudget auch hier deutlich zu deponieren, daß die außerordentlichen Ansätze hinsichtlich der Bauaufwendungen auch in der Gruppe II in einer kritischen Situation voll zum Tragen kommen müssen. Und wenn wir im Laufe der Debatte gehört haben, daß die Finanzierung gerade des außerordentlichen Haushaltes schwierig sein wird, so ist uns in den Regierungsverhandlungen immer wieder gesagt worden, daß die 600 Millionen zu bedecken sein würden, die Stufen I und II umfassen. Ich glaube, daß das auch in diesem Hause ausgesprochen werden muß.

Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, und damit, Herr Abgeordneter Loidl, möchte ich auf einen Punkt zu sprechen kommen, in dem ich mit dem Herrn Abg. Loidl völlig eins bin, nämlich in der Tatsache, daß die steirische Bauwirtschaft im laufenden Jahr, oder besser gesagt schon im vergangenen Jahr, im Bundesländervergleich des ersten Halbjahres, der uns vom Institut für Wirtschaftsforschung zur Verfügung steht, knapp unter dem Vorjahresniveau lag, was den Produktionswert anlangt. Wir haben festzustellen, daß Burgenland, Tirol und Kärnten einen beträchtlichen nominellen Zuwachs bei Bauumsätzen auszuweisen haben für das Jahr 1974, daß Wien, Niederösterreich und Vorarlberg etwa im Bundesdurchschnitt liegen, daß aber Oberösterreich und Salzburg knapp darunter und die Steiermark — wie gesagt — mit einem

Minus von 0,2 Prozent am letzten Platz rangiert. Das ist auch der Grund, weshalb die letzte Meldung des Statistischen Zentralamtes über den Beschäftigtenstand in der Bauwirtschaft in der Steiermark ein Minus von 11,6 Prozent ausweist im Vergleich zum Monatsvergleich, 1. bis 8. Monat des Jahres 1973. Wir alle wissen, meine Damen und Herren, und der Herr Abgeordnete hat das angezogen, daß das zunächst noch die Gastarbeiter trifft. Es ist aber auch kein Zweifel, daß eine kritischere Situation, insbesondere auch deshalb die einheimische Arbeitsmarktsituation bedenklich erscheinen lassen könnte, weil — und das wissen Sie sehr genau — von den Gastarbeitern immer noch Arbeiten erledigt werden. Ich glaube, daß wir auch hier die Qualifizierung dieser statistischen Unterlagen nicht übersehen können. Im übrigen wird es im nächsten Jahr nach einer Mitteilung der Bauinnung in der Steiermark ein geringeres Kontingent an Gastarbeitern geben, sie haben nicht direkt davon gesprochen, aber es wird auf jeden Fall eine Reduktion sein. Wie sich die Dinge tatsächlich entwickeln, läßt sich ja heute auch eben nicht mit letzter Sicherheit sagen, aber soweit wir sie voraussehen können, ist das beachtlich.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Frage des Straßenbaues: Wir haben, wie schon mehrfach in diesem Hause erwähnt, die schwierige Situation zu bewältigen, daß insgesamt dem Bundesstraßenbau 1 Milliarde Schilling weniger zukommen. Es ist ein Zeichen der Solidarität der sozialistischen Fraktion mit ihrer Bundesregierung, daß sie nicht nur in dieser Frage, sondern auch in vielen anderen Fragen ihre alten Kämpfer und Steher vorgeschickt hat und Erklärungsversuche gibt. Der Abgeordnete Brandl hat damit begonnen. Er hat gemeint, wenn es 1 Milliarde Schilling weniger gibt, gibt es auch in der Steiermark, dem Sinne nach, weniger, es kann ja nicht mehr sein. No na, würde ich sagen. (Abg. Brandl: „Na net ist besser!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „No na!“) Es paßt in jedem Fall, in Richtung Wien paßt es vielleicht besser. Jedenfalls bedeutet das, daß wir in der Steiermark 226 Millionen Schilling weniger zur Verfügung haben als im laufenden Jahr. (Landesrat Gruber: „11 Milliarden Steuersenkung und gleichzeitig mehr, das muß man sagen!“)

Der Herr Abgeordnete Gerhard Heidinger hat gestern gemeint, erforscht ein bißchen euer Gewissen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Habe ich gemeint, ja!“) Ich würde hoffen, daß er sich selber in dieser Frage etwas ernster nimmt, und zwar auch gerade in dieser Frage. Vielleicht überlegt man sich einmal, ob immer nur die anderen falsch verstehen, was die Regierung an Maßnahmen setzt — in der ORF-Frage etwa. Dies sei nur am Rande erwähnt. Auch dies war ein imponierendes Beispiel dafür, daß sich einer hinstellt vor seine Bundesregierung. Das hilft uns trotzdem nicht weiter. Ich möchte nicht meinen, daß es uns in einer schizophrenen Weise passen sollte, in der einen Frage sich darüber zu freuen, daß S 600.000.000,— in die Landwirtschaft gehen, und auf der anderen Seite darüber zu klagen, daß wir eine Milliarde weniger

haben. Es ist kein Problem der Wollust, verehrter Herr Abgeordneter. (Abg. Zinkanell: „Das muß einmal geklärt werden!“) Sie wissen, in welchem Zusammenhang wir das gesagt haben. (Abg. Loidl: „Das brauche ich ja nicht zu wissen!“) Daß Sie so indiskret sind und das heute hier erzählen, hätte ich von Ihnen nicht erwartet. Und alle anderen haben es Ihnen nachgesagt.

Meine Damen und Herren, es würde eine große Freude sein, ich glaube, eine gemeinsame Freude, wenn wir sowohl einerseits diese 600 und 400 Millionen aus dem Bundesbudget jenen Gruppen zur Verfügung stellen, die mit gutem Recht Argumente dafür aufbringen, aber zur selben Zeit auch im Straßenbau die Möglichkeit haben, jenes Netz einer Grundausstattung fortzubauen und zu verbessern, das einfach notwendig ist. Es ist nicht unsere Gepflogenheit, uns im nachhinein und jetzt als Rechthaber aufzuspielen, aber die Schadenfreude über Äußerungen höchster Funktionäre dieses Staates, die überlassen wir gerne anderen. Auch wenn die Äußerungen falsch waren, wenn sie zum Teil sogar offenkundig bewußt falsch waren, weil man ja nicht annehmen kann, daß der Herr Bundeskanzler nicht gewußt hat im September und Oktober, wie sich die Budgetgestaltung wirklich ergeben wird. Wir glauben, daß wir die zusätzlichen Mittel bitter notwendig gebraucht haben und wenn etwas an den Auseinandersetzungen der letzten Jahre hier sinnvoll war in diesem Zusammenhang, dann doch die Tatsache, daß hier zum Ausdruck gekommen ist, daß wir gemeinsam der Überzeugung sind, daß in der Steiermark im Straßenbau noch sehr vieles geschehen muß.

Nunmehr noch ein kurzes Wort zu den Straßenbaumitteln (zeigt eine Karte). Sehen Sie, lieber Herr Abgeordneter Prensberger, die Anteile der Straßenbaumittel waren für die Steiermark (Abg. Prensberger: „Schon immer niedrig!“) leider von 1971 bis 1974 noch niedriger, sie betragen im Schnitt in den Jahren 1967 bis 1970 jährlich 14,3 Prozent an den Gesamtstraßenbaumitteln in Österreich, und betragen von 1971 bis 1974 13,9 Prozent. (Abg. Gerhard Heidinger: „Aber absolut waren sie höher!“) No na, wieder einmal! (Abg. Brandl: „Da haben Sie ja noch eine Tafel, Herr Landesrat!“)

Aber meine Herren, ich kann Sie gerne einladen, zu mir zu kommen und sich die Sache bei mir anzuschauen. Wir haben immer ein offenes Haus und reden mit Ihnen jederzeit gerne. Damit Sie mich nicht falsch verstehen und keine Spitze vermuten, die wirklich nicht da ist: Schauen Sie, der Herr Bautenminister, der ein Steirer ist, wie der Herr Landeshauptmann gestern schon sagte (Abg. Gerhard Heidinger: „Und steirisch gewählt hat!“), hat sich in diesen Fragen immer sehr engagiert. Das ist völlig außer Frage. Wenn gesagt wurde, wir haben immer wieder etwas dazubekommen, dann ist es unter diesen Voraussetzungen Gott sei Dank jener Teil, der es ermöglicht hat, daß wir einigermaßen in diesem Mittel gelegen waren. Ich habe keine Gelegenheit versäumt, auch in einer sehr fairen und redlichen Weise für den persönlichen Einsatz des Bautenministers meinen Dank auszusprechen. Seine Bemühungen haben aber bisher leider in der Theorie

etwas gebracht. Damit bin ich beim zweiten Punkt. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Wenn früher so viele Mittel in die Steiermark gekommen wären wie jetzt, wären wir weiter gekommen!“) Sie sind völlig im Irrtum. Rechnen Sie nach, ich will Ihnen gerne die Gelegenheit dazu geben. Wir machen das in einer viel entspannteren Atmosphäre als noch im vorigen Jahr. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Zeig die Karte noch einmal her!“ — Heiterkeit — Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist ja mit schwarzer Tinte!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Das sind Prozente!“) Ihr Parteivorsitzender hat mich unterbrochen bei dem, was ich sagen wollte — er hat ja auch gekämpft damals, in der Krainerhütte. Ich habe es in der Zeitung gelesen. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Reden Sie jetzt als geschäftsführender Parteiboss, weil Sie mich als Parteiboss anreden!“) Nein, Sie waren damals als Parteiboss in Baden bei Wien, und deshalb rede ich Sie als solchen an. Ich rede ja als Straßenbaureferent hier. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Das hätten Sie sagen müssen!“) Sie haben ja dort keine Straßenbaubelange zu vertreten gehabt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das ist eine Angelegenheit aller Steirer. Sie glauben, wir fahren nur auf der schwarzen Straße!“ — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ist das nicht recht?“) Aber natürlich, im Gegenteil. Sie wissen aber, in welcher Funktion. (Abg. Dr. Dorfer: „Seid froh, daß der Sebastian das macht. Da gibt es doch nichts zu vertuschen. Ist das eine Schande?“) Leider hat es nichts gebracht. Die Herren haben sich leider nicht durchgesetzt, nichts anderes wollte ich sagen. Er ist ja dafür eingetreten, daß die Straßenbaumittel aufgestockt werden. Es gäbe einen Ausweg, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn nämlich die Dringlichkeitsreihung, die Bundesminister Moser abgeschlossen hat — (Abg. Loidl: „Einvernehmlich mit den Ländern, auch mit Ihrer Zustimmung!“)

Der Abg. Dr. Helmut Heidinger hat ja heute schon einmal darauf Bezug genommen, es ist nicht erfreulich, keineswegs erfreulich, daß wir hinsichtlich der Dringlichkeitsreihung, und auch das habe ich in einem anschaulichen Bild mit (zeigt eine Karte), zum Teil Straßenstücke eingetragen haben, die als im Ausbau befindlich gar nicht einbezogen wurden, während die Dringlichkeitsstufe I, also diese roten Stücke, in Wahrheit mit dem Jahre 1973 in einer 5-Jahres-Tranche zu bewältigen gewesen wären. Ist nicht mehr drin, stimmt einfach nicht mehr, ist eine Art Richtlinie, nach der das ablaufen wird, und die Tranche ist nicht zu halten unter den gegenwärtigen Voraussetzungen. Herr Abg. Brandl, Sie haben von der Süd-Autobahn in diesem Zusammenhang gesprochen. 2,2 Milliarden kostet die Fertigstellung von Mooskirchen bis zur Pack. In der Dringlichkeitsreihung, ist sie, wie Sie sehen, als im Bau befindlich ausgewiesen. Diese 2,2 Milliarden sind ein enormer Betrag auf dem Hintergrund etwa der heurigen Budgetdotierung von nicht einmal ganz 1,1 Milliarden. Für 1978 war die Fertigstellung ins Auge gefaßt. Wenn wir die im Bau befindliche Pack — schauen Sie sich's an, die Weststeirer kennen diese eindrucksvollen Bauwerke zum Teil — um die

beginnenden achtziger Jahre fertig haben, dann nur, wenn es gelingt, etwa diese Doppelführung der Tunnels im Bereich Modriach—Pack—Landesgrenze eben auf je einen Tunnel zu reduzieren, Kalchbergtunnel—Mitterbergtunnel. Das ist aber eine Forderung, die bisher besteht, auch genehmigt von seiten des Ministeriums, so daß wir uns unter Umständen dort 500 Millionen Schilling ersparen. Der Vergleich mit der Wechselbundesstraße, den Sie angezogen haben, und dem Ausbau etwa der Pack, der B 70, ist deshalb nicht möglich, weil ja damals gar keine Alternative bestanden hat. Als mit dem Ausbau der Wechselbundesstraße begonnen wurde, da gab es ja die Alternative A 2 Wechselbundesstraße nicht, daher wurde die Wechselbundesstraße ausgebaut. Hier haben Sie eine Alternative zwischen einem Bauwerk, in das etwa 600 Millionen bereits investiert wurden, während Sie auf der anderen Seite 100 Millionen wiederum in einen Aufwand investieren, der Ihnen im Endeffekt weder verkehrlich noch wirtschaftlich einen wirklichen Fortschritt bringt. Daher ist dieser — wie ich annehme — wohlgemeinte und überlegte Vorschlag nicht realisierbar.

Was nun überhaupt das Problem der Finanzierung anlangt, meine sehr geehrten Damen und Herren, so glaube ich, müssen wir eines auch in Rechnung stellen, damit komme ich zu diesen 600 und 400 Millionen, zu dieser einen Milliarde. Wie schaut denn seit dem 1. Jänner 1973 die steuerliche Belastung des Treibstoffes aus? Das wissen doch die informierten Leute alle. Seitdem es die Mehrwertsteuer gibt, kassiert der Finanzminister Steuer von den Steuern, und das ist ein Betrag, den er kassiert (Abg. Aichholzer: „Das war schon immer so.“), aber ich bitte Sie, lieber Herr Aichholzer, ich werde ja auf Ihren heutige Beitrag leider noch kurz zurückkommen müssen, schauen Sie sich das an, hier ist die Steigerung der Mehrwertsteuer und das ist der Abfall der zweckgebundenen Bundesmineralölsteuer, weil sie nämlich nicht vom Preis, sondern von der Menge abgezogen wird. Wissen Sie, was das bedeutet, daß nämlich der Straßenbau, Herr Abg. Pichler, diese zweckgebundene Verminderung in Kauf nehmen muß, während der Finanzminister bei einer Steigerung durch die Preiserhöhungen ständig mitprofitiert, und diese Steigerung ist nicht zweckgebunden für den Straßenbau. Daher hätte der Finanzminister ohne weiteres entweder eine Zweckbindung eingehen können oder den Betrag, den er nicht zweckgebunden hat, für diese 1 Milliarde, 400 Millionen Bundesbahnen, 600 Millionen Landwirtschaft, geben können und das Prinzip wäre nicht verletzt worden. Denn ich warne davor, auch Herr Abg. Turek, ich warne davor, die Zweckbindung der Bundesmineralölsteuer — reden Sie mit den Leuten, die sich sehr viel damit beschäftigt haben — in einem noch größeren Maße zu durchlöchern, als das bereits geschehen ist. (Abg. Turek: „Das wird aber kommen!“) Daß das budgetäre Auswirkungen hat in der Zukunft, ist mir klar, primär sind das kommunale Probleme, und in zweiter Linie ist die Möglichkeit vorhanden, daß den Kommunen seitens der anderen Gebietskörperschaften Zuschüsse gegeben werden. Das ist ein demokratisches Prinzip unserer Wirtschaftsordnung ge-

mäß der Verfassung, in diesem Zusammenhang, nach unserer Auffassung. Aber bitte sehr, jeder, wie er glaubt. Das ist die Problematik, die wir in diesem Zusammenhang nicht übersehen dürfen.

Der Abg. Nigl hat in einem sehr genauen und interessanten Bericht über die Mautstraßen gesprochen, weil wir von der Finanzierung reden. Sie wissen, daß wir bei der Gleinalm ein Finanzierungskonzept der Gesellschaftsstrecke gefunden haben vor Jahren, daß etwa dem der Brennerautobahn und der Tauernautobahn entspricht. Nur mache ich Sie darauf aufmerksam, daß der Kapitalmarkt, den wir mit einer solchen Gesellschaftsgründung in Anspruch nehmen konnten, in einer Weise heute sich präsentiert, die es als problematisch erscheinen läßt — und ich habe das nicht von irgendjemandem, sondern von einem Herrn, der Ihnen ein sehr bemerkenswerter Zeuge wäre, wenn ich ihn beim Namen nennen würde —, daß die Hälfte etwa der Baukosten für den Bau in der Gleinalm 1975 zur Verfügung steht und daß die Hoffnung besteht, daß die zweite Tranche der weiteren 300 Millionen auf dem Kapitalmarkt aufgebracht werden kann. So ist auch der Zusammenhang mit der Mautstraße zu sehen. Der Vorteil, nämlich auf den Kapitalmarkt zu gehen, ist in der gegenwärtigen Situation durch die Kapitalmarktsituation behindert. Die Bemaution ist eine Möglichkeit, wenn sie sehr frequentiert in Anspruch genommen wird — und das ist die Hoffnung etwa beim Gleinalmtunnel, weil die Alternative viel kostspieliger ist —, so muß man es ja sehen, und das ist der Grund, weshalb man nicht überall bemaution kann. (Abg. Ing. Turek: „In Graz nicht!“) Das ist Ihre Meinung. Ich sage nur das, was sehr viele Fachleute in vielen Jahren in dem Zusammenhang gedacht und auch publiziert haben. Ich bin vielleicht nicht so informiert wie Sie, Herr Abg. Turek, aber die Möglichkeit ist nach übereinstimmender Aussage vor allem dort gegeben, wo die Straßenrelationen sich so verhalten, daß die Alternativen nicht attraktiv sind. Man kann das auch sehr deutsch sagen, der Lackner Karl ist leider nicht da, wenn es daneben eine andere Straße gibt, dann ist halt die Maut nicht unbedingt das, was man sich antut, weil es sehr viel mehr kosten kann. Verstehen Sie? Daß es dabei eine Reihe von Problemen mit dem internationalen Transitverkehr gibt, der etwa 30 Prozent ausmacht, liegt auf der Hand, und ich danke sehr für diese Darlegung, wir werden sie selbstverständlich auch in diesem Sinne weitergeben. Sicher ist eines, daß das Allerweltrezept Hucke-Pack-Verkehr unter ganz ähnlichen Schwächen leidet wie das Mautsystem, vielleicht noch unter größeren augenblicklich, weil sich in ganz Mitteleuropa gezeigt hat, daß nur dann der Hucke-Pack-Verkehr in Anspruch genommen wird, wenn auch die Alternative unattraktiv ist. Vom Fuhrpark wollen wir gar nicht reden, ich habe das Vergnügen gehabt, in der ÖBB-Hauptwerkstätte in Knittelfeld ein langes Gespräch mit dem Vorstand zu führen, die Herren haben in dieser Richtung auch ihre Bedenken und Sorgen geäußert.

Hohes Haus, darf ich ein kurzes Wort noch zu einer Frage finden, die heute mehrmals

hier diskutiert wurde: nämlich zur Frage der Pyhrnautobahn im Westen von Graz oder zur Problematik der Umfahrung dieser Stadt. Die Idee Plabutsch-Tunnel ist entstanden aus der Not der Autobahnplaner und der Umweltschützer, keine andere Alternative, die realisierbar ist, anbieten zu können. Es sind fünf Straßenvarianten studiert worden, es ist erstmals von uns ein großes Umweltschutzgutachten in Auftrag gegeben worden. Der Herr Landeshygieniker Professor Möse hat hier eine großartige Arbeit vorgelegt. Dies ist sozusagen die einzige Alternative, die auf dem Hintergrund der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation auch gebaut werden kann, unter der Voraussetzung, daß dies auch finanziert wird. Ich habe mich sehr um das Einvernehmen bemüht, beim Herrn Minister genauso wie in der Stadtgemeinde Graz und nicht nur in unserer Rathauskoalition, sondern auch mit der sozialistischen Fraktion. Wir sollten gerade diese Frage nicht wieder in einer parteipolitischen Weise hochzuspielen versuchen. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Das ist richtig!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Er hat ja gesagt, wir!“ — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Das hat er auch gemeint!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Nein, er hat den Landtag gemeint!“) Alle miteinander. Sie können mich da ruhig zitieren, so oft Sie wollen. Es hat natürlich auch solche Tendenzen gegeben, obwohl ich mit aller Klarheit und Eindeutigkeit sagen will, daß niemand in der Lage gewesen wäre — mit oder ohne Vohlksbegehren —, durch den Westen von Graz diese Autobahn wirklich zu bauen, weil in der Kostenfrage keine Minderung etwa in der Relation zu einem solchen Tunnelprojekt vorgelegen wäre. (Abg. Preamberger: „Es gibt überhaupt keine Lösung!“) Selbstverständlich. Nur werden Sie zu keiner Lösung kommen, die anders aussieht. Sie wissen das sehr genau. Ich muß sagen, ich freue mich, daß der Herr Bautenminister gerade in dieser Frage wiederum eine sehr sachliche Haltung einnimmt und er eher als andere sich bemüht, den Weg zu finden, bei dem wir nicht nur die technischen Probleme lösen, denn die sind natürlich lösbar, sondern auch die Finanzierung sicherstellen. Ich möchte wiederholen, was ich im Ausschuß gesagt habe in diesem Zusammenhang: Wenn dem Bund die Umfahrung von Mürzzuschlag, die Umfahrung von Kindberg sowie die Umfahrungen von Judenburg und von Wildon, der Durchstich durch die Gleinalm wert erschieben, in Angriff genommen zu werden, wird das bei der Landeshauptstadt Graz mit einer Einwohnerzahl von 250.000 dem Bund auch wert sein. Auf diese Frage muß man sich konzentrieren. Was der Abgeordnete Haas hier heute im Zusammenhang mit dem Vorschlag einer provisorischen Landesstraßenumfahrung gesagt hat, haben wir in einem ersten Verfahren geprüft und werden das auch noch sehr gründlich tun, weil wir der Gemeinde Graz und dem Herrn Minister versprochen haben, eine entsprechend fundierte Unterlage vorzulegen. Eine provisorische Ausgestaltung dieser möglichen Landesstraße kostet 300 Millionen Schilling und würde mindestens fünfzehn Jahre Bauzeit beanspruchen, um dann eine Straße zu haben,

die vor allem jene sicher nicht befahren, die wir aus dem Durchzugsverkehr aus Graz draußen haben wollten. Zeigen Sie mir, wie Sie den Fernfahrern von Hamburg nach Teheran in Eggenfeld klar machen, daß Sie über eine Landesstraße zu fahren haben. Wir haben dieses Projekt als Autobahn studiert gehabt und selbst als Autobahn ist die Umfahrung so viel länger, daß das Problem des Annehmens einer solchen Autobahn durch den Kraftfahrer ein ganz großes geworden ist. So liegen die Dinge in diesem Zusammenhang. Ich möchte Ihnen sagen, daß wir dabei sind, letztlich die Frage zu prüfen, ob wir bei St. Martin unterflurig herauskommen oder beim Florianiberg. Wenn diese endgültige Untersuchung vorliegt, wird der Gemeinde Graz dieses Projekt rasch übermittelt, die Gemeinde wird dazu Stellung beziehen können. Heute schon, meine Damen und Herren, können Sie etwas dazu beitragen, vor allem auch die Herren, die mit der Gemeinde in einer besonderen Tuchfühlung stehen. Wir wären sehr glücklich darüber, wenn der Stil der Sachlichkeit in dieser Frage aufrechterhalten bliebe, der sich da und dort erfreulicherweise abzeichnet. (Abg. Dr. Strenitz: „Nur eine Frage. Wann wird denn der Tunnel fertig sein?“) Der Tunnel kann fertig sein 1980/1982, wir legen uns hier nicht auf das Jahr fest, wir könnten mit dem Eggenberger Projekt, wie der Abgeordnete Ing. Turek sehr richtig gesagt hat, zu einem viel späteren Zeitpunkt erst fertig sein. (Abg. Hammerl: „Herr Landesrat, nur eine Zwischenfrage. Der Tunnel nimmt 20 Prozent des Verkehrsvolumens auf, was geschieht mit den übrigen 80 Prozent?“) Richtig. Und das, lieber Herr Abgeordnete Hammerl, ist genau jener Teil, der nach einer neuen Studie den Durchzugsverkehr repräsentiert in der Relation zum Ziel- und Quellverkehr, der in erster Linie hinaus muß. (Abg. Preamberger: „Dann bleibt noch immer die zweite Frage!“) Wenn wir ihn unten anbinden könnten und am Schwarzen Weg die Spange zur B 67 bauen könnten, dann könnten wir auch das Gebiet um die Kärntner Straße wirklich entlasten und das Gürtelstraßennetz von Graz anbinden. Das wäre der Vorteil. Das weiß der Herr Minister, er sieht das auch in dieser Weise und wir hoffen, daß es hier zu einem positiven Ergebnis kommt.

Und nun zu einigen Fragen, die noch aufgeworfen wurden: Der Herr Abgeordnete Schön hat in einer durchaus verständlichen Wortmeldung sich als Straßensänger deklariert. Ich muß sagen, ich habe das nie als abwertend gefunden; wenn man an die Minnesänger des Mittelalters denkt, Herr Abgeordneter, ist das gerade eine Auszeichnung. Was Ihre Wünsche anlangt, Herr Abgeordneter, Sie haben mit Recht auf die Präbichl-Nordrampe hingewiesen, sie ist ein ganz entscheidender Schritt in diesem Zusammenhang. Die Umfahrung Altenmarkt wird gebaut, bei der Eisen-Bundesstraße ist der Abschnitt Eßling im Detail genehmigt. Mit der Scheibenfischer-Brücke im Gesäuse wird im Jahre 1975 begonnen. Die Umfahrung von Hieflau ist generell geplant und dem Ministerium vorgelegt. St. Gallen—Weißenbach ist im Detail fertig, Weißenbach—Altenmarkt in Projektierung, Palfau—Groß-Reifling ebenso, das Projekt Krumschnabel im Gesäuse ist

genehmigt. Ich möchte Ihnen dabei eines sagen, und das gilt auch für die weiteren Wünsche in diesem Zusammenhang, die Dringlichkeitsreihung der Bundesstraßen ist bis zum heutigen Tag nicht abgeschlossen.

Wenn wir diese Dringlichkeitsreihung zur Verfügung haben, dann werden wir auch sagen können, in welcher Zeit etwa realistisch damit zu rechnen ist, daß auch die projektierten Abschnitte bearbeitet und ausgebaut werden können.

Der Herr Abg. Fellingner hat die Leobner Probleme angesprochen, und er weiß, daß wir die Probleme vorher gekannt haben. Ich verstehe, daß er sie hier präsentiert, weil sie schwierige Probleme sind: Zur Landesstraße Göß—Leoben: Es war lange die Frage, ob abgetauscht wird, Sie wissen das, ich verstehe, daß die Gemeinde ihre Last losbringen möchte, der Ausbau ist sehr teuer. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Eine gute Straße ist das!“) Fragen Sie den Herrn Bürgermeister Posch, Herr Landeshauptmannstellvertreter, er hat mir da etwas anderes das letzte Mal gesagt, als er bei mir war aber bitte, er ist ein Bürgermeister. Die Ausbaukosten sind 15 Millionen, auf jeden Fall werden wir dort regenerieren. Donawitzer Straße — Fußgängerunterführungen: Wir haben dem Herrn Bürgermeister mit der Delegation das gesagt, was wir dem Herrn Abg. Kohlmann vorher schon mitgeteilt hatten, weil er sich um diese Frage bei mir erkundigt hat, nämlich, daß die Gemeinde seinerzeit der bisherigen Lösung mit einem einhelligen Beschluß zugestimmt hatte, daß wir aber einsehen, daß das Problem gelöst gehört. Die Kostenteilung zwischen dem Bund und der Gemeinde muß in Kürze abgesprochen werden; unsere Planung haben wir begonnen.

Die Fußgängerunterführung Krankenhaus-Rolltreppe ist an sich eine Aufgabe der Stadtgemeinde Leoben, wir sind Ihrem Resolutionsantrag beigetreten — wie Sie in diesem Zusammenhang wissen —, weil wir es für sinnvoll gehalten haben. Ich möchte ausdrücklich, Herr Abg. Heidinger, sagen, daß die Gespräche mit dem Bürgermeister und seinem Gemeindevorstand in Kindberg, dem Bürgermeister in Mürzzuschlag und seinem Gemeindevorstand äußerst fruchtbare Gespräche waren, daß wir miteinander die Hoffnung ausgesprochen haben, trotz der Kürzungen, denen gerade diese beiden wichtigen Umfahrungen unterliegen, für das nächste Jahr zusätzliche Bundesmittel zu bekommen. Und ich freue mich, das habe ich dort dem Bürgermeister Hölzl gesagt, Sie waren selber dabei, Herr Abg. Karrer, wenn es Ihnen gelingt, zusätzliche Mittel dafür zu bekommen. Die Planung ist nicht nur fertiggestellt und ich möchte nicht mehr dazu sagen, Sie verstehen mich, sie ist vom Ministerium auch voll und ganz genehmigt. Ich würde von einem Hickhack in diesem Zusammenhang im Interesse der Kindberger und im Interesse der Mürzzuschlager — was immer da auch geschrieben wurde und gesagt wurde — sehr abraten, denn wir sind daran interessiert, daß dort gebaut wird, das ist unser gemeinsames Interesse.

Der Herr Abg. Wimpler hat sich zu den Problemen der Gastarbeiterroute, insbesondere Rottenmann—Seltzthal, geäußert. Wir werden beginnen,

erfreulicherweise. Es ist ja, wie Sie wissen, enorm rasch geplant worden. Leider ist Rottenmann—Trieben nicht im Bauprogramm 1975 enthalten. Das ist insofern bedauerlich, als wir es für wichtig gefunden haben, jeder, der die Strecke kennt, weiß, daß sie leider nicht mit den Ansätzen ausgestattet ist, die wir in unserem Bauprogramm vorgesehen hatten, aber es wird begonnen. Das ist das Gesamtproblem, es ist auch ein Tunnel damit verbunden, es ist ein sehr schwieriges enges Tal, wie Sie wissen, aber die Sache wird angegangen.

Der Herr Abg. Fuchs hat sich ja grundsätzlich geäußert und wir haben in diesem Zusammenhang schon eingangs einiges auch gesagt. Nun, zum Herrn Abgeordneten Aichholzer. Der Herr Landeshauptmann hat gestern — Sie waren wahrscheinlich nicht anwesend — zu dieser Frage Stellung genommen, weil das auch sein Ressort ist. Die Sitzung im Wasserwirtschaftsfonds hat ergeben, daß 87 Millionen für die nächsten Jahre zur Verfügung stehen, davon werden wahrscheinlich 30 Millionen im Jahre 1975 zur Verfügung stehen. Bei der letzten Sitzung waren es immerhin noch 180 Millionen, die für die Folgejahre beschlossen wurden. Wenn Sie — Sie haben das gesagt, und daher gehe ich darauf ein — so etwas für einen sozialistischen Erfolg halten, dann mögen Sie ihn ruhig als solchen reklamieren. Ich glaube, daß sich niemand mit einer solchen Situation rühmen kann, im Gegenteil, das ist eine äußerst prekäre und harte Situation. Vielleicht sind Sie einfach falsch informiert worden, das wäre denkbar. Die Frage der Mursanierung ist ja vom Abg. Koiner ausführlich besprochen worden, im Sinne dessen, was gestern auch der Herr Landeshauptmann gesagt hat und was hier dazu gesagt werden muß.

Die Frage Lackners und die Frage Eberdorfers Flußbau und Wildbachverbauung: Wir konnten erfreulicherweise aufstocken und Sie wissen, daß wir unser 5-Jahres-Programm 1974 bis 1978 so ausgelegt haben, daß wir vom Bund einen Anteil von etwa 88 Millionen jährlich bräuchten, um es realisieren zu können. Ich habe dem Minister Weihs auf deine Anfrage das letzte Mal geschrieben und ich habe inzwischen mit ihm persönlich konferiert und auch mit den zuständigen Sektionschefs im Ministerium. Es ist mir in Aussicht gestellt worden, daß im nächsten Jahr hinsichtlich des Flußbaues und der Wildbachverbauung ein höherer Betrag zur Verfügung stehen wird, nur wird erst im Jänner eine endgültige Entscheidung darüber fallen. Wenn es dem Herrn Minister Weihs mit seinen Herren im Ministerium gelingen sollte, diese Zusage zu realisieren, dann freuen wir uns darüber sehr, weil gerade auf diesem Gebiet ein enormer Bedarf vorhanden ist, insbesondere aufgrund des Hochwasserjahres 1972/1973. Das Land jedenfalls ist auch in dieser Frage vorangegangen — wie in den vergangenen Jahren übrigens — und wir hoffen, daß der Bund hier nun auch mit uns im kommenden Jahr hoffentlich Schritt halten kann.

Die Frage, die der Herr Abg. Stepantschitz angesprochen hat — sie ist die letzte, die ich hier zu beantworten habe —, betrifft die Baugesinnung. Diese Frage ist ja eine Frage nicht nur der

Ästhetik, sondern sie ist auch eine Frage der Wirtschaftlichkeit, ist auch letzten Endes eine Frage der Gestaltung dieses Landes. Wenn wir so oft davon gehört haben, daß die Altstadtsanierung etwa der schönen Altstadt von Graz eine ganz wichtige Aufgabe ist und daß sie erst in den letzten Jahren richtig erkannt wurde — Stöffler hat hier seine Verdienste in diesem Zusammenhang, aber der Allgemeinheit ist dieses Bewußtsein ja erst langsam gewachsen —, dann, meine Damen und Herren, müssen wir erst recht jetzt, insbesondere im Hochbau, aber auch im Tiefbau, in allen Sparten der Bauwirtschaft Sorge dafür tragen, daß eine Gestaltung des Landes erfolgt, die es unseren Kindeskindern und den Generationen nach uns für geraten erscheinen läßt, auch diese Baubestände einmal zu erhalten und sie nicht der Spitzhacke zum Opfer fallen zu lassen. Ich glaube, diese Dimension muß auch in dieser Frage miteingeschlossen werden. Was Massenverkehr und Individualverkehr anlangt, so kann man im Prinzip nur ganz deutlich ja sagen, aber gerade ein Grazer Abgeordneter weiß, wie schwierig die Realisierung eines solchen Konzeptes ist.

Damit darf ich zum Schluß kommen. Ich hoffe, daß ich im wesentlichen die Fragen beantwortet habe, die hier aufgetreten sind. Meine Damen und Herren, es ist eine würdige und dieses Haus ehrende Tatsache, daß am Schluß der Beiträge der Regierungsmitglieder jedes Mal traditionell ein Dank ausgesprochen wird jenen, die aus dem aktiven Dienst scheidend, jenen, die dazu beigetragen haben, daß wir Fortschritte erzielen konnten. Ich möchte dies auch tun, dem Herrn Baudirektor an der Spitze möchte ich gratulieren, daß er sein erstes Jahr so erfolgreich hinter sich gebracht hat, ebenso möchte ich gratulieren und danken dem Straßenbaukoordinator Hofrat Dipl.-Ing. Theussel sowie auch den Mitarbeitern, Vorständen und allen, die mitwirken bis zu unseren braven Straßenmeistern, den tüchtigen Menschen, die heute bei diesem schlechten Wetter ihren Dienst versehen. Ich möchte dem Vorstand des Straßenbauamtes Graz, Herrn Hofrat Dipl.-Ing. Hermann-Herrenalb, der heuer ausscheidet, namens der gesamten Landesregierung einen ganz herzlichen Dank aussprechen und eine schöne und gesunde Zeit der Pension wünschen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Da in der Gruppe 6 keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, erteile ich dem Herrn Berichterstatter zum Schlußwort das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich wiederhole meinen Antrag und ersuche Sie, der Gruppe 6 Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Wer dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben (Geschlecht.)

Damit ist die Gruppe 6 angenommen.

Ich unterbreche nun die Sitzung bis 13.45 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 12.40 Uhr, Wiederaufnahme der Sitzung: 13.45 Uhr.)

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen zur **Gruppe 7: Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung.** Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Josef Schrammel, dem ich das Wort erteile. Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien schlage ich vor, auch in der Gruppe 7 die Spezialdebatte zu unterteilen. Als erster Teil soll Land- und Forstwirtschaft behandelt werden, als zweiter Teil Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung. Wird dagegen ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Wir beginnen daher mit dem ersten Teil Land- und Forstwirtschaft.

Abg. Schrammel: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 7 behandelt die öffentlichen Einrichtungen und die Wirtschaftsförderung. Zur öffentlichen Einrichtung zählen das Feuerwehrewesen, die Tierheilanstalten; zu den Wirtschaftsförderungen zählen die Förderung der Land- und Forstwirtschaft, der Abschnitt Einrichtungen zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft. Der nächste Abschnitt ist die Gewerbeförderung, es kommt die Fremdenverkehrsförderung, die Förderung der Industrie und schließlich Sonstiges mit dem Katastrophendienst und mit der Behebung der Katastrophen dazu. Die gesamte zur Beratung stehende Budgetgruppe sieht bei 131,686.000,— Schilling Einnahmen 614,377.000,— Schilling Ausgaben vor. Ich ersuche namens des Finanz-Ausschusses um Annahme dieser Budgetgruppe.

Präsident: Wir beginnen mit der Debatte über den ersten Teil der Land- und Forstwirtschaft.

Zu Worte gemeldet hat sich als erster Redner der Herr Abgeordnete Pranchh. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pranchh: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im Landesvoranschlag 1975 finden wir im Unterabschnitt 731 unter Budgetpost 708 erstmalig einen Ansatz in der Höhe von 2,1 Millionen Schilling. Der Titel hiezu lautet: Abgeltung von Erschwernissen in der Almwirtschaft zur Erhaltung der Kulturlandschaft. Damit ist erstmals einem langjährigen Wunsch des steirischen Almwirtschaftsvereins Rechnung getragen worden. Wie wichtig die Erhaltung der Kulturlandschaft im alpinen Raum für die gesamte Volkswirtschaft ist — ich erinnere nur kurz an den Fremdenverkehr und überhaupt an das Almgebiet als Erholungslandschaft —, möchte ich gar nicht weiter ausführen. Daß mit dem Wegfall der Bewirtschaftung unserer Almen sich für die Wirtschaft nachteilige Folgen ergeben, ist wohl auch unbestritten. Notgedrungen ist aber in den letzten Jahren durch die Betriebserschwerung und durch Strukturänderungen in der Landwirtschaft ein Nachlassen der Almwirtschaft mit wesentlich geringeren Auftriebszahlen usw. eingetreten. 1973 wur-

den in der Steiermark insgesamt 66.500 Rinder, Pferde und Kleintiere auf unseren Almen gesömmert. Um ein weiteres Absinken und die damit verbundenen nachteiligen Folgen zu verhindern, ist diese Budgetpost geschaffen worden. Ich glaube aber, daß wir in den nächsten Jahren doch alle gemeinsam darauf hinarbeiten müssen, daß nach Maßgabe der vorhandenen Mittel gerade hier eine weitere Aufstockung erfolgen wird. Ich möchte in diesem Zusammenhang eine Warnung in den Raum stellen. Wenn Sie die Entwicklung in den westlichen Bundesländern verfolgt haben, werden Sie sehen, daß dort Schäden durch eine zu konzentrierte Fremdenverkehrswirtschaft bis in die hochalpinen Räume aufgetreten sind. Ich glaube also, daß beim Einsatz dieser Mittel sehr differenziert vorgegangen werden muß und möchte hier auf den Beitrag der Kollegin Frau Prof. Hartwig hinweisen, die gesagt hat, daß nicht unbedingt die Blechschlangen, deren wir uns heute überall bedienen, das erstrebenswerteste Ziel für die Zukunft sein sollen. Darum glaube ich, die Hilfe für die Almwirtschaft so auffassen zu müssen, daß wir wohl die Bewirtschaftung ermöglichen und erleichtern, aber es nicht zu einer Verwüstung dieser Erholungslandschaft kommen lassen sollen. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann man ruhig einmal sagen, Erholung suchen muß man ja nicht im Blechuntersatz sitzend, sondern maschierend. Wir haben Tage der Volksgesundheit, wir haben Fit-Märsche (Abg. Gross: „Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sebastian!“) Jawohl! Sie sehen, es läßt sich bei einigermaßen gutem Willen in vielen Dingen des täglichen Lebens das Einverständnis finden. Ich möchte bitten, helfen Sie alle, bei diesem Kapitel, wo weniger Zündstoff als viel mehr guter Wille nötig ist, helfen Sie alle zusammen, daß wir in Zukunft unsere Almen erhalten und denen, die bereit sind, noch zu Fuß zu gehen, dort wirklich noch eine Landschaft bieten können, wie man sie zur Erholung braucht.

Zum Schluß möchte ich Sie noch um eines bitten: Lassen wir doch endlich das Streiten. (Landesrat Bammer: „Das weiß ich nicht!“) Lassen wir das Streiten, Herr Landesrat, bei allen politischen Differenzen, bei allen grundsätzlich anders gearteten Ansichten, und tragen wir nicht immer am Buckel der Bauern alles aus. Helfen wir zusammen, daß auch diese Berufsgruppe besser gestellt wird. (Landesrat Bammer: „Das macht schon der Bauernbund!“) Nein, das wird schön regelmäßig verteilt von beiden Seiten gehandhabt. (Heiterkeit — Beifall.) Das ist so ein Pingpong, heute hat man dafür bereits einen etwas gängigeren Ausdruck gehört, nämlich Hickhack. Gemeinsam sollen wir das Möglichste auch für diese Berufsgruppen versuchen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abg. Aichhofer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Aichhofer: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Ich möchte gerne zum Unterabschnitt 733, Verkehrserschließung ländlicher Gebiete, einige Ge-

danken aussprechen. Verehrte Damen und Herren, in den letzten Jahrzehnten ist in puncto Verkehrserschließung im ländlichen Raum Enormes geschehen. Es sind bis zum Jahre 1973 etwa 18.000 km Wege im ländlichen Raum ausgebaut worden, die schon eine Schwarzdecke besitzen. Etwa 9000 km sind noch fertigzustellen. (Abg. Turek: „Wer hat sie denn gemacht, komm heraus!“ — Landesrat Bammer: „Es heißt nur Schwarzdecke!“) Die Wege haben wir alle gebaut, ich komme schon drauf, Herr Abg. Turek. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Es gibt auch Rotdecken!“) Es ist oft gut, daß man sich nicht immer nach der roten Decke strecken muß, Verehrte Damen und Herren, zu diesen etwa 27.500 km sind noch etwa 10.000 km dazuzuzählen, die von der Wegbauabteilung der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft gebaut wurden. Es sind noch etwa 5000 Höfe nicht erschlossen. Und, verehrte Damen und Herren, ich glaube, es wäre die beste Förderung von Bund und Land, wenn diese Höfe baldigst erschlossen würden, denn es sind meistens Bergbauern, und wenn die keine Verkehrserschließung haben, werden wir sie schwer auf ihren Betrieben halten können, denn in erster Linie ist wohl für die Bewirtschaftung einer Wirtschaft wichtig, daß man verkehrsmäßig erschlossen ist. Es ist für die Verantwortlichen in den Gemeinden nicht unbedingt die schwierigste Situation, einen Weg neu zu bauen. Die Bürgermeister sehen sich heute vor der schweren Aufgabe, diese ausgebauten Wege zu erhalten. Und es ist oft nicht leicht, wenn Unwetterschäden eintreten, diese ausgebauten Wege zu erhalten. Verehrte Damen und Herren, diese Erschließung des ländlichen Raumes hat auch den Raum geöffnet und es ist möglich, daß Menschen aus den Ballungszentren in diesen Räumen noch Ruhe und Erholung finden. Daher soll dies ein Anliegen aller, zumindest aller Verantwortlichen sein.

Ich möchte daher zur Erhaltung und zur Sanierung dieser schon ausgebauten Wege folgenden Vorschlag machen: Es wäre meines Erachtens zweckmäßig, wenn sich überregionale Wegerhaltungsgemeinschaften bilden würden, die gemeinsam über die Gemeindegrenzen hinaus sich zusammentun, um Geräte anzuschaffen, um auch jene Menschen, die praktisch in der Gemeinde als Wegarbeiter tätig sind, konzentriert einzusetzen, daß man auch einen Regionalplan erstellt, wann und wo mit der Sanierung dieser Wege begonnen wird. Ich glaube, daß dadurch dem ländlichen Raum sehr geholfen werden könnte. Es müßte sich nicht jede Gemeinde die teuren Maschinen anschaffen, es könnte dadurch eine Koordinierung und eine rationellere Einsetzung dieser Maschinen entstehen. Ich glaube auch, daß die Art, wie man saniert, wichtig ist, um eine längere Lebensdauer dieser schon ausgebauten Straßen zu erzielen. Es ist auch eine große Sorge, besonders der Berggemeinden, daß noch so viele Wege keine Schwarzdecke besitzen. Ich muß wieder Schwarzdecke sagen — oder Asphalt kann man auch sagen, aber das hat der Karl wieder nicht gar so gerne. (Abg. Brandl: „Bleib nur bei Schwarzdecke!“)

Wir müssen unbedingt einen Weg finden, damit die überregionalen Straßen im ländlichen Raum

von irgendwo Hilfe erhalten. Ich weiß, daß nicht jedes Jahr ein Jahr der Straßenübernahmen sein kann, es wäre auch nicht möglich, und wir würden es budgetär im Lande auch nicht durchhalten. Aber ich glaube, daß wir uns Gedanken machen sollten, jenen Gemeinden besonders an die Hand zu gehen. Sie müssen bedenken, daß diese Straßen mit der sogenannten Roboterleistung — oder moderner gesagt Eigenleistung — ausgebaut wurden und daß die Menschen im ländlichen Raum große Leistungen bei diesem Ausbau erbracht haben. Der Mensch im ländlichen Raum ist auch weiterhin bereit, das Seine dazuzutun. Ich möchte Sie nur bitten, verehrte Damen und Herren, daß Bund und Land auch jene Menschen im ländlichen Raum gebührend in Zukunft unterstützen mögen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abg. Präsident Feldgrill. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Präsident Feldgrill: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte heute in einem kurzen Beitrag zur Situation in der Forst- und Holzwirtschaft sprechen. Die letzten Vorgänge auf dem Holzmarkt sind Ihnen bekannt, und zwar nicht erst durch Zeitungen und durch Berichte, sondern zum Teil auch durch die in der Vorwoche abgehaltene Landtagssitzung. Ich möchte mich nun ein wenig mit diesen Dingen beschäftigen. In der Steiermark gibt es drei große Rohstoffvorkommen, das sind das Holz, die Kohle und das Eisen. Und immer, wenn eines von diesen großen Rohstoffvorkommen und seine Verarbeitung und Weiterentwicklung gefährdet ist, gibt es in der steirischen Wirtschaft angespannte Zeiten. Derzeit ist die Forstwirtschaft, vor allem aber die Holzwirtschaft — mit Schwerpunkt Sägewirtschaft und Plattenindustrie — in einer sehr schwierigen Situation. Nach Meinung der Fachleute sind wir aber noch nicht im Tief, sondern die Experten und die Kenner der ausländischen Märkte glauben, daß der Engpaß erst im Jahre 1975 kommen wird. Ich möchte Ihnen ein paar Zahlen sagen zur Erläuterung der Größenordnung der gesamten Holz- und Forstwirtschaft im Rahmen unserer Gesamtwirtschaft. Österreich verfügt nach den letzten Zahlen der Forstinventur über 3.691.000 ha Wald, das sind rund 40 Prozent der gesamten Bodenfläche unseres Staates. In der Steiermark gibt es derzeit 948.000 ha Wald. Von dieser Fläche sind etwa 760.000 ha Wirtschaftswald, der Rest sind Schutzwald und aufgeforstete Weideflächen. Das sind 58 Prozent der gesamten Bodenfläche unseres Bundeslandes. Damit ist das Land Steiermark vom Wald her das meistbewaldete Land, das wir überhaupt haben im Herzen von Mitteleuropa, und das hat nicht nur Bedeutung für die Wirtschaft, sondern da sind auch die ganzen Wohlfahrts- und Umweltseinwirkungen sehr entscheidend und sehr positiv mitbeeinflusst. Der Holzeinschlag hat in Österreich in den letzten Jahren, und zwar 1972, 1973 und 1974, eine ziemlich gleichbleibende Größe gehabt, es hat sich nach dem Statistischen Zentralamt um etwa 10 Millionen fm Holz gehandelt, in Wirklichkeit dürften es um

ein bis zwei Millionen Festmeter mehr gewesen sein. Das hat sich in der Zwischenzeit bei der Erfassung herausgestellt, weil es zwischen den Zahlen des Statistischen Zentralamtes und zwischen den tatsächlichen Vergleichszahlen der Forstinventur einige Unterschiede gibt.

Wir haben in der Steiermark mit rund 2,6 Millionen fm Einschlag im Jahre 1972, mit 2,5 Millionen im Jahr 1973 und mit 2,7 Millionen fm Einschlag 1974, mit den Zahlen des Statistischen Zentralamtes und mit den Zahlen der Forstinventur je um eine halbe Million fm mehr. Diese kleine Lücke muß aufgefüllt werden. Ich möchte noch einige Zahlen zum Export und zum Import nennen, denn das beleuchtet ein wenig die Situation im Inland, warum es zu diesen momentanen Absatzschwierigkeiten und zu diesem Preiseinbruch gekommen ist: Wir haben etwa in den Jahren bis 1969/1970 — das ist keine politische, sondern eine wirtschaftliche Grenze — immer etwa 1 bis 1½ Millionen fm importiert, davon die Masse Laubholz. Im Jahre 1973/1974 hat man weiter liberalisiert, und es ist die Einfuhrmenge hinaufgeklettert auf 2,7 Millionen fm von Jänner bis September 1974; das heißt, daß wir in den Jahren 1973 und 1974 auf dem Nadelholzsektor — das ist das Verarbeitungsmaterial für die Schnittware und für Schleifholz — das Fünf- bis Zehnfache dessen importiert haben, was wir in den Jahren 1971 und 1972 importieren.

Nunmehr möchte ich mich ein bißchen damit befassen, wie es zu diesem momentanen Rückschlag im Preis und Absatz kam. Der erste und wesentlichste Punkt ist, daß unsere zwei größten europäischen Exportländer England und Italien krank sind, und zwar nicht nur krank sind in der Wirtschaft, sondern auch im Holzbezug. England, ein Land, das etwa 10 Millionen fm Schnittholz pro Jahr bezogen hat, wird im kommenden Jahr nach Schätzung von Fachleuten maximal 6 Millionen fm beziehen. Im Jahre 1974 waren es 9 Millionen fm. Italien, unser Hauptabnehmer, das etwa 5 Millionen fm Schnittholzware bezieht, wird sich ebenfalls im Jahre 1975 merklich zurückhalten. Der dritte Grund war, daß die Flucht in die Sachwerte durch Pfund- und Lireabwertung vorhanden war. Es haben sich sowohl in Italien als auch in England nicht nur die mit Holz Beschäftigten, sondern auch Private zur Sicherung ihres Geldes Holzlager angelegt, welche heute daliegen und langsam ihrer Verwertung zugeführt werden müssen. Diese Vorräte belasten uns. Die Bautätigkeit in England ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben, und in Italien ist sie weit zurückgeblieben und noch dadurch verschärft worden, daß das seit 1½ Jahren beschlossene Wohnbauförderungsgesetz für Italien nicht verwirklicht wurde. Es ist noch eine besondere Verschärfung dadurch eingetreten, daß dies gerade in jene Zeit fällt, wo der Bruch zwischen der Aufwärtsentwicklung und dem Absinken gekommen ist. Die bisherigen Importe aus dem Osten und vor allem aus der Bundesrepublik Deutschland, die früher ein Hauptabnehmerland für unser Holz war und jetzt ein Lieferantenland geworden ist, haben die Vorratslage bei uns noch verschärft. Darüber hinaus

muß gesagt werden, daß im Lande Steiermark zur Masse wirksam geworden ist, das nicht marktgerechte Verhalten einer großen Firma auf dem Holzmarkt. Sie haben sicherlich den „Trend“ gelesen und wissen, worum es geht. Diese Firma hat in 2 Jahren ungefähr 1 Million fm Sägeholz importiert und davon die Masse in der Steiermark verschnitten und zum Teil wieder versandt. Die Reste dieser nicht marktgerecht verarbeiteten Ware liegen heute noch in Rijeka, in Koper, in Triest und sind praktisch unverwertbar geworden. Ich sage Ihnen auch, warum das so ist. Das frische Holz mit Rinde wurde importiert, Sie wissen, daß das auch unsere Umwelt sehr unangenehm belastet, weil wir die ganzen Abfälle zu verwerten haben, wir bringen sie gar nicht weg, die Sprühmittel sind drinnen usw. Weiters wurde das Holz frisch eingeschritten und sofort abgebündelt, ohne daß es marktgerecht gespannt und vorgetrocknet worden wäre, wurde bereitgelegt zur Abfuhr, dann ist die Misere mit den Schiffen gekommen, und jetzt ist die Misere mit den Preisen gekommen. Nun liegen einige 100.000 fm Holz so in schlechten Verpackungen herum und es ist wahrscheinlich so, daß diese Firma nach sehr vorsichtigen Schätzungen 150 Millionen Schilling bei diesem Geschäft verlieren wird, wenn sie noch gut heraussteigt. Wenn es zu einem Fiasko kommt, das man noch nicht absehen kann, bei der Weiterverarbeitung und Verwertung dieses Holzes, welches vielleicht nicht mehr brauchbar ist, könnten es 250 Millionen Schilling werden. Das sind keine Phantasieziffern, sondern das ist die Meinung von echten Marktkennern. (Abg. Pözl: „Bei der Firma werden die Bäume auch nicht in den Himmel wachsen!“ — Landesrat Bammer: „Sie sind schon geschnitten!“) Dazu kommt noch, wie ich bereits erwähnte, daß Deutschland, das mit Italien der größte Holzabnehmer war, derzeit kein Abnehmer ist, sondern Lieferant geworden ist.

Schließlich muß man auch noch sagen, daß selbstverständlich der gute Preis für das Rohholz dazu geführt hat, daß auch der Einschlag optimal erfüllt worden ist.

Jetzt zur anderen Seite: Wie kann man diese Schwierigkeiten bewältigen? Vom Aufzählen, wie es jetzt ist, kommen wir aus der Flaute nicht heraus. Die Produktion soll um 20 bis 30 Prozent eingeschränkt werden. Die Investitionen, die man schon geplant hat, müssen noch einmal in finanzieller Hinsicht genauestens überprüft werden, einmal, ob sie notwendig sind und zum anderen, ob sie finanziell durchstehbar sind. Auch könnte man ausweichen auf ein Produkt, das derzeit gut verkaufbar ist, das ist das aus der Durchforstung erzeugte Schleifholz. Die Papierindustrie steht nämlich in einer halbwegs guten Wirtschaftslage; aber auch das ist nicht ungefährlich, denn es könnte sein, daß der, der sich jetzt damit befaßt, dadurch, daß das Angebot auf dem Markt größer wird, wieder in eine Flaute hineinrutscht. Auf eines möchte ich noch einmal, wie schon verschiedene Redner in diesem Hause, verweisen: Der Ertrag des Holzes ist bisher die einzige Einnahmsquelle, die der Wald hat. Der Wald hat viele Auflagen

und viele Wohlfahrtsfunktionen. Es ist immer wieder die Frage erhoben worden und die Forderung aufgetaucht, daß diese Wohlfahrtsfunktionen des Waldes, die der Öffentlichkeit allein zugute kommen, zum Teil oder zur Gänze durch die Öffentlichkeit abgegolten werden sollen.

Das heißt zum Beispiel, es wird in den Hochlagen verlangt, daß man Aufforstungen macht. Diese Aufforstungen sind nicht etwa eine Folgeerscheinung einer verfehlten Forstpolitik und Waldpolitik in den letzten Jahrzehnten, sie sind vor hundert, zwei- und dreihundert Jahren gemacht worden, und die heutigen Besitzer können das von sich aus nicht machen. Hier muß man, wenn man zum Wohle der Natur und des Raumes beitragen will, öffentliche Mittel einsetzen. Man kann nicht sagen, jemand, der eine Weide besitzt, soll seine Waldgrenze hinaufsetzen und soll das zahlen. Er hat es ja nicht. Es ist auch so, daß man mithelfen soll bei moderneren Dingen, es werden heute Schipisten vorgeschlagen zum Beispiel und durchgeschlägert, man sollte sie absichern, man muß das in Kauf nehmen als Waldbesitzer. Es gibt da noch andere Dinge, die ebenfalls als Auflage für die Öffentlichkeit erteilt werden und dafür gibt es nur den Wunsch, der Waldbesitzer möge zahlen, aber es wird ihm dazu nichts gegeben und er hat davon nichts, er hat Nachteile. Und dann glaube ich, daß man wohl in der jetzigen Situation für unser Land, das vom Holz und von der Holzwirtschaft her etwa zu $\frac{1}{5}$ lebt und von dem derzeit 15.000 gesichert Beschäftigte mit ihren ganzen Familien mitleben, verlangen kann, daß man die Holzimporte in unser Land, die momentan ein wenig eine Einbahn darstellen — wie ich Ihnen sagte, sind es 2,7 Millionen Festmeter gewesen — auf ein erträgliches Maß zurückschraubt und nicht, wie es jetzt war, einfach frei hereinläßt und damit einen unserer bedeutendsten österreichischen und vor allem steirischen Wirtschaftszweig in Gefahr bringt und damit alle Leute, die in dieser Wirtschaft mitbeschäftigt sind. Und ich glaube auch, daß es nicht notwendig ist, daß nicht marktgerechte Firmen und Gruppierungen mit Preisunterbietungen in einem ungeheuren Ausmaß im Ausland arbeiten, die man vermeiden sollte. Daß man jetzt nicht unseren wertvollen Rohstoff Holz, und das ist im Zusammenhang mit der Olaufwertung zu sehen, billig in das Ausland verschenkt, ihn sozusagen hinausschleudern soll, sondern daß man unter Umständen daran denkt, mit Hilfe von Krediten eine gewisse Pause zu schaffen, mit der Auflage, das Holz nicht um jeden Preis abzusetzen und dadurch vielleicht in einigen Monaten oder in einem halben Jahr wesentlich bessere Exporterlöse daraus zu erzielen.

Und zum Schluß lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Forstgesetz selber sagen, das jetzt aufliegt. Sie wissen, daß der Forstgesetzentwurf des Jahres 1971 im Jahre 1974 eingereicht wurde. Wenn man allein zahlenmäßig feststellt, daß von 213 Paragraphen des Begutachtungsentwurfes 13 entfallen sind, 33 weggelassen wurden und daß in den 181 Paragraphen des Regierungsentwurfes wieder 8 vollkommen neue und 40 wesentlich mit neuen Teilen versehene Punkte sowie 15 mit

wesentlichen Änderungen versehene Punkte aufgenommen wurden und das, ohne mit der Forstwirtschaft überhaupt Kontakt aufzunehmen, so können Sie sich sicherlich vorstellen, daß das dann nicht ganz gut gehen kann. Die Forstwirtschaft ist nicht — und ich komme zu jenen Punkten, die also nicht gut annehmbar sind für die Forstwirtschaft — gegen die Waldöffnung, es ist auch gar nicht wahr, daß der Wald nicht geöffnet ist. Es gibt selbstverständlich noch Teile von Wäldern, Straßen und Wegen, die nicht jederzeit frei begehbar sind, aber von der Waldschließung ist überhaupt keine Rede. Diese Öffnung ist schon längst eine Tatsache. Die Forstwirtschaft ist nur dagegen, daß der Wald gesetzlich geöffnet wird und daß sowohl die Schäden, die sich aus einer Waldöffnung ergeben das Risiko, das aus der Haftung zu übernehmen ist, nur von den Waldbesitzern getragen wird, ohne daß man diese Auflage irgendwo mitberücksichtigt. Das geht aber jetzt nicht nur auf die Waldbesitzer, auch der darin beschäftigte Waldarbeiter und der Angestellte ist genau so mitverantwortlich, wenn auf einer privaten Waldstraße etwas passiert wie der, der dort als Waldbesitzer arbeitet. (Abg. Brandl: „So ist das nicht, das stimmt nicht!“) Das ist festgestellt. Beim Forstgesetz zeigt sich auch die Auswirkung des neuen Bundesministerengesetzes. 11 Minister werden im Gesetzentwurf für die Vollziehung des Forstgesetzes als zuständig erklärt. 11 Minister (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Haben wir überhaupt so viele?“), während vor der Schaffung des Bundesministerengesetzes im Begutachtungsentwurf nur 4 Minister zuständig waren. Sie können sich vorstellen, wo die Forstwirtschaft hinkommt, die jetzt bei 4 Ministerien zuständig war, wenn sie in Zukunft nach dem neuen Kompetenzgesetz bei 11 Ministerien zuständig wird. Solche Schwierigkeiten will natürlich eine große Berufsgruppe nicht in Kauf nehmen, daher eine berechtigte Aversion gegen gewisse Teile des neuen Forstgesetzes. (Landesrat Bammer: „Feldgrill, ist das wegen der BAF?“) Ich lasse mich nicht beeinflussen von Ihnen. Abgelehnt wird auch die Nichtbeachtung der privatwirtschaftlichen Interessen der Forstbetriebe in Rodungsfragen. Ich habe das früher schon ganz kurz gestreift. Es gibt Stromleitungen, die können einfach durch einen Wald geschlagen werden, und das ergibt dann Schwierigkeiten, es gibt Schipisten, es gibt Straßen usw. Alles das wird einfach im Verordnungswege aufgelegt und wird in keiner Weise abgegolten, weder finanziell noch haftungsmäßig. (Abg. Brandl: „Die Schipisten werden sehr gut abgegolten!“) Moment, das können einige sein, aber es ist so, daß sie nicht alle abgegolten worden sind. (Abg. Ing. Turek: „Die Hochspannungsleitungen und die E-Werke auch!“) Ihr könnt ruhig diese Meinung haben, setzt euch auseinander mit den Fachleuten, die im Forstrecht arbeiten. (Abg. Ing. Turek: „Das ist keine Meinung, das ist ein Rechtsanspruch. Nur über die Kosten wird gestritten!“) Wir reden ja von den Kosten, keine Kostenentschädigung. (Abg. Ing. Turek: „Du hast gesagt, Hochspannungsleitungen und Schipisten!“) Ja, aber entschuldigen Sie, wir wissen es doch genau, daß es nicht so ist.

(Abg. Ing. Turek: „Für Hochspannung weiß ich es, bei Schipisten weiß es der Kollege Brandl!“) Ja gut, als Grazer weißt du es sicher, weil in Graz sind ja soviel Schipisten, nicht. Schließlich muß man es ablehnen, daß die Forstwirtschaft verpflichtet werden soll, die kostspielige Sanierung — und das habe ich auch schon kurz gestreift — der Schutzwälder zu bezahlen, ohne daß sich öffentliche Stellen, Bund oder Länder bisher bereit erklärt haben, Beiträge beizustellen. Ein österreichischer Hochschulprofessor hat diese Sanierungskosten, ich weiß nicht wieweit diese Ziffer stimmt, mit einem Betrag von 30 Milliarden Schilling in einem Gutachten beziffert. Die Probleme dieser Schutzwälder und dieser Hochlagen wurden nicht heute geschaffen, die sind Jahrhunderte alt. Und zu ihrer Behebung kann man nicht den jetzt dort sitzenden Waldbesitzer heranziehen. Ich glaube, das wäre nicht gut. Soviel und so gut zum Forstgesetz.

Ich komme nun zum Schluß. Ich habe bereits vor ca. 12 Jahren im Hohen Hause gebeten, daß man die finanziellen Belastungen der Auflagen für die Wohlfahrtseinrichtungen, die dem Wald sozusagen auferlegt werden, zum Teil abgilt. Ich wiederhole diese Bitte wiederum, sie wird so lange erhoben werden, bis sie einmal auch in die Tat umgesetzt wird. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichtinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger:

Ich möchte zum Unterabschnitt 791, das ist der Katastrophendienst, sprechen. Dazu darf ich anmerken, daß vielen noch die große Katastrophe während des Zweiten Weltkrieges in Erinnerung sein wird, wo die Edertalsperre bombadiert wurde, oder das Unglück in Langerone in Italien, das sich so auswirkte, daß es politisch fast zu einer schwierigen Situation gekommen wäre. Das hat bei uns den Katastrophendienst veranlaßt, einmal zu untersuchen, wie es in der Steiermark aussieht. Der gefährlichste Punkt ist das Teigitsch-Tal, wo wir die drei Stauseen haben und immerhin 13,5 Millionen m³ Wasser lagern. Würde es nämlich zu einem Dambruch kommen, und zwar bei der Hirzmannsperre und der Langmannsperre, dann würde dies bedeuten, daß innerhalb von 23 Minuten eine Wasserflut von 11,5 m Höhe sich durch den Teigitschgraben durchwälzen und in das Kainachtal hinausstoßen würde. Auch hier muß man sagen, es wäre eine entsetzliche Katastrophe; nach 39 Minuten würde die Wasserflut in Krottendorf sein, immerhin noch mit einer Höhe von 7,6 m. Das hat jetzt den Katastrophendienst bewogen, eine Alarmanlage zu planen und diese wird auch eingebaut werden, um die Bevölkerung dieses Gebietes vor einer solchen Katastrophe zu bewahren. Gleichzeitig werden auch sämtliche Bewohner auf die Gefahren aufmerksam gemacht, es werden die Fluchtwege besprochen, um den Menschen dieses Gebietes entgegenzukommen. Es würde immerhin bedeuten, daß eine Summe von 2 Millionen

Schilling, die aufgebracht werden muß, benötigt wird.

Ein weiterer Punkt, den ich hier kurz besprechen möchte, ist die Sicherheitsstaffel, die kürzlich eingesetzt wurde, um ein Zusammenbrechen des Verkehrs im Bereich von Liezen nach St. Michael oder Bruck an der Mur zu verhindern. Hier ist rasch geholfen worden und der Katastrophendienst hat sich sofort eingeschaltet. Ich möchte hier Landesrat Peltzmann danken, daß von seiner Seite sofort etwas unternommen wurde. (Abg. Ing. Turek: „Dem Peltzmann?“) Selbstverständlich, er ist ja der Referent. Erfreulich ist, daß sofort Erste Hilfe geleistet werden kann, daß Schneidbrenner zur Verfügung stehen, daß ausgebildete Männer vorhanden sind, um bei Katastrophen sofort eingreifen zu können. Ausgebildet wurden diese Leute in der neuen Feuerwehrschule. Dies ist auch wiederum ein Beweis dafür, wie notwendig diese Ausbildungsstätte für uns ist. Ich möchte nur hoffen, daß der Einsatz nicht nur zu Stoßzeiten bei Feiertagen erfolgt, sondern vielleicht auch an den Wochenenden, denn die zu verzeichnenden Opfer sind wahrlich sehr groß.

Kurz zum Olalarmdienst: Es hat im Jahre 1974 124 Einsätze gegeben. Etwa 800.000 l Öl wurden am Auslaufen gehindert und etwa 400.000 l Öl wurden aufgefangen und mit Ölbindepulver praktisch unschädlich gemacht. Interessant ist vielleicht, daß man 4800 m³ Erdreich ausbaggern mußte und ausgeglüht hat, um das Trinkwasser der Umgebung zu schützen. Es wird hier notwendig werden, auch in der Steiermark eine Altölverbrennungsanlage irgendwo zu installieren, um dieses Öl unschädlich zu machen. Erfreulich ist, daß es bereits zu einem Strahlenalarmplan gekommen ist, denn die Strahlenattentate haben auch hier die zuständigen Männer der Katastrophenabteilung veranlaßt, diesen auszuarbeiten, um die Auswirkungen solcher Strahlenattentate zu verhindern.

Wesentlich ist die Feststellung, daß die Beihilfen zur Behebung von Schadensfällen bei Katastrophen von 20 auf 30 Millionen Schilling erhöht wurden. Abschließend kann man wirklich sagen, daß man sich seitens des Landes bemüht, die Bevölkerung vor Katastrophen zu bewahren und ihr das Gefühl gibt, daß man vorsorgt, um in der größten Not beizustehen. (Allgemeiner Beifall.)

3. Präsident Feldgrill: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Zinkanell das Wort.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus, Herr Präsident!

Ich möchte die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses nun vom Dieselöl wiederum gewissermaßen auf das Kernöl zurücklenken, hätte aber zuerst an den Herrn Präsidenten eine Bitte, die sich in den drei Tagen, in denen wir zusammensitzen, immer wieder als aktuell erwiesen hatte — nämlich daß man hier auf dem Pult sehr wenig Platz hat, seine Unterlagen auszubreiten. Ich könnte mir vorstellen, daß links oder rechts ein fahrbarer Aktenbock stehen könnte, den man als Ablage benutzen kann. (Präsident: „Herr Abgeordneter Zinkanell, wir werden diesen Ihren Wunsch prüfen.“) Her Präsident, herz-

lichsten Dank, auch im Namen der Abgeordneten.

Ich möchte mich nun aber dem eigentlichen Zweck meiner Wortmeldung zuwenden und darauf hinweisen, daß der landwirtschaftliche Teil des Landesbudgets für das nächste Jahr beim Zusammenzählen der Abschnitte 73 „Förderung der Land- und Forstwirtschaft“ mit 196,5 Millionen Schilling und 74 „Einrichtung zur Förderung der Landwirtschaft“ mit 128,8 Millionen Schilling einen Betrag von 325,3 Millionen Schilling ergibt und daß dies um 22,5 Millionen Schilling mehr ist als im laufenden Jahr. (Abg. Brandl: „Ja, gibt's denn das auch?“) Wenn man diesen Ziffern die ihnen gebührende Aufmerksamkeit zuwendet und sie etwas näher betrachtet, ergibt sich dabei folgendes Bild: In den 196,5 Millionen Schilling „Förderung der Land- und Forstwirtschaft“ steckt als größte Einzelpost der Betrag von 43,5 Millionen Schilling als Personalkostenzuschuß für die Landwirtschaftskammer, der übrigens im gesamten 115 Millionen Schilling ausmacht. Wenn man diese 43,5 Millionen Schilling von den 196,5 Millionen Schilling abzieht, verbleiben im Abschnitt 73 153 Millionen Schilling. Wenn man nun vergleicht mit dem laufenden Jahr, wo im gleichen Abschnitt 188 Millionen Schilling vorgesehen sind und die Post für den Personalkostenzuschuß 35 Millionen Schilling ausgemacht hat, ergibt sich da eine Summe von 153,2 Millionen Schilling, also etwas mehr im heurigen als im kommenden Jahr.

Man kann ähnliche Vergleiche anstellen bei der Post 731/717, allgemeine Beiträge, verschiedene Landwirtschaftsförderungen, auch eine Reduzierung, Vergleich bei 733/701 Verkehrserschließung der ländlichen Gebiete und Elektrifizierung, ebenfalls dasselbe, ein Vergleich bei 738/701, Beihilfe an gefährdete Bergbauerngebiete, für 1975 vorgesehen 3,4 Millionen, im laufenden Jahr vorgesehen 4,2 Millionen; im Jahre 1973 war der Erfolg immerhin 3,8 Millionen Schilling. Diese Vergleiche, meine Damen und Herren, sind keine Bosheit, sondern dienen nur der Feststellung, daß beim Land Reduzierungen von Ihnen, von der ÖVP, anscheinend so fern nicht in den weiteren Wortmeldungen noch andere Äußerungen kommen, toleriert werden, wenn aber der Bund, also die sozialistische Regierung, Verbesserungen setzt im Budget, dann werden auch die Verbesserungen nicht ohne Nachdruck kritisiert.

Ich darf erinnern, daß jedes Bundesbudget nach 1970 — das 1970er Budget ist ja noch von der ÖVP gemacht worden — vom Bauernbund als ein Verlustbudget verurteilt wurde, bis dann der Grüne Bericht das Gegenteil der Behauptung oder Befürchtungen bewiesen hat. Im Dezember 1973 hat der Bauernbund für 1973 einen Verlust festgestellt, im Grünen Bericht für 1973 steht jedoch — wie Sie wahrscheinlich alle wissen, Sie werden sich sicher den Grünen Bericht auch angeschaut haben — eine sehr beachtliche Einkommensverbesserung. Der Herr Kollege Brandl hat in seiner Generalrede ja schon darauf hingewiesen: immerhin 14 Prozent Betriebs-einkommensverbesserung je Arbeitskraft. Und auch das sogenannte landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft ist ebenfalls um 14 Prozent verbessert. Das Gesamteinkommen in Landwirtschaft und Nebenerwerb ergab 130.000 S, also 15

Prozent Verbesserung laut Grünem Bericht 1973. Ich habe hier eine Aussendung, die Sie sicher auch interessiert, über den Grünen Bericht 1973, der vor nicht allzulanger Zeit erst herausgekommen ist: Die wirtschaftliche und soziale Situation der österreichischen Bauernschaft war im Jahre 1973 durch höhere Agrareinkommen in allen Produktionsgebieten, durch eine steigende Wertschöpfung und verbesserte Produktivität, durch einen gebremsten Strukturwandel, durch höhere Beiträge zum Bruttonationalprodukt und Volkseinkommen sowie durch große Investitionen für wichtige Betriebsmittel gekennzeichnet. Und so wie das für das Jahr 1973 festzustellen ist, gilt das auch für das Jahr 1974 trotz der bekannten und sicher sehr betrüblichen Schwierigkeiten beim Viehabsatz. Es sind auch im Jahre 1974 sehr beachtliche Mehreinnahmen bei der Milch, insbesondere durch die Preiserhöhung im Frühjahr, Mehreinkommen beim Getreide durch die Preiserhöhungen, ein wesentlich höherer Treibstoffzuschuß, Zuschuß zu der sehr beachtlichen Wirtschaftsobsternte, die ohne diesen Zuschuß nicht entsprechend abgesetzt hätte werden können, und dann der Zuschuß zum Viehabsatz ungefähr 400 Millionen Schilling, wodurch — wie Sie auch wissen — ein weiterer Preissturz beim Vieh verhindert werden konnte. Sie wissen auch, daß die Landwirtschaft schon öfters in ähnlichen Schwierigkeiten gewesen ist wie jetzt beim Viehabsatz, der — und das haben wir leider schon voriges Jahr im Herbst bei der Budgetdebatte feststellen müssen — eine europäische Erscheinung ist. Sie wissen auch, daß noch keine Regierung soviel für die Absatzförderung getan hat und so geholfen wurde, wie das jetzt bei der sozialistischen Regierung geschieht. (Abg. Eichinger: „Die Bauern glauben dir das doch alle nicht!“) Ja, das ist insofern sicher ein Handikap, Kollege Eichinger, weil wir mit unseren Aussendungen nicht die Möglichkeit haben wie Sie. Sie haben den Bauernbündler, aber nicht nur, Sie haben vor allem auch das Kammerorgan, das nicht nur Kammerorgan ist. Die Leute glauben halt offiziellen Kammerorganen sicher nicht ungern und wenn dann die Bauernbundaussagen drinnen sind, dann tun wir uns schwer, denn uns steht das Kammerorgan nicht zur Verfügung. Vielleicht ändert sich das (Abg. Aichhofer: „Die Bauern spüren, daß wir die Wahrheit sagen!“), wenn die Herren Kammerobmänner, z. B. Kollege Aichhofer, uns unterstützen, daß hier ein gewisses gleiches Recht bezüglich der Benützung des Kammerorgans beachtet wird. Die Herren Kammerpräsidenten vor allem sollen uns behilflich sein, daß da eine gewisse Gleichheit und Gerechtigkeit eintritt, daß wir unseren Anteil bekommen an der Möglichkeit der Aussage über das Kammerorgan. Wir werden diesen Anteil gerne richtig und zweckmäßig benützen. Ich hoffe, daß aufgrund Ihrer Anregungen eine Möglichkeit besteht. (Abg. Lackner: „Die Bauern glauben das, was sie kriegen!“) Ja, das ist schon recht, Kollege Lackner, wenn sie das glauben, was sie kriegen, das bezweifle ich ja nicht, aber wenn ihnen eingeredet wird, daß Sie das von wem anderen kriegen, womöglich vom Bauernbund, wenn es aber in Wirklichkeit vom Bund kommt, da ist eine Verwechslung drinnen, da wird etwas falsch ausge-

drückt, statt Bund sagt man Bauernbund, und dadurch gibt es Schwierigkeiten. (Beifall bei der SPO.)

Ich freue mich, daß der Kollege Eberdorfer so beifällig nickt. (Abg. Dr. Eberdorfer: „Glauben Sie, daß die Bauern so naiv sind?“) Das hat mit naiv sein gar nichts zu tun, der Kollege Lackner hat gesagt, die Bauern glauben das, was sie kriegen, Und wenn man ihnen einredet, daß ihnen der Bauernbund gibt, dann ist das eben ein „Irrtum“. (Abg. Dr. Maitz: „Was sagen Sie dazu, daß im Agrarjournal des Bundesministeriums gegen den Bauernbund polemisiert wird?“) Ein Agrarjournal des Bundesministeriums kenne ich nicht. Ich kenne ein Agrarjournal, ich kenne einen Förderungsdienst, ich kenne zwei Dutzend Aussendungen, aber ein Agrarjournal des Bundes, des Landwirtschaftsministeriums ist mir nicht bekannt, Herr Direktor. Wir müssen uns doch darüber unterhalten, später Ich habe das Agrarjournal leider nicht in der Tasche, sonst hätte ich es Ihnen zur Verfügung gestellt, aber wir können uns später darüber unterhalten.

Eine Zwischenbemerkung: Ich wollte mich eigentlich etwas später zu Wort melden, war dann aber der Meinung, daß schon 20 Wortmeldungen der Bauernbundfunktionäre vor mir sind; als ich mich meldete, mußte ich aber zu meiner Überraschung feststellen, daß erst 3 Wortmeldungen vorlagen. Jetzt tue ich mir natürlich ein wenig schwer, wenn ich jetzt sage, daß wahrscheinlich so wie im „Neuen Land“, der Zeitung des Bauernbundes, immer kritisiert wird, auch heute kritisiert werden wird. Sie haben es natürlich jetzt in der Hand, mich zu desavouieren und nicht zu kritisieren. (Heiterkeit — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Sie werden schon kritisiert!“ — Landesrat Doktor Krainer: „In fairer Weise!“) Um vorsorglicherweise einer allfälligen Kritik zeitgerecht zu begegnen, möchte ich doch feststellen, daß auch für das Jahr 1975 durch den Bund sehr beachtlich geholfen wird. Der Bauernbund hat heuer im Mai einen Brief ausgesendet, worin er mit einer gewissen Freude feststellt, daß bei den Verhandlungen, bei denen die Bauernorganisationen dabei waren — ich hatte auch die Ehre, dabei zu sein bei den Verhandlungen mit Bundeskanzler Kreisky —, mehr als 1 Milliarde Schilling erreicht wurde. Der Bauernbund war stolz, wir waren auch stolz — den Stolz können wir uns, wenn Sie wollen, teilen. Wir haben diesen Erfolg.

Nun wirkt das, was heuer im Frühjahr ausgehandelt wurde, nicht nur für das heurige Jahr, das wirkt natürlich auch für das Jahr 1975 und hier liegt vor allem eine Basis für das Mehr, das auch im kommenden Jahr drinnen ist bei der Milch, beim Getreide und bei einer Reihe anderer Produkte. Dazu kommen noch die höhere Dotierung der Agrarinvestitionskredite mit plus 100 Millionen Schilling Förderung für Verbesserung der Betriebsstruktur mit plus 241 Millionen Schilling; für die Bergbauern plus 117 Millionen auf 417 Millionen Schilling; Weinwirtschaftsfonds, Treibstoffverbilligung nun nicht mehr 487 Millionen, sondern erhöht auf 572 Millionen Schilling, wobei das nun eine gesetzliche Post ist. Ich habe schon gefürchtet, daß dies, weil es nicht mehr im Budget des Landwirtschaftsministeriums verankert ist, vergessen würde, daß es dazu-

gehört. Das sind sehr beachtliche Verbesserungen. Ich will hier gar nicht nennen die Verbesserungen über den Familienlastenausgleich und einige andere Dinge, die der Landwirtschaft genauso zugute kommen wie auch anderen Berufsgruppen. Nur noch einmal der Hinweis, daß dies alles leider in der Propaganda des Bauernbundes im steirischen „Neuen Land“ — ein wunderschöner Titel — immer heruntergesetzt wird. Ich bin der Meinung, daß dies eine doch eigenartige Auffassung von Toleranz ist, wenn Sie wollen, auch von Demokratie, denn wenn etwas gut ist, soll man das auch als politischer Gegner als gut existieren lassen. (Beifall bei der SPO. — Abg. Trummer: „Lieber Kollege Zinkanell, wir zwei verstehen uns ja im allgemeinen sehr gut. Du bist ein Landwirtevertreter und ich auch. Du hast jetzt ein schönes Wort gesagt. Wir sollen tolerant sein und die Dinge gut abwägen. Sei dann aber auch so lieb und gib das, was jetzt beim Viehpreissturz geschieht, auch zu. Sei so lieb!“) Wenn ein Kollege ein so nettes Wort zu mir sagt, findet das bei mir immer ein offenes Ohr. Ich darf nur, Kollege Trummer, darauf verweisen, daß ich 400 Millionen Schilling Bundeszuschuß zu den Viehabsatzschwierigkeiten bereits erwähnt habe, aber wenn du es möchtest, sage ich es gerne noch einmal.

Weil ich von Toleranz sprach — ich habe gemerkt, der Herr Präsident hat dies als Anlaß zum Beifallsklatschen benützt. Ich wollte eigentlich, wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, darauf hinweisen, daß ich ein sehr nettes Beispiel von Toleranz bei der letzten Kammervollversammlung erlebt habe, wo ich auch die Gelegenheit benützte, dem dort gesagten Dank an das Land — immer wieder dem Land, Herr Landesrat —, Ehre wem Ehre gebührt. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Du Seppl, das höre ich erst jetzt, paß auf!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter, ununterbrochen nur Dank an das Land, da habe ich mich eben bemüht gefühlt, darauf hinzuweisen, auch dem Bund dafür zu danken, daß er einige 100 Millionen zur Verfügung stellt. Ich habe mit Freude feststellen können, daß eine Reihe der dort Anwesenden meiner Ansicht waren. (Abg. Ing. Turek: „Sprechen Sie einmal mit Arbeiterkammerfunktionären, was Toleranz anlangt!“) Bitte, Kollege Turek, soweit ich weiß, herrscht dort das beste Einvernehmen, außer es gibt Schwierigkeiten. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Wer hat Ihnen das erzählt, der Präsident Schwarz?“ — Abg. Ing. Turek: „Der Schwarz kann keine Fremdwörter, und Toleranz ist ein Fremdwort, das versteht er nicht!“ — Abg. Prensberger: „Auf so etwas sollte man sich nicht einlassen!“ — Abg. Hammerl: „Aber Proporz!“ — Abg. Ing. Turek: „Toleranz; Mikrofon abschalten und solche Scherze, das kennen wir alles!“) Das würde ich nicht sagen, Kollege Turek, ich glaube, der Kollege Schwarz ist ein hochanständiger Arbeiterfunktionär, dem man nichts nachsagen soll. (Landesrat Bammer: „Das braucht man in einer sogenannten „Ein-Mann-Partei!“) Ich wollte sagen, man soll sich nicht allzusehr mit einer einseitigen Kritik befassen, Kritik dort, wo sie notwendig ist, meines Erachtens auch für die Zeitungen der ÖVP, des Bauernbundes und nicht schweigen oder verniedlichen, wenn es notwendig ist, unguete Dinge

auch einmal beim Namen zu nennen. Ich habe da ein Beispiel, das mir sehr aufgefallen ist, nämlich bei der „Südost-Tagespost“: Sie brachte „eine Geschichte mit der Kuh“. Das hörte sich so lieb an und vor allem harmlos, es war aber nicht harmlos. Das, was mit diesem Titel bezeichnet wurde, ist in den anderen Zeitungen als „Viehskandal“ an expornierter Stelle herausgestellt worden. (Abg. Dr. Dorfer: „Die Relativitätstheorie!“) Das kann sein, Kollege Dr. Dorfer. (Landesrat Peltzmann: „Aber die Arbeiterkammer kann heutzutage auch keine Gerichte ersetzen in Österreich, da sind wir einer Meinung!“) Nicht völlig! Ich würde nur hoffen, daß den Gerichten die Möglichkeit gegeben wird, das so rasch und gründlich zu verfolgen, wie es im Interesse der Bevölkerung und der Landwirtschaft gelegen ist. (Abg. Dr. Dorfer: „Wer hindert sie daran?“ — Landesrat Peltzmann: „Und im Interesse der Betroffenen!“) Bitte sehr, wenn sie schuldlos sind, wird es sich herausstellen. Ich will mich aber in ein Verfahren nicht einmischen, eingemischt haben sich die, die darüber bereits berichteten, Herr Landesrat. (Landesrat Peltzmann: „Sie lesen Ihre eigene Zeitung nicht!“) Ich wollte eigentlich sagen — Sie halten mich direkt auf, über dieses unguäte Thema hinwegzukommen —, Viehexport fördern, darüber gibt es gar keinen Zweifel und das geschieht ja auch.

Aber Viehexport fördern nicht für unbefugte Taschen, und zwar weder in Österreich noch in Italien. Dieser Viehexport, wo minderwertige Tiere als Zuchttiere deklariert wurden, das schädigt ja vor allem auch den Ruf der steirischen Rinderzüchter, der Rinderproduzenten und ist meines Erachtens ein — der Herr Kammerpräsident schüttelt den Kopf, er wird vielleicht besser wissen — Nachteil für die Zukunft, denn, wenn ich etwas als Zuchtvieh kaufe, dann nehme ich an, daß es eine Zuchtviehqualität hat, Herr Präsident. Und wenn dieses Zuchtvieh dann ein paar alte Kühe sind, dann kann man nicht gut sagen, daß das ein Renommee für die steirischen Tierzüchter ist, das gibt es nicht, das ist meine Auffassung. (Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Dorfer: „Sie greifen doch in ein laufendes Verfahren ein!“) O nein, o nein, Herr Doktor, nicht mehr, als das ohnedies in den Zeitungen geschehen ist. Ich beziehe mich nur auf das, was schon in der Öffentlichkeit behandelt wurde. Ich habe mir das sehr wohl überlegt, Herr Dr. Dorfer. (Abg. Dr. Dorfer: „Hat das Gericht schon entschieden?“) Darf man oder darf man nicht? Ich habe mir nur gedacht, wenn andere darüber reden und schreiben dürfen, dann müßte eigentlich ein Abgeordneter auch dürfen. Ich hoffe daß ich auch mit Ihnen in dieser Hinsicht einer Meinung bin. Und ich wollte sagen, dieses Problem hat der Herr Dr. Leeb von der „Neuen Zeit“. — ich weiß nicht, ob ihn jeder sehr gern mag, das kann ich nicht beurteilen — in einer nicht unbegründeten Frage aufgegriffen. Ich lies gar nicht das Ganze vor, da vielleicht einige „provokierende“ Formulierung erhalten sein könnten. (Landesrat Peltzmann: „Die lesen ja immer weniger Leute in der Steiermark!“) Das muß man erst jemand anderen überlassen, lieber Herr Landesrat, ich glaube, da

täuschen Sie sich, das ist eine trügerische Hoffnung. Ja, ich weiß nicht, wenn man die steirischen Zeitungen untereinander vergleichen würde, da würde wahrscheinlich für uns ein sehr günstiges Bild herauskommen, Herr Landesrat.

Aber darf ich jetzt kurz zitieren. Er sagt zum Schluß: „Müßte es nicht auch im Interesse der beiden Kammern, und zwar der Landwirtschaftskammer und der Handelskammer, liegen, das durch den Millionenkanal angegratzte Image eines Berufsstandes wieder aufzupolieren, indem man die Spreu vom Weizen trennt, sollten die Kammern nicht ebenfalls an der restlosen Aufklärung dieses Exportschwindels interessiert sein?“ Ich habe das andere unterschlagen im Interesse des Weihnachtsfriedens. (Heiterkeit! — Landesrat Peltzmann: „Wenn die „Neue Zeit“ über den Bauring auch soviel geschrieben hätte!“) Mehr bestimmt als paar Zeilen, Herr Landesrat. (Abg. Pözl: „Herr Kollege Zinkannell, Sie sind nicht beleidigt, wenn ich sage: „Sie Christkindl!“?“) Danke, ich gebe das gerne zurück. Dieser Viehexport, dieser Skandal, diese Art des Exportes gehört geklärt. Staatsgelder sind Gelder, die der Allgemeinheit gehören und nicht einem Unbefugten in seine Tasche. Ich hätte hier noch eine Unterlage, eine nicht uninteressante, ich will sie aber nicht mehr damit behelligen, weil die Zeit zu schnell vergeht. Eine Unterlage, die beweist, daß nach diesen Verhandlungen, nach den Verhandlungen mit den betreffenden Leuten dieselben Praktiken immer noch angewendet werden. (Abg. Pözl: „Von der sozialistischen Bundesregierung!“) Ein Brief und eine Rechnungsablichtung beweisen, daß jetzt noch im Bezirk Murau genau so vorgegangen wird. Verkauft als nicht trächtig, weil es dem Tierarzt nicht gelungen ist, trotz dreimaliger Behandlung das Tier wieder zum Aufnehmen zu kriegen, es wird als nicht trächtig verkauft, der Bauer verkauft es bewußt als nicht trächtig, dann kriegt er den Rechnungszettel zurück, wo dann nachträglich ohne sein Wissen und sein Wollen die Bezeichnung „trächtig“ eingetragen ist. Es ist das jetzt noch, nach der Verhandlung dieser Dinge. (Landesrat Peltzmann: „Da haben sie inzwischen einen besseren Stier gefunden!“) Nein, nein, das hat mit einem Stier gar nichts zu tun. (Abg. Lackner: „Wo bleibt da der Staatsanwalt, und was können die Bauern dafür?“) Ja, der Staatsanwalt ist vorläufig in Graz geblieben, weil der ja nicht hinauffahren kann, lieber Karl, um das selber zu erheben und ich bin gerade — ich kann es dir auf meiner Notiz zeigen — bei dem Punkt angelangt, wo man denen danken soll, die sich die mühevolle Arbeit machen mußten, die Dinge zu erheben und einige tausend Bauern aufzusuchen, um das Millionenspiel aufzuklären. (Abg. Lackner: „Die Bauern können nichts dafür!“ — Abg. Premsberger: „Das sagt er ja nicht, das hat er nie gesagt!“) Ich hoffe nicht, daß jemand hier im Hohen Hause die Meinung hat, daß ich den Bauern etwas vorwerfe, im Gegenteil, natürlich wollen die Bauern verkaufen, sollen verkaufen, aber die Art und Weise, daß Gelder dorthin fließen, wo sie nicht hingehören, das, glaube ich, gehört aufgeklärt. Und wenn du fragst, wo bleibt der Staatsanwalt,

so darf ich sagen, er hat seine Leute ausgeschiedt, ich würde nicht sagen seine Häscher (Heiterkeit), seine Erhebungsbeamten, seine Erhebungsleute, und die haben ganz interessante Dinge zutage gebracht. (Abg. Dr. Dorfer: „Ist der Justizminister ein Schwarzer?“) Ach, warum das, warum meinen Sie das? Ja, ich hätte beinahe was gesagt, weil Sie so fragen, ich sage es nicht, denn sonst müßte ich sagen, wenn es ein Schwarzer wäre, täte sich der Staatsanwalt möglicherweise viel härter. Aber Sie haben mich gefragt. (Abg. Pözl: „Unerhört!“) Sie haben mich gefragt. Was für dich, Kollege Pözl, unerhört ist, das rührt mich nicht sehr, ich bin gefragt worden (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist eine Unterstellung!“), ob der Minister, der Justizminister, ein Schwarzer ist. Ich habe gesagt, er ist keiner, Gott sei Dank für den Staatsanwalt. (Abg. Pözl: „Sie wissen genau, ein Staatsanwalt ist weisungsgebunden! Das ist eine Verdächtigung!“)

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind immerhin darüber einer Meinung (Glockenzeichen des Präsidenten). Bitte, Herr Präsident, ich habe gesagt, ich will in diesem Moorbad nicht herumplantschen, aber Sie provozieren mich die ganze Zeit. Ich wollte sagen, ich glaube, es besteht, ich hoffe, es besteht Übereinstimmung, daß hier in dieser Sache Klarheit und Korrektheit herausgearbeitet werden sollen (Abg. Buchberger: „Das ist für uns selbstverständlich!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Sie mißtrauen der österreichischen Justiz!“), und zwar im Interesse der steirischen Rinderzüchter, im Interesse der steirischen Rinderproduzenten. Ich habe den Herrn Vizepräsidenten leider nicht verstanden; Kollege Buchberger, es sollte keine Mißachtung sein, ich habe leider den Zwischenruf nicht verstanden. Ich wollte nur darauf hinweisen im Interesse der Produzenten, der Rinderproduzenten, weil das eben eine so eminent bedeutende Sparte ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen das sicher auch, daß die Rinderproduktion in Österreich, bitte laut Grünem Plan 1973, 8,5 Milliarden Schilling ausmacht, das ist sehr beachtlich, und daß die zur Rinderproduktion gewissermaßen dazuzählende Kuhmilchproduktion 7,5 Milliarden Schilling ausmacht, also insgesamt 16 Milliarden Schilling und daß in der Steiermark immerhin drei Viertel aller Betriebe rinderhaltende Betriebe sind. Die landwirtschaftliche, und ich möchte sagen die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Rinderproduktion ergibt zwangsläufig auch eine enorme Bedeutung der Rinderzucht. Und daher bin ich der Meinung, daß die Rinderzucht nicht diskriminiert werden darf, und zwar weder durch unzulässige Exportmethoden noch durch eine allfällige Abwertung der Leistungskontrolle. Rinderzucht ohne ausreichende Leistungskontrolle scheint mir unmöglich zu sein. Und daher glaube ich, daß größte Vorsicht geboten ist, wenn man an eine Systemänderung in dieser Sache denken sollte. Das Geld, das man sich dabei allenfalls erspart, würde durch den Niedergang der Zuchterfolge wahrscheinlich hundertfach verlorengehen. Ich denke, man muß hier darauf achten, daß keine Verunsicherung auch der mit der Kontrolle befaßten Menschen entstehen soll, denn wenn die einmal davonlaufen, würde es sehr schwer sein, sie wieder

hereinzuholen. Der Dienst dieser Leute, die die Milchleistungskontrolle draußen durchführen, ist kein so angenehmer, daß sich die Menschen dazu drängen würden. Eine gut funktionierende Rinderproduktion — ich habe das bereits erwähnt — einschließlich der Milcherzeugung ist besonders für die Bergbauern eine echte Existenzfrage. Daher darf ich sagen, und ich komme damit zum Schluß, daß die von der Bundesregierung mit dem Land und den Kammern erfolgte starke Förderung besonders für die Bergbauern sehr wichtig war und daß auch die Milchpreiserhöhung eine sehr wichtige Sache war. Wiederum eine ganz kleine Rückerinnerung an den Dezember 1973: Ich habe damals auf die Landwirtschaftlichen Mitteilungen, auf das Kammerorgan verwiesen, daß die damalige Milchpreiserhöhung überschrieben war: „Nur 15 Groschen“. Heuer im Frühjahr ist eine weitere Milchpreiserhöhung festgelegt worden mit 30 Groschen und prompt hat das Kammerorgan diese Erhöhung mit der gleichen Überschrift als „Nur 30 Groschen“ herausgestrichen, obwohl dies immerhin 600 Millionen Schilling ausmacht, wie auch im Brief des Bauernbundes zu lesen war. Darf ich noch etwas kurz sagen (Abg. Lackner: „Herr Kollege, das mit den 30 Groschen, aber wieviel haben wir Krisengroschen? 11 Groschen!“ — Abg. Ing. Turek: „Wieviel war es zu Schleinzers Zeiten?“ — Abg. Lackner: „12 Groschen waren es!“): Lieber Kollege Lackner, alle wissen, daß dies keine Erfindung der jetzigen Regierung ist, sondern über 20 Jahre schon praktiziert wird. Jetzt ist eine Vereinbarung vorhanden zwischen Präsidentenkonferenz und dem Ministerium, daß je nach Milchstrom der Krisengroschen angehoben oder gesenkt wird. (Abg. Lackner: „Nicht 30 Groschen, sondern nur 11 Groschen!“) Das ist vom Milchpreis. Das ist mit der Präsidentenkonferenz vereinbart.

Darf ich nunmehr noch kurz bezüglich der Bergbauern anführen, daß es jetzt eine Neuzonierung gibt, weil der alte Berghöfekataster in vielen Fällen unzulänglich gewesen ist und daß nun viel mehr Bergbauern in die höher dotierten Gruppen hinaufkommen. 1975 erfolgt die höhere Auszahlung. Diese höhere Einzelauszahlung erfordert natürlich auch mehr Geld, und zwar um 117 Millionen Schilling mehr. Für das Jahr 1975 haben die Experten eine allgemeine Verbesserung des Viehabsatzes vorausgesagt, ich erinnere an den Vortrag in der Landwirtschaftskammer. Ich darf darauf hinweisen, daß das Marktordnungswesen vereinbart wurde, ich freue mich darüber, auch hier ist eine Vorsorge für die Landwirtschaft vorhanden und mit den für 1975 vorgesehenen Förderungen des Bundes und des Landes wird auch im kommenden Jahr für die Landwirtschaft mit einem Fortschritt zu rechnen sein. Wir werden daher dem landwirtschaftlichen Teil der Gruppe 7 gerne unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der SPO und FPÖ.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Neuhold zu Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Neuhold: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Im Landesvoranschlag 1975 unter „Allgemeine Förderung der Landwirtschaft“ scheint auch die Post 713 „Förderung der überbetrieblichen Zusammenarbeit“ auf. Diese Post wurde erhöht, und ich darf namens des Landesverbandes der steirischen Maschinenringe herzlich dafür danken, weil dadurch den jahrelangen Bemühungen der Landeskammer für Land und Forstwirtschaft und des Landesverbandes der steirischen Maschinenringe Rechnung getragen wird. Es wurden schon von einigen Vordnern meiner Fraktion die ungünstige Situation und die Probleme der Landwirtschaft in der Gegenwart aufgezeigt. Gerade in dieser schwierigen Situation gewinnt die überbetriebliche Zusammenarbeit in allen Sparten der Landwirtschaft besondere Bedeutung. Ich möchte mich daher mit diesem Thema beschäftigen und Sie kurz über den Sinn der überbetrieblichen Zusammenarbeit informieren. Die überbetriebliche Zusammenarbeit ist nichts Neues, nein, schon der große, weise Mann Raiffeisen, gelebt von 1818 bis 1888, hat damals schon erkannt, daß in der gegenseitigen Nachbarschaftshilfe viele positive Möglichkeiten für die Bauern zu suchen und zu finden sind. Heute hat sich die überbetriebliche Zusammenarbeit als neue, moderne Form der Nachbarschaftshilfe herauskristallisiert und in der Form bewährt, daß sich viele Bauern in den Nachbarbundesländern und in der Steiermark zu Erzeugerringen und Erzeugergemeinschaften und letztlich auch zu Maschinenringen und Betriebshilfsringen zusammengeschlossen haben. Dieses Thema ist ebenso bei uns wie in Bayern und in allen österreichischen Bundesländern ein Bestandteil der Agrarpolitik. Über diese Entwicklung freuen wir uns.

Wir waren nie so leidenschaftlich und auch nicht überheblich, um zu behaupten, die Maschinenringe seien das Allheilmittel für die Strukturschwächen in der Landwirtschaft und einer damit verbundenen schwierigen Agrarpolitik. Heute können wir mit Überzeugung sagen, daß die überbetriebliche Zusammenarbeit kein billiges Schlagwort ist, sondern sich als Ausweg anbietet, um die Existenz sowohl der Nebenerwerbs- als auch der Vollerwerbsbetriebe sichern zu helfen. Es ist ein Unterschied, meine sehr verehrten Damen und Herren, ob ein Bauer 40.000,— bis 60.000,— Schilling pro Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche an Maschinenkapitalbelastung zu verzeichnen hat oder nur mehr 10.000.— bis 15.000.— Schilling. Ich bin so offen, um auch hier grundsätzlich zu sagen, daß es allzuoft noch eine selbstverschuldete wirtschaftliche, soziale und damit verbunden auch gesellschaftliche Notlage in bäuerlichen Familien gibt. Man erlebt das manches Mal in bitterer Erkenntnis, wenn man feststellt, daß der mühsam verdiente Lohn im Nebenerwerb wieder unüberlegt für den Ankauf von Landwirtschaftsmaschinen verwendet wird, die furchtbar teuer sind und auf dem landwirtschaftlichen Betrieb nur einige Tage oder Stunden im Jahr benötigt werden. Um hier Abhilfe schaffen zu können, bieten wir die überbetriebliche Zusammenarbeit in allen Sparten an.

Wir sind in der Landwirtschaft ohnehin in eine echte Zwickmühle geraten, und ich wäre darüber froh, wenn die traumhaften Ausführungen des Kollegen Abg. Zinkanell einigermaßen der Wirklich-

keit entsprechen würden. Der Abstand zwischen dem, was wir für unsere Betriebsmittel zahlen müssen und dem Erlös für unsere Produkte geht immer weiter auseinander. Ich kann in diesem Zusammenhang die optimistische Aussage des Abgeordneten Brandl in der Generalrede bezüglich der Einkommenslage der Landwirtschaft nicht ganz verstehen. (Abg. Brandl: „Bei 14 Prozent Erhöhung müßten Sie sie verstehen!“)

Herr Kollege, vielleicht tun wir uns als Praktiker hier etwas leichter. Wir fühlen nämlich am eigenen Leib und in der eigenen Familie die negative Entwicklung in der landwirtschaftlichen Einkommenslage. Und wir wissen auch, daß die Preise für unsere benötigten Betriebsmittel um durchschnittlich 10,5 Prozent in der letzten Zeit gestiegen sind, während unsere Einnahmen nur um 3,2 Prozent im Durchschnitt angestiegen sind, während im gleichen Zeitraum die Verbraucherpreise in Österreich um 22 Prozent gestiegen sind und auch die Weltagrarpreise um 25 Prozent stiegen. Ich will nicht dramatisieren, was sich hier aber auf dem Preiserhöhungssektor für landwirtschaftliche Betriebsartikel in der jüngsten Vergangenheit und in der Gegenwart tut, das kann die Landwirtschaft einfach nicht mehr verkraften und das findet auch darin seinen Ausdruck, daß zum Beispiel die Umsätze auf dem Düngermittelsektor bis zu 40 Prozent zurückgegangen sind. Es sind also auch die Preiserhöhungen und die zusätzlichen Inflationsauswirkungen, die uns in die eingangs zitierte Zwickmühle gebracht haben. In dieser Situation stehen wir und befinden wir uns, und in dieser Situation sollen wir uns noch behaupten. Damit es leichter wird, soll auch hier die überbetriebliche Zusammenarbeit einsetzen. Schon im Jahre 1972 hat man errechnet, daß durch die gemeinsame Maschinennutzung von 10 Prozent aller österreichischen Bauern jährlich 500 Millionen Schilling eingespart werden könnten, und das rechtfertigt die gemeinsamen Bemühungen.

Gestatten Sie mir auch einige kurze Sätze zum geplanten Ausbau des Betriebshilfsdienstes in der Steiermark. Es geht hier informativ darum, daß bei Unglücksfällen, Spitalsaufenthalt und sonstigen hilfsbedürftigen Umständen in bäuerlichen Betrieben bzw. Familien durch einen gut ausgebildeten Betriebshelfer, ähnlich den Familienhelferinnen, Hilfe geleistet werden kann. Als Beweis der Notwendigkeit einer solchen Einrichtung darf ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, einige traurige Zahlen berichten. In der Steiermark allein ereigneten sich in den letzten Jahren in der Land- und Forstwirtschaft 7765 Arbeitsunfälle. Davon waren 62 tödlich. Von den 7765 Unfällen waren es 6180 Landwirte und deren Angehörige, die es betraf, davon 49 mit tödlichem Ausgang. Auch der Stand der Unfallrenten mit Stichtag 1. Juli 1974 spricht eine bewegte Sprache. Es sind 6593 Versehrtenrenten, 572 Witwenrenten, 509 Waisenrenten und 2 Eltern- und Geschwisterrenten, zusammen also 7676 Unfallrentner und Rentnerinnen durch landwirtschaftliche Arbeitsunfälle. Nach solchen Unfällen gibt es immer familiäre und menschliche Not, und hier wollen wir durch die Errichtung des Betriebshelferdienstes Not lindern helfen. Der Betriebshilfsdienst könnte

also eine wertvolle Ergänzung der Arbeit im Maschinenring darstellen und sind zur Zeit brauchbare Richtlinien sowohl organisatorisch als auch für den praktischen Einsatz eines Betriebshelferdienstes in Ausarbeitung.

Ich möchte nur noch berichten, daß es zur Zeit in Steiermark 50 Maschinenringe mit über 2000 Mitgliedern gibt, sicherlich keine Massenbewegung, aber Zehntausende Bauern nehmen die Einrichtungen des Maschinenringes in Anspruch. Meine sehr geehrten Damen und Herren, man könnte über den Bereich der überbetrieblichen Zusammenarbeit sicherlich noch viel Positives im Detail berichten. Es würde zu lange dauern, aber eines sei zum Abschluß zusammenfassend gesagt: Wir leben in einer Zeit des kommerziellen und geschäftlichen Denkens. Der Mensch der Gegenwart wird vielfach manipuliert, die Werbung hat den Menschen mithineingezogen in die Manipulation. Es beginnt bei der Mode, beim Fahrzeug, bei der Maschine, geht über die sexuellen Wunschträume bis hin zum brutalsten eigenen Ich. Daher wollen wir mit der überbetrieblichen Zusammenarbeit mithelfen, daß auch der Bauer einen gewissen persönlichen, menschlichen und familiären Freiheitsraum behält. Nicht die Maschine soll ihn beherrschen, sondern der Bauer soll Herr über die Maschine bleiben. Ich danke allen, die uns bisher bei diesen Bemühungen unterstützten und bitte, dies auch für die Zukunft zu tun. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Präsidenten Abg. Koiner das Wort.

Abg. Koiner: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Ausführungen des Kollegen Zinkanell in der ersten Phase hat man eigentlich mit einigem Vergnügen lauschen können, weil es immerhin bewundernswert ist, daß mit einem großen Zahlenmaterial versucht wird, nachzuweisen, daß es den Bauern besser geht. Ich bedaure fast selbst, daß diese Aussagen von den Bauern nicht so geglaubt werden, wie es vielleicht dort und da angenommen wird. Es ist nur Tatsache, daß es so ist, und die Schwierigkeiten, warum sie das nicht glauben oder warum diese Zahlen oder Zahlenspiele nicht geglaubt werden, liegen nicht daran, daß wir im Kammerorgan nicht eine Zweiteilung vornehmen, wo wir auf der einen Seite einer politischen Gruppe das Recht einräumen zu sagen, wie sie sich das denkt und auf der anderen Seite einer anderen. Das wäre dann kein Kammerorgan.

Ich muß allerdings sagen, daß die Ausführungen im zweiten Teil mir persönlich sehr viel weniger Vergnügen bereitet haben, und zwar deshalb, Herr Kollege, weil wir auch in einer privaten Aussprache eigentlich der Meinung waren, daß man in ein schwebendes Gerichtsverfahren nicht gut eingreifen soll. Und so, wie ich das empfunden habe, war das heute eine deutliche Einmischung, denn wenn hier gesagt wird Exportschwindel, Spreu vom Weizen absondern, dann — unbeschadet ob das so ist oder ob das nicht so ist — haben wir in Österreich unabhängige Gerichte, die das feststellen sollen. Niemand soll sich anmaßen, vorher das als eine Behauptung aufzustellen. (Beifall bei der ÖVP.) Das ist eine

Einmischung in ein ordentliches und schwebendes Gerichtsverfahren und deshalb hat es mir umsoviel weniger Vergnügen bereitet, diesen Ausführungen zuzuhören. Vielleicht ist eines bezeichnend dabei, nämlich die Ausführung, daß man Zuchtvieh verkauft und in Wirklichkeit eine alte Kuh gekauft hat. Und, Herr Kollege Zinkanell, ich bedaure sehr, daß hier der Irrtum schon beginnt, denn wer immer sich mit der Zucht befaßt, kann sehr genau feststellen und weiß sehr genau, daß ein hochwertiges Zuchtvieh auch eine ältere oder eine alte Kuh sein kann. Ich bitte vielmals, hier ist es echt danebengegangen, hier hat man fast den Eindruck gehabt, daß man das nicht versteht (Abg. Zinkanell: „Es steht ja da!“) und deshalb bedaure ich diese Ausführungen. Sie haben absolut auch nicht vergnüglich geklungen. Ich persönlich möchte aber anfangen, auch im Hinblick darauf, was im ersten Teil, im vergnüglicheren und vielleicht auch sachlicheren Teil geäußert worden ist, nicht irgendjemand zitieren, der nicht dieser Meinung zu sein scheint, sondern den derzeitigen Landwirtschaftsminister. Es ist fast die Vermutung nahe, daß es einige Schwierigkeiten in der Kooperation zwischen euch zwei gegeben hat.

Landwirtschaftsminister Dr. Weihs schreibt in einem Sonderdruck des Förderungsdienstes vom Dezember 1974, also doch sehr aktuell: „Internationale Rohstoff-, Energie- und Ernährungskrisen haben im Jahre 1974 Wirtschaft und Gesellschaft beunruhigt, und unsere Landwirtschaft blieb von dieser Entwicklung nicht verschont und war mit einer Reihe von Problemen konfrontiert.“ Ich muß dazu sagen, was stimmt da? Es wäre vielleicht die Vermutung naheliegend, daß er nun auch angesteckt ist von den Beschwerden, von den Aussagen der Bauernschaft, die mit diesen Zahlen und diesem Zahlenspiel nicht einverstanden ist. Ich glaube das aber persönlich nicht und ich weiß, daß österreichische Minister, ganz gleich welcher Couleur, sich an und für sich sehr gut überlegen, was sie sagen und noch besser überlegen, was sie schreiben; es gibt hier sicherlich auch einige Ausnahmen, ich nenne aber keine Namen. (Abg. Zinkanell: „Hat er jetzt oder nicht, Herr Präsident?“) Die Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Die Ausnahme ist aber sicherlich nicht beim Herrn Landwirtschaftsminister gegeben.

Meine Damen und Herren, die Welternährungskonferenz in Rom bestätigt eigentlich diese Aussagen des Herrn Landwirtschaftsministers. Sie kommt im großen und ganzen zum Schluß, daß der Hunger auf der Welt nicht abnehmen, sondern eher zunehmen wird, daß die betroffenen Länder selbst nicht in der Lage sein werden, diesen Problemen und dem Hunger gerecht zu werden und — es klingt ein für uns fast unbegreiflicher Vorwurf aus diesen Feststellungen heraus — daß es eine Vergeudung, eine Verschwendung und fast ein Verbrechen ist, daß die europäische Landwirtschaft hergeht und Getreide verfüttert, um tierische Veredelungsprodukte zu gewinnen, die zwar natürlich viel besser schmecken — wir wissen das, Wurst ist uns doch lieber als Brot allein, und ein Schnitzel schmeckt auch gut und ist besser als ein Nockerl allein —, daß dies aber eine echte

Verschwendung angesichts des Hungers in der Welt sei. Ich gebe Ihnen schon Recht, wenn Sie vielleicht jetzt sagen, dies sind doch Probleme, die von uns weit weg sind, vor allem von der österreichischen und steirischen Landwirtschaft, wir haben im Moment wirklich andere Probleme, die uns mehr bedrücken, die uns mehr Sorgen bereiten und denen wir uns zuwenden sollen. Aber, meine Damen und Herren, ich erinnere daran, es ist eigentlich noch gar nicht so lange her, daß auch bei uns in Österreich diese eklatanten Unterschiede der Möglichkeiten der Ernährung und des Verbrauches da waren. Es hat damals Leute gegeben, die sagten, die Probleme sind nicht meine, es interessiert mich nicht. Es ist noch nicht so lange her, daß dies der Fall war, vielleicht 30 bis 40 Jahre, und ich bezweifle, ob uns diese 30 bis 40 Jahre innerhalb einer weltweiten Betrachtung bleiben werden, wo nicht auch in der Art von kommunizierenden Gefäßen diese Dinge sich ausgleichen und ausgleichen müssen und daß wir uns nicht der Illusion hingeben, das wäre ein Zustand, der ein für allemal so sei.

Wenn wir fragen, wie kommt es dazu, daß in den Entwicklungsländern so große Probleme vorhanden sind und daß dort 50 bis 90 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft arbeiten und trotzdem nicht in der Lage sind, sich selbst und die lächerlichen restlichen 10 Prozent zu ernähren. Vielleicht dazu ein paar Zahlen: Meine Damen und Herren, es gibt heute auf der ganzen Welt noch 350 Millionen Wirtschaftseinheiten, also Betriebe, die sich des hölzernen Pfluges bedienen. Die Bevölkerung von Indien mit 550 Millionen Einwohnern und China mit 700 Millionen Einwohnern zusammen haben einen geringeren Schlepperbestand als das kleine Österreich. Vielleicht noch eine Zahlenkategorie: Der Nährstoffverbrauch in Holland je Hektar beträgt 620 kg. Ghana verbraucht zum Beispiel je Hektar 2 kg und das hungernde Indien 9 kg. Daraus lassen sich auch diese Probleme aus den eklatanten Größenunterschieden erklären. Ich möchte mir weitere Ausführungen schenken, diese Zahlen ließen sich fortsetzen in bezug auf die Milchproduktion, auf die Fleischproduktion usw. Neuseeland zum Beispiel produziert pro Kopf der Bevölkerung 2400 l Milch, Indonesien pro Kopf der Bevölkerung 0,3 l Milch je Jahr und Kopf der Bevölkerung. Diese Zahlen machen es doch deutlich, wo das Problem liegt. Ich bin sicherlich der Meinung, daß dort, wo echte Katastrophen da sind, auch karitativ eingegriffen werden soll, aber das andere ist ein Problem der Weiterbildung. Wir fühlen uns sehr überheblich, wir haben eine moderne Landwirtschaft in Europa, in Westeuropa und in Österreich und wir lächeln über diese Zurückgebliebenen, vielleicht bezeichnen manche sie auch als „diese Dummen“.

Meine Damen und Herren, wir haben aber auch einen sehr hohen Preis dafür bezahlt. Wir fahren heute nicht mehr mit Hafer, indem wir die Zugtiere damit füttern, ganz gleich, ob es Ochsen, Kühe oder Pferde sind, sondern wir fahren heute mit Dieselöl, das heißt Erdöl. Wir brauchen Eisen, Stahl, Kupfer usw. für unsere Schlepper, wir brauchen eine Riesensumme von Phosphor und Kalidünger, die wir einführen, um diese Produktion sicherzustellen. Für wie lange ist diese Situation

gesichert? Die OPEC-Länder haben uns sehr deutlich gezeigt, wie man das macht. Es ist auch schon bekannt, daß die nächste Kategorie der Länder jene sein wird, die Phosphor und Kali als Rohprodukte haben, die sich in einem Kartell zusammenschließen und sagen, wir werden denen, die das brauchen, schon zeigen, was es kostet. Es ist ja nicht unbekannt, daß die derzeitigen Phosphor- und Kalipreise nur bis April gelten und dann der nächste Schub kommen soll. Man ist hier fast versucht zu sagen, es geht uns fast so ähnlich, wie es verschiedenen Ländern bei der Kohle gegangen ist, die in einer Zeit, wo das Erdöl sehr billig war, gesagt haben, sperren wir die Kohleproduktion, heute aber daraufkommen müssen, daß faktisch dieses Kartell der produzierenden Länder verlangen kann, was es will, und daß mit dem Überschub vielleicht auch einmal die stillgelegten Kohlenbergwerke aufzukaufen sind für die Zeit, wo das Erdöl ausgeht. Dies ist eine bedrückende Aussicht, die sich uns stellt.

Was die europäische und österreichische Landwirtschaft betrifft, stellen sich die Dinge zweifellos anders dar, ich sage Gott sei Dank anders. Es kommt auch zum Ausdruck, wo dort die Probleme liegen. Sie sind in vier Kategorien zu kleiden und gipfeln in der globalen Aussage nicht nur österreichischer und steirischer Bauern, sondern europaweit, daß sie sich diskriminiert fühlen, daß sie sich zurückgesetzt fühlen.

Erstens einmal durch die Einkommensdisparität, ein Begriff, der nicht nur für Österreich gilt, sondern eigentlich für alle industrialisierten Staaten, in denen es Landwirtschaft gibt. Die Zahlen für Österreich — und darauf möchte ich doch auch aufmerksam machen, gerade im Hinblick auf die Ausführungen des Kollegen Zinkanell — sind Zahlen, die für 1973 gelten. Das darf man nicht außer acht lassen. Die Zahlen für 1974 werden uns erst dann zur Verfügung stehen, wenn sie ein wenig unaktueller geworden sind. Das ist an und für sich bedauerlich, hier ist sicherlich davon die Rede und hier stimmen die Zahlen, die genannt worden sind, daß auch, wie immer man die Lage der Landwirtschaft in konkreten Zahlen erfassen will, eine der Schlüsselzahlen jedenfalls das landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft ist, daß das gestiegen ist. Aber auch in diesem Förderungsdienst weist der Herr Landwirtschaftsminister als unverdächtiger Zeuge darauf hin, daß daran, erstens einmal im Jahre 1973, die forstliche Produktion mit über 42 Prozent Steigerung den wesentlichen Anteil hat und zweitens die Rinderproduktion mit ebenfalls einer Steigerung von 42 Prozent einen überdimensionalen Anteil hat. Daß sich das zweifellos für beide Produktionsparten, sowohl für die forstliche als für die Rinderproduktion, im heurigen Jahr ändern wird, steht glaube ich außer Zweifel. Soviel dazu. Die Zahl, ich meine die Arbeitsproduktivität ist an und für sich wie immer imponierend. Meine Damen und Herren, für das Jahr 1973 gilt 8,7 Produktivitätssteigerung in der Land- und Forstwirtschaft, und das natürlich vor allem auch bei einem wieder verminderten Stand an in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten. Und der letzte Mikrozensus, er ist vom März 1974, weist aus, daß wir wohl noch 12,9 Prozent land-

und forstwirtschaftliche Bevölkerung haben, aber der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen bereits auf 9,7 Prozent gesunken ist.

Damit wird zweifellos der zweite Vorwurf deutlich: Wir sind nicht gleichgezogen, nämlich bei den Fragen der Sonntags- und Freizeitarbeit, des Urlaubs, der Arbeitszeit und auch der Altersversorgung. Das sind natürlich Dinge, die dann immer aktueller werden, wenn der Arbeitskräftebesatz in der Landwirtschaft zurückgeht und wenn besonders in der Veredelungswirtschaft de facto auch heute noch keine Möglichkeit ist, hier Sonn- und Feiertagsarbeiten usw. in manchen Bereichen auszusetzen.

Der dritte Vorwurf, der immer wieder auch der Bauernschaft gemacht wird, ist, daß mit der Abwanderung in gewissen Gebieten eine dünnere Besiedlung mit all ihren Problemen entsteht, besonders dann, wenn keine Ersatzarbeitsplätze in zumutbarer Entfernung da sind. Und daß viertens im marktwirtschaftlichen Bereich Ungewißheiten da sind im Export, im Import und auch unstabile Preisverhältnisse, die eine Planung für die Zukunft doch sehr erschweren. Wie immer man jetzt die Lage beurteilt, ob besser oder ob schlechter, wie immer man sie mit Zahlen nach der oder der Methode zu untermauern versucht, meine Damen und Herren, ich glaube, für die Bauernschaft selber ist der Tauschwert ihrer Produkte das Maßgebliche, genauso wie etwa für den Arbeiter der Tauschwert seines Erlöses für seine Arbeit das Maßgebliche ist. Ich glaube nicht, daß es ihn sehr interessiert, ob 2000 oder 3000 Schilling mehr oder weniger, er sagt, was kann ich mir dafür kaufen, wie komme ich aus? Und letzten Endes, meine Damen und Herren, gilt das genauso auch für den Unternehmer, der auch nicht an absoluten Preishöhen oder Schillingen interessiert ist, sondern sagt, wenn ich soundsoviel meiner Produktion verkaufe, dann kann ich soundsoviel Löhne bezahlen, kann ich soundsoviel Steuer bezahlen, kann ich soundsoviel Rohstoffe bezahlen.

Deshalb glaube ich, ist der Tauschwert der landwirtschaftlichen Produkte im Vergleich zu den Bedarfsgütern vielleicht das Entscheidende. Das kann der Landwirt selber bewerten. Hier, meine Damen und Herren, schaut es gar nicht sehr rosig aus. Das ist ja vielleicht auch das, was der Bauer überall spürt. Schauen Sie, wir haben, um Ihnen etwa einen Begriff davon zu geben, 1 Mechanikerstunde im Jahre 1971 mit 23 Liter Milch bezahlen können. Wir müssen im Jahr 1974 33 Liter Milch dafür bezahlen. Das macht doch, glaube ich, sehr deutlich, wo denn des Pudels Kern in der ganzen Angelegenheit liegt. Solche Verhältnisse, solche Zahlen gelten auch zum Beispiel für Traktoren. Im Jahre 1971 waren es 49.000 Liter Milch und drei Jahre später 55.000 Liter Milch. Das ließe sich weiter so ausführen. Das sind für den Bauern relevante klare Zahlen und danach beurteilt er natürlich auch seine Einkommenslage. (Abg. Gratsch: „Aber nur nach der Ausgabenseite, Herr Präsident!“)

Es hat denn auch immer wieder Versuche gegeben, wie man denn einer solchen Entwicklung in den fortgeschrittenen Ländern Herr werden könnte. Es hat sicherlich einige ganz große

Pläne gegeben, ich erwähne nur etwa eine hochliberalistische Art, die immer zum Nichterfüllen des Zweckes verurteilt war, etwa um die Jahrhundertwende, etwa nach dem Ersten Weltkrieg. Überall dort, wo diese hochliberale Haltung eingesetzt hat, ist es zuungunsten der Landwirtschaft ausgegangen. Es ist dann eine zweite Art der Verstaatlichung von Grund und Boden, wie sie im Osten vorgemacht worden ist, auch nicht zielführend gewesen, weil also die Vergleiche in der Produktion und im Einkommen nicht für diese Art sprechen, sondern eher für unsere. Und es ist die dritte Art gewesen etwa, wie sie Manshold versucht hat, eine gigantische Neuinvestition und damit die gewachsene Struktur umzuändern, auch hier ist es nicht gelungen, die Dinge zu verwirklichen, im Gegenteil, es ist die Einsicht eingetreten, daß das nicht zu machen ist.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir sicherlich auch in den engeren Bereich der steirischen Landwirtschaft, wo wir sagen müssen, wie wirkt sich das bei uns aus, wie könnten wir uns vorstellen, daß diese Probleme gemeistert werden. Ich bin persönlich der Meinung, daß es sehr differenzierte Unternehmensformen und Produktionssparten in der Land- und Forstwirtschaft gibt, aber wir können doch für das steirische Land drei große Kategorien unterscheiden. Das ist erstens einmal der Vollerwerbsbetrieb, dessen Struktur so ist, daß auch für einige Zukunft noch zu erwarten ist, daß er aus dem landwirtschaftlichen Einkommen allein seine vergleichbare Existenz sichern kann. Hier geht es sicher darum, diese Betriebe zu erhalten, weil sie auch in der Zukunft jene Betriebe sein werden, die sehr dafür verantwortlich sind, daß wir die übrige Bevölkerung mit einheimischen und guten Nahrungsmitteln versorgen können. Hier geht es neben der Förderung vor allem auch darum, in einem Anpassungsprozeß der Preise zu den gestiegenen Kosten einfach die Wege auch für die Zukunft sicherzustellen. Ich persönlich glaube nicht, daß wir gut daran täten, uns hier zu sehr auf das Ausland zu verlassen, weil das Fazit in manchen Bereichen heute schon ein sehr klares ist. Das Grundbedürfnis des Menschen Nummer 1, nämlich eine gesicherte Versorgung mit Nahrungsmitteln, wird einfach in der Zukunft an Bedeutung zunehmen.

Wir haben die zweite große Kategorie, meine Damen und Herren, das sind die Betriebe, die kleinststrukturiert sind; wir sollten uns auch hier darüber im klaren sein, daß es eine historisch gewachsene Struktur ist, die sich daraus erklären läßt, daß man in Zeiten, wo die Bedürfnisse ganz anders waren als heute, wo es darum gegangen ist, Lebensmittel, ein Dach über dem Kopf und etwas anzuziehen zu haben, durchaus genug an diesen Strukturen hatte und interessiert war, in den Kampfgebieten eines großen Reiches möglichst viele Leute anzusiedeln. Heute, wo die Bedürfnisse größer geworden sind, reichen in weiten Bereichen diese Kleinstrukturen nicht aus — hier gibt es wieder zwei Wege: den der Spezialisierung — deswegen sind wir so besorgt vor allem im Hinblick auf die Ostliberalisierung, weil diese Gebiete hier wirklich gefährdet erscheinen — und den Weg der Ergänzung des landwirtschaftlichen Einkom-

mens aus dem außerlandwirtschaftlichen Bereich. Diese Betriebe gehören voll dazu und werden an Bedeutung zunehmen und werden vor allem in marktpolitischer Hinsicht einen ganz entscheidenden Faktor darstellen. Der Betrieb, der außerlandwirtschaftlich sein Einkommen ergänzen kann, kann dann, wenn es marktpolitisch erwünscht wird, auch die Produktion einschränken. Der Vollerwerbsbetrieb wird das aber nicht können. Deshalb sind die Betriebe von besonderer Bedeutung und geben uns die Möglichkeit, wenn wir diesen Kulturboden wieder einmal notwendig brauchen, daß er in Zukunft jederzeit greifbar ist und intensiviert werden kann und daß damit auch eine gewisse Ausweichmöglichkeit von der Gesamtsicht her gesehen vorhanden ist.

Die dritte Kategorie sind die Bergbauern: Hier wird sich zweifellos die Allgemeinheit, die Mehrheit unserer Bevölkerung, in Österreich zu entscheiden haben: Brauchen wir die Bergbauern, wollen wir sie oben haben, oder ist uns das zu teuer? Ich glaube persönlich, daß über den Preis der Bergbauern nicht gehandelt werden kann. Wenn wir Preise für ihn machen, die für ihn passen, dann verpatzt ihm der in der besseren Lage mit seiner Produktion alle Möglichkeiten. Hier gibt es nichts anderes als den beschrittenen Weg einer Direktzahlung, wenn man der Meinung ist, man braucht die Bergbauern. Wenn man nicht dieser Meinung ist, wird sich das Problem von selber lösen in einer Form, die uns allgemein bekannt ist und die nicht mehr reparabel ist. Wenn diese Leute den Hof verlassen haben, wird man sie nie wieder hinaufbekommen.

Nun ein letztes Wort: Welche Wege haben wir dazu, um diese Dinge zu erreichen? Bei aller Angespanntheit der politischen Situation waren wir immer der Meinung, daß wir den Weg gehen müssen, zu versuchen, ein Verständnis in allen Bevölkerungsteilen dafür zu wecken, daß die Landwirtschaft gebraucht wird. Es hilft uns dabei die Zeit, es ist uns einiger Fortschritt gelungen, ich möchte das dankbar vermerken. Ich bin der Meinung, wir werden den Weg des Weckens des Verständnisses für die Dinge so lange weitergehen, vielleicht oft etwas zu lang, solange wir eine Hoffnung haben, daß wir damit das Ziel erreichen.

Ich bitte, mich in den zwei nächsten Sätzen nicht falsch zu verstehen; ich riskiere das, weil ich glaube, daß meine Einstellung genug bekannt ist, um nicht falsch verstanden zu werden. Wenn dieser Weg scheitert, gibt es noch zwei Wege für die Landwirtschaft und für die Bauernschaft: Der erste ist in einer harten Konfrontation klarzustellen, daß man mit uns so nicht umgeht. Ich bin mir schon darüber im klaren, wieviel man dabei zerschlagen kann und wie vieler Anstrengungen es bedarf, etwas wiedergutzumachen, wenn man in eine solche Konfrontation hineinsteigt. Deshalb wäre ich sehr dankbar, wenn uns diese Konfrontation erspart bleiben würde. Ich bitte alle hier Anwesenden, gleich welcher politischen Richtung oder welchem Berufsstand Sie angehören, uns dabei zu unterstützen. Es ist möglich, daß auch dieser Weg scheitert, daß er nicht zum Ziel führt in unserem Sinn. Dann bleibt noch der letzte Ausweg, den wir gehen müssen,

daß wir den jungen Menschen in der Landwirtschaft sagen, dieser Berufsstand ist nicht erwünscht, weil er nicht entsprechend honoriert wird — ich bitte euch, zieht die Konsequenzen. Der Unterschied zwischen diesen beiden Wegen ist folgender: Der zweite Weg birgt sehr viele Gefahren in sich und wir sollten ihn vermeiden. Ich persönlich werde mich sicherlich auch dann noch dafür einsetzen, wenn es aus den eigenen Reihen Vorwürfe dafür gibt. Aber auch der Weg ist dann noch reparabel. Wenn wir den dritten Weg beschreiten müssen, ist er nicht mehr reparabel. Dann werden wir den Weg gehen, daß wir in diesen Dingen vom Ausland abhängig sind mit allen Konsequenzen für alle in diesem Land. Daß es nicht soweit kommt, darum bitte ich Sie um Ihre Mithilfe. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Pörtl das Wort.

Abg. Pörtl: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn man als Bauer zur Situation der Landwirtschaft Stellung nimmt und sich bemüht, die echten Fakten und die tatsächlichen Umstände und Zustände in dieser Landwirtschaft aufzuzeigen, wird man oft allzu leicht als Pessimist hingestellt. Ich möchte in meinen Ausführungen versuchen, einige unwiderlegbare Fakten aufzuzeigen, vor allem über die landwirtschaftlichen Schulen und über die landwirtschaftlichen Versuchsanstalten. In allen Berufsständen ist die Grundlage und die Wurzel des Fortschritts die Ausbildung, die Wissenschaft und die Forschung. Wir wissen, daß gerade Prognosen in unserem Lande uns prophezeit haben, daß Ende der sechziger Jahre die Abwanderung aus der Landwirtschaft ein Ende haben wird. Wir wissen aber, daß durch den wirtschaftlichen Druck eben auch dieser harte Kern angegriffen ist und wissen bereits, wie unser Präsident Koiner gerade vorhin ausgeführt hat, daß viele Bauern sich ein außerlandwirtschaftliches Einkommen sichern müssen. Es schlägt sich das auch nieder in den Schülerzahlen in den Berufsschulen. Wir haben einen Rückgang in den Berufsschulen von 1964 von 8021 Schülern auf 1974 auf 1400 Schüler. Wenn wir weiterhin die interessante Schülerzahl 520 im ersten Jahrgang der Berufsschulen betrachten, ist Tatsache, daß nur jeder vierte Betrieb, der in Zukunft übergeben wird, einen landwirtschaftlich ausgebildeten Unternehmer hat. Das resultiert daraus, daß wir von den 70.000 Betrieben bei Kalkulation eines dreimaligen Generationenwechsels jährlich einen Übergabestand von 2200 haben. Es ist daher auch notwendig und es ist bereits geschehen, daß das Schulwesen darauf abgestimmt wurde. Es wurde in Schulversuchen bereits die Möglichkeit geboten, eine kombinierte Ausbildung anzubieten. Nur wissen wir, daß dies an der Anerkennung bei der gewerblichen Wirtschaft, vor allem auf dem gewerblichen Sektor,

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ebenfalls auf dem Sektor der Mädchenausbildung, in den Hauswirtschaftsschulen, ich möchte fast sagen eine Krise in der Hinsicht eingetreten, weil sich junge Mädchen fast nicht entscheiden können

für einen Beruf, sondern daß die persönliche Neigung zum Vorschein kommt. Gerade deshalb wurde wieder hier ein Vorstoß unternommen in Form eines Schulversuches, wo man das polytechnische Jahr, die Berufsschule und die Fachschule integriert in diesen Schulversuch, der mit dem Ziel verbunden ist, eben nach diesem Abschluß ein erstes Lehrjahr für eine außerlandwirtschaftliche Tätigkeit zu erreichen in der Koch- und Kellnerlehre oder im kaufmännischen Beruf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Frucht der bereits getätigten Ausgaben und der bereits getätigten Arbeit können wir in unserem Lande alle selbst erkennen. Wir wissen, daß trotz der starken Abwanderung mit modernen Produktionsmethoden und mit dem geistigen Einsatz aller Menschen im landwirtschaftlichen Bereich eine Steigerung der Produktion erreicht wurde. Es wurde aber auch erreicht, daß eine Bildungsbereitschaft im ländlichen Raum gegeben ist, die eben zur Strukturverbesserung einen gewaltigen Vorteil darstellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie in allen Wirtschaftskreisen und Wirtschaftssparten ist auch die Spezialisierung im besonderen im landwirtschaftlichen Bereich eingetreten und wir haben hier in unserem Lande zwei Versuchsanstalten, die immer mehr an Bedeutung gewinnen. Die Landwirtschaftliche Versuchs- und Untersuchungsanstalt hat mit ihren Abteilungen die Aufgabe, die Bodenuntersuchungen, die Futtermittelanalysen durchzuführen und aber auch in der Weinabteilung im Dienste der Landwirtschaft einzutreten. Gerade in den Futtermitteluntersuchungen wissen wir, daß durch die modernen Produktionsmethoden in der Massentierhaltung auch zum Schutz des Konsumenten eine Untersuchungsmöglichkeit und eine wissenschaftliche Tätigkeit notwendig ist. Aber insbesondere in der Bodenuntersuchung ist durch die enorm erhöhten Düngermittelpreise eine Bodenuntersuchung von einem gewaltigen wirtschaftlichen Effekt. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade diese Anstalt bezeichnet sich daher auch als Röntgenauge der Landwirtschaft.

Ich möchte aber zu noch einer Versuchsanstalt kurz Stellung nehmen, die wir bereits in der Debatte bei dieser dringlichen Anfrage in der Ostliberalisierung kurz aufgezeigt haben. Es ist dies die Versuchsanstalt in Purgstall, wo in Zusammenarbeit mit den Verarbeitungsbetrieben die Möglichkeit geboten wird, den kleinbäuerlichen Betrieben eine Existenzgrundlage zu bieten. Es wird dort in Form von Sortenversuchen, in Form von Produktions- und Kulturversuchen im Dienste der Landwirtschaft, aber auch letzten Endes im Dienste aller eine sehr fruchtbare Arbeit geleistet, weil wir in unserem Lande selbst in der Lage sind, hochwertige Gemüseprodukte zu produzieren und diese nicht importieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in dieser Anstalt werden auch Konservierungsversuche gemacht, und ich möchte gerade in diesem Zusammenhang den herzlichsten Dank für diese Tätigkeit ausdrücken.

Ich möchte aber noch auf ein sehr interessantes Gebiet hinweisen, das sich vor allem mit einer wissenschaftlichen Tätigkeit befaßt. Wir wissen,

daß in der Universität Graz sich Herr Dozent Rusch sehr intensiv mit dem integrierten Pflanzenschutz beschäftigt. Wir wissen, daß trotz der Bemühungen des Herrn Landesrates Dr. Krainer als zuständigem Referenten und auch des Herrn Landeshauptmannes vom Ministerium nicht das nötige Augenmerk dieser Arbeit zugewendet wird. Es mag auch sein — und das ist ein humorvoller Einwurf —, weil hier bei diesem integrierten Pflanzenschutz mit Sexfallen und sozusagen mit impotenten Männchen die Schädlinge bekämpft werden sollen. Ich weiß nicht, ist es eine Uniformiertheit oder ist es letzten Endes eine Haltung, die eine hohe Moral des Ministeriums vielleicht auszeichnet (Heiterkeit). Ich möchte aber bitten, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß gerade auf diesem Gebiet wir alle größtes Interesse haben müßten, weil wir immer mehr gerade in diesem chemischen Prozeß der Schädlingsbekämpfung enorme Schwierigkeiten haben werden. Wir müßten also in Zukunft trachten, daß wir in der Landwirtschaft nicht jene Situation für weite Sicht vor uns sehen, wie wir sie bereits in den Altstädten hinter uns haben. Und es ist fast abzusehen, das sich in ferner Zukunft Menschen beschäftigen werden, wenn das Letzte eintritt, wie es unser Präsident Koimer geschildert hat, wie man wieder die Revitalisierung und die Gesunderhaltung der Landwirtschaft erreichen wird. Wir müssen alle zusammenstehen, um zu erreichen, daß diese wissenschaftliche Arbeit nicht notwendig ist. Gerade hier in unserem Budget ist das Schulungs- und Bildungswesen und letzten Endes diese wissenschaftliche Tätigkeit ein echter Beitrag zur Erhaltung unserer gesunden Landwirtschaft. Ich möchte in diesem Zusammenhang allen jenen Damen und Herren, die in den Landwirtschaftsschulen, in diesen Versuchsanstalten tätig sind, von dieser Stelle aus den herzlichsten Dank aussprechen, weil sie im Dienste der Landwirtschaft, aber darüber hinaus auch im Dienste aller Menschen in unserem Lande ihren aufrichtigen Dienst erweisen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Ing. Turek das Wort.

Abg. Ing. Turek: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Anlässlich der Ausführungen des Kollegen Zinkanell hat sich mein Kollege, der hinter mir sitzt, der Abg. Lackner, bemüht gefühlt, einen Einwurf hier zu machen, und zwar hat er gesagt, daß von dem Milchpreis, den der Bauer erhält, derzeit 19 Groschen als Krisengroschen noch abgezogen werden. Da ist mir folgendes eingefallen, und ich habe mir gedacht, als Städter sollst du dir vielleicht nicht direkt in der Materie über die Landwirtschaft anmaßen, sprechen zu können. Das kann ich sicher nicht, aber man macht sich als Städter natürlich auch seine Gedanken, warum ist denn eigentlich diese Landwirtschaft so im Widerstreit der Meinungen, und verfolgt dann doch im Laufe der Zeit die Ausführungen und die Aussprüche der einzelnen Bauernführer. Es ist ja gestern ganz interessant für mich gewesen, was der Herr Abg. Zinkanell auch im Hinblick auf die Bauernpension zum Besten gegeben hat. Das war mir völlig neu, nur haben wir halt festgestellt, daß die Entwicklung weitergeht, daß

es auch zu einem Gesinnungswandel in dieser Richtung gekommen ist. Nun, beim Krisengroschen ist mir nämlich folgendes eingefallen, wie sich die Beträge ähneln. Ich habe mich erinnern können, daß während der ÖVP-Alleinregierung mit einem Landwirtschaftsminister Schleinzer damals der Krisengroschen auch genau auf 19 Groschen hinaufgesetzt wurde, 19 g zu 19 g, das hat bei mir diese Assoziation hergestellt, und ich habe mich auch erinnert, daß im Jahre 1958/59 der Krisengroschen auf 15 g oben war, dann war lange Jahre Ruhe, dann war er auf 2 g unten, 1967 ist er wieder auf 19 g hinaufgesetzt worden. An diesen Krisengroschen sieht man, wie es aussieht, wenn vice versa Vorwürfe gemacht wurden; ist es ein sozialistischer Landwirtschaftsminister, wird es dem in die Schuhe geschoben, ist es ein ÖVP-Landwirtschaftsminister, ist er schuld. Unter dem ÖVP-Landwirtschaftsminister Kraus wurde übrigens der Krisengroschen erfunden. Die Vorwürfe gehen hin und her, und vielleicht bleibt dabei der, dem alle helfen wollen, der Bauer, auf der Strecke. Ich frage mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, warum ist es eigentlich nicht gelungen, nachdem in unserem Staate seit 1945 doch außer der Bauernschaft alle sozialen Gruppen einen gewissen Aufstieg zu verzeichnen haben, den Bauern an denselben Standard heranzuführen. Man sollte doch meinen, daß das Anliegen, das mit der Bauernschaft verbunden ist — wir essen ja schließlich alle — uns die Natur zu erhalten, damit wir Städter im Smog, Lärm usw. nicht untergehen, ein gemeinsames sein sollte und gemeinsam versucht werden sollte, dieses Problem zu lösen.

Ich habe mir da folgendes zurechtgelegt — ich weiß nicht, ob ich Ihre Zustimmung finde: Man könnte das vielleicht so sehen, daß den Bauernführern — da muß ich mich an die Adresse der Bauernbundführung wenden — bis zum Jahre 1970 der entsprechende Ansporn gefehlt hat, echt sich mit den bäuerlichen Belangen auseinanderzusetzen, weil die politischen Verhältnisse auf dem Sektor der Bauernschaft, auf dem Sektor der Landwirtschaft doch zu lange stabil waren. Es ist in der Politik so, daß der Wähler dem Politiker einen entsprechenden Anstoß geben soll zumindest mit der Rute im Fenster, mit der Androhung, wenn er nichts für ihn tut, daß er bei der nächsten Wahl abgesetzt wird. Die Bauernschaft hat bis zum Jahre 1970 in dieser Richtung nicht reagiert, und vielleicht sind dadurch die Funktionäre des Österreichischen Bauernbundes etwas bequem geworden, weil sie gesagt haben, ja wir haben unsere Sitze ohnehin pragmatisiert und brauchen uns daher nicht besonders anzustrengen. Das wäre eine Hypothese oder Überlegung. Wenn man zu selbstverständlich gewählt wird, ist es möglich, daß man etwas träge wird.

Als zweite Überlegung, die ich mir so zurechtgelegt habe, könnte vielleicht auch eines daran schuld sein, daß der Bauernbund seit 1945 den Alleinvertretungsanspruch für die gesamte österreichische Bauernschaft angemeldet hat. Es ist unbestritten, daß der Bauernbund die größte bäuerliche Organisation ist. Präsident Koiner hat zu Recht — ich betone und unterstreiche zu Recht — gesagt, daß natürlich die Bauernschaft die Aufgabe darin sieht, um

das Verständnis der bäuerlichen Belange auch bei den nichtbäuerlichen Vertretern und Berufsständen, haben wir gestern bereits unter dem Kapitel „Soziales“ gesprochen, und das Werben um dieses Verständnis sollte Anliegen aller sein. Es ist sehr schwer, wenn man um Verständnis für die Bauernschaft wirbt, weil in der Politik ein gewisses Prestigedenken vorherrscht. Wenn der Bauernbund als eine Unterorganisation der Österreichischen Volkspartei eine Forderung erhebt, so stellen vielleicht bereits andere politische Gruppen die Haare auf, weil sie dem Bauernbund den Erfolg mißgönnen, weil sofort die ÖVP sagt, wir haben das erreicht. Ich glaube, daß es der Bauernschaft nicht gutbekommen ist, daß der Bauernbund sich als alleinige Vertretung der bäuerlichen Belange darbietet und dadurch jede Forderung des Bauernbundes zu einer Forderung der ÖVP umfunktioniert wurde. Auch Traktoraufmärsche unter dem Titel „Werben um Verständnis“ und Verschenken von Brot, Eiern usw. hilft wenig, wenn die nicht der ÖVP zugeeignete Bevölkerung sagt, das sind die Bauern mit ihrem Anliegen, sondern wenn sie sagt, das sind die „schwarzen ÖVPler“. (Abg. Lackner: „Schwarze ÖVPler gibt es auch? Ich bin nur ein ÖVPler!“)

Das ist ein gewisses Problem, wie ich es sehe.

Seit dem Jahre 1970 hat die Bauernschaft gezeigt, daß sie auch mobiler geworden ist — im Jahre 1971 haben Untersuchungen gezeigt, daß die Bauern nicht mehr so selbstverständlich den Bauernbund gewählt haben, und da hat sich genau das bewahrheitet, was ich als Fehler der Vergangenheit aufgezeigt habe, daß tatsächlich der Bauernbund gute Gedanken entwickelt und sich sehr, sehr anstrengt, die verlorenen Wählerstimmen seitens der Bauernschaft wieder zurückzugewinnen. Der Bauernbund strengt sich sehr an — die Sozialistische Partei strengt sich auch sehr an, sie will ja die Stimmen erhalten, und ich hoffe, wenn wir eine gewisse Phase der Umstellung hinter uns haben, daß der Bauer als der Sieger hervorgehen möge. Das ist mein Wunsch und ich hoffe, daß sich der auch bewahrheiten wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Trummer das Wort.

Abg. Trummer: Hohes Haus, meine lieben Frauen und Männer! Ich will mich sehr kurz fassen, damit wir bald fertig werden. Ich habe auch eine Aufgabe zu erfüllen, wo es schließlich und endlich um Geld geht. Davon haben wir immer zu wenig. Nachdem der Kollege Zinkanell mit so vielen Zahlen sich beschäftigt hat, wird es leichter sein, die Summen, die wir für den Ausbau brauchen, zu bekommen. (Abg. Gerhard Heidinger: „Der will immer nur Geld, der Trummer!“) Der Telefonausbau in unserem ländlichen Raum geht sehr langsam vorwärts. Nur 6 Prozent der Landwirte haben dort einen Telefonanschluß, und wir im Grenzbezirk weisen nur einen 4prozentigen Anschluß auf. In der Schweiz haben bereits 25 Prozent einen Anschluß, in Bayern haben fast alle schon ein Telefon. Wir ÖVP-Abgeordnete haben am 5. Juli 1972 an die Bundes-

regierung den Antrag gestellt, den Telefonausbau im ländlichen Raum stärker zu fördern. Dieser Antrag wurde leider von der Bundesregierung nicht angenommen. 1973 hat sich unsere Landesregierung entschlossen, doch mit 1 Million Schilling die Förderung des Ausbaues von Telefonanschlüssen in Schwung zu setzen. Sofort haben sich 900 Landwirte gemeldet. 1974 hat das Land Steiermark die Förderung auf 2,900.000,— Schilling aufgestockt. Dadurch konnten 20 Telefongemeinschaften errichtet werden. In diesen 20 Telefongemeinschaften sind 1721 Landwirte angeschlossen. Ich hoffe, wenn dieser Anschluß bis Frühjahr fertig wird, daß dann 1721 Landwirte den Telefonanschluß erreichen können.

Die Grundgebührenerhöhung von 60 auf 120,— Schilling ist zusätzlich natürlich für die Landwirtschaft wieder eine Mehrbelastung. Dies gilt auch für die Zoneneinteilung. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß der Weg von der bäuerlichen Bevölkerung zum Arzt, zum Tierarzt, durch die vielen Maschinenringe, durch die vielen Gemeinschaften, die heute durch die große Abwanderung in der Landwirtschaft gegründet haben müssen werden, oft ein sehr, sehr weiter Weg ist. Ich glaube, daß der Telefonausbau in unserem Lande und im ländlichen Bereich eine soziale Notwendigkeit ist. Auch in unserem Grenzbezirk hat sich eine solche Telefongemeinschaft gegründet, an der 113 Landwirte teilnehmen. Der Abschluß dieses Unternehmens wird aber erst bis ca. April fertig sein. Ich erwähne diese Gemeinschaft deswegen, weil es nur durch diese Gemeinschaft möglich ist, überhaupt diese großen Räumlichkeiten und diese großen Entfernungen der Telefonanschlüsse zu bewältigen. Denn über diese Gemeinschaft kann die bäuerliche Bevölkerung die ganzen Erdarbeiten selbst durchführen, sonst ist es überhaupt unmöglich für die Landwirte, zu einem Telefon zu kommen bei der großen Streulage. Und schließlich und endlich wenn man schon von Gleichheit spricht, sollte diese Gleichheit für alle sein, auch für das kleinste Gebiet draußen und für den Kleinsten, wo immer er steckt, denn das ist ja bei der ganzen Sache das Entscheidende.

Ich möchte mich für diese Förderung beim Herrn Landeshauptmann und dem zuständigen Referenten herzlich bedanken, aber zugleich auch die Bitte richten, mehr Geld für diese Förderung zu geben, denn ohne Geld ist diese Förderung auch nicht zu bewältigen.

Es sind heute, meine Herren, in dem Hohen Haus sehr ernste Worte gesprochen worden. Was wir am meisten bedauern, ist das, wenn man heute schon vom Aufgeben spricht. Kollege Zinkanell, du bist selbst ein Kleinlandwirt und ich auch, aber eines darf ich dir sagen, das darf nie zustande kommen, das ist eine gewachsene Gemeinschaft und diese gewachsene Gemeinschaft hat noch zu jeder Zeit, wenn noch solche Krisen waren, am besten standgehalten. Diese Gemeinschaft, ob Klein- oder Familienbetrieb, war für ein Land und für einen Staat zu jeder Zeit der Eckpfeiler. Trachten wir alle miteinander, daß dieses gewachsene Gebiet nie zusammenbricht. Wenn das

passiert, dann glaube ich, ist es für ein Volk und ein Land nicht mehr am besten beschieden.

In dem Sinne bitte ich, trachten wir alle, daß diese gute gewachsene Sache erhalten bleibt. Denken wir zurück, lieber Kollege Zinkanell, an diesen Herrn Manshold. Du hast ihn ja selbst besucht, wo ist er denn mit seiner großen Theorie? Er ist weg von der Bildfläche und so ist es auch gut. Die Natur rächt sich schon wunderbar, alles, was ungesund ist, wird selbst abgebaut. In diesem Sinne sage ich wirklich, trachten wir, daß wir die Landwirtschaft so erhalten, wie wir heute stehen, daß es nicht schlechter wird, denn daß es uns nicht gut geht, Zinkanell, daß mußt du ja zugeben. Wir haben einen Preisverfall, wie er noch nie da war und umgekehrt eine Ausgabensteigerung, wie sie auch noch nie hier war. Und das ist das Schlimme. Wollen wir hoffen, daß sich diese Sache in Zukunft unbedingt umdreht, zugunsten der ländlichen Bevölkerung und für unsere Landwirte. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lackner. Ich erteile es ihm.

Abg. Lackner: Hoher Landtag! Es ist eigentlich schade, obwohl wir ein moderner Landtag sind, daß Rede und Antwort nicht unbedingt geschwind möglich sind. Ich hätte dir gerne geschwind Antwort gegeben, aber es geht noch nicht. Die Landwirtschaft war seit eh und je ein Sorgenkind. Vielleicht ist es das Schicksal des Urproduzenten überhaupt, es ist möglich, aber so gedemütigt wie der Bauernstand ist, ist kein Stand in unserem Lande. Die Absatz- und Preislage ist nicht auf dem Hund, sondern unterm Hund. Es wäre unfair, wenn ich jetzt sagen würde, die Sozialisten sind schuld, das tu ich nicht, weil es nicht wahr ist. Sicherlich ist es zum Großteil die Weltmarktlage. Die Zahlen, die du heute gesagt hast, Kollege Zinkanell, stimmen. Es ist alles beschlossen und besprochen und gesagt worden — im Fernsehen haben wir es gehört — und gefreut haben wir uns auch. Aber, ich habe schon im Zwischenruf gesagt, wir haben nichts davon, wenn man die Zahlen nur hört, wenn man aber nichts spürt und wenn man das Geld nicht kriegt.

Tatsache ist, daß die Viehabsatzsituation heuer zusammengebrochen wäre, hätte uns nicht das Land Steiermark in letzter Sekunde über die Hürde oder über die Bühne geholfen. Die 10 Millionen Schilling, die das Land Steiermark gegeben hat, haben uns herausgerissen. Das stimmt, der Bund, nicht der Bauernbund, gibt pro Zuchtvieh 3000 Schilling, in der vergangenen Woche war es noch nicht ausgezahlt. Was in dieser Woche passiert ist, weiß ich nicht, aber seit dem Frühjahr warten die Bauern auf diese 3000 Schilling pro Rind. Und ich wäre dir wirklich dankbar, das ist jetzt ganz ernst, du hast einen kürzeren Draht dorthin als ich, sage ihnen im Ministerium, sie sollen einmal ein bisserl weiter tun, man dankt bei jedem Budget den Beamten für die Arbeit, aber da schlafen sie, da verdienen sie sich den Dank der Bauern nicht. Ja sie haben es ja beschlossen. Die Beamten, die brauchen's ja nur durchführen. Es stimmt, daß sehr, sehr viele Mittel der Kammer für den Bauernstand gegeben

werden, bedauerlicherweise sehr viele für die Gehälter. Wir Bauern sind es beileibe niemand neidig, wenn es möglich ist, eine Arbeitszeitverkürzung dadurch zu erhalten, das liegt ja drin, aber ich frage nur, wie lange noch, liebe Frauen und Männer? Wie lange können wir uns dies noch leisten? Vor allem so lange, solange die Bäuerinnen und die Bauern und die Angehörigen, die bäuerliche Jugend bereit sind, 70 und 75 Stunden zu arbeiten, solange wird dies möglich sein. Aber irgendwo ist dann doch einmal ein Ende, und wir dürfen eines nicht übersehen, 70 Prozent des Einkommens stammen aus dem Viehabsatz, und dieses Einkommen fehlt echt. Es hat immer Krisen gegeben und wird sie in Zukunft geben, das ist mir völlig klar, nicht nur in der Landwirtschaft, sondern in den anderen Betrieben gibt es auch Krisen. Mir ist nur nicht bekannt, daß man dort einmal, wenn die Absatzlage schlecht war, gesagt hat: Leute, wir können unsere — ich sage nur ein Beispiel — Fahrräder oder Reißnägeln, die wir dort erzeugen, jetzt nicht verkaufen, weil keine Nachfrage ist, wir geben euch weniger Lohn. Das gibt es nicht, da greift eben der Staat in die Tasche. Das ist auch richtig so, und wir würden das gleiche auch von Seite der Landwirtschaft erwarten, daß der Staat in die Tasche greift. Wir haben den Krisengroschen, den viel zitierten. Er ist sicherlich eine Erfindung der ÖVP-Koalitionsregierung, stimmt. Er ist als eine bäuerliche Selbsthilfe zu einer Zeit eingeführt worden, als nicht nur Österreich, sondern der ganze westeuropäische Raum fast in der Milch ertrunken wäre. Und ich habe heute mit Begeisterung zugehört, wie du gesagt hast, Herr Kollege, daß das ja aus der ÖVP-Zeit ist. Ich versteh nicht, warum schleppt ihr dieses Überbleibsel, warum schleppt die sozialistische Regierung dieses Überbleibsel von der ÖVP-Zeit mit. Mir wäre doch viel sympathischer, weg damit und gehen wir den normalen Weg und stützen wir die Bauern echt in der Milch. Glaubst du, gibt es da keine Möglichkeit dazu? Das wäre sehr interessant.

Auf jeden Fall ist noch etwas zweites zu sagen, am Sektor Fleisch. Mir steht das nicht zu, daß ich einen ernährungswissenschaftlichen Vortrag halte, dazu sind unsere Doktoren da, aber Tatsache ist, daß das Fleisch der einzige Eiweißträger in Österreich ist, und daß für die menschliche Ernährung das Eiweiß unbedingt notwendig ist. Wir sind nicht in der glücklichen Lage, daß wir die Sojabohne haben wie die Amerikaner oder wie andere Staaten, daß sie das Eiweiß aus den Weltmeeren gewinnen. Wir müssen das Eiweiß selber aus unserem Vieh produzieren, und schon allein deshalb müßten eigentlich die Frau und der Herr Österreicher nachdenken, daß wir diese wertvolle Eiweißquelle nicht versiegen lassen, denn wenn sie einmal nicht mehr ist, dann müssen wir es halt mit teuren Devisen einführen, wenn wir die Devisen haben. Denn eines gibt uns eben echt zu denken, 40 Prozent Kälber sind heuer mehr geschlachtet worden als voriges Jahr — eine logische Entwicklung aus der Situation, wenn man nichts verkaufen kann. Heuer ist der Rinderpreis um 20 Prozent billiger als voriges Jahr. Es dauert nur längere Zeit, denn die Kuh braucht 9 Monate, bis sie ein Kalb kriegt

und das Kalb braucht wieder 2 Jahre, bis daraus Rindfleisch gemacht werden kann. Wenn dann folgende Entwicklung kommen sollte, wäre das unangenehm für uns. Italien ist einer der Hauptabnehmer für unser Rindfleisch. Dort ist man bereits soweit, selber sind sie nur in der Lage, daß sie 50 Prozent produzieren können und für die restlichen 50 Prozent, die sie bräuchten, haben sie keine Devisen mehr zum Einführen. In Italien ist man echt daran, das Rindvieh zu bewirtschaften, weil sie eben wirtschaftlich am Hund sind. Und man sollte es sich schon überlegen und nicht nur große Versprechen machen, mit Zahlen herumschmeißen und den Bauern wirklich das wenigste, was möglich ist, geben. Das Jammern nachher ist zu spät. Es ist besser, wenn wir uns jetzt einig sind und wenn wir jetzt trachten, daß wir den Bauern auch den Lohn geben, der ihnen gebührt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Wimmler das Wort.

Abg. Wimmler: Meinē Damen und Herren! In aller Kürze ein Hinweis auf die Budgetdebatte im Nationalrat. Ich habe dort gehört, daß es im Rahmen der gezielten Förderung des Landwirtschaftsministeriums neben den Regionalprogrammen auch die Möglichkeit von sogenannten Grenzlandsonderprogrammen gibt. Aus der Debatte war zu entnehmen, daß ein solches Grenzlandprogramm bereits seit einem Jahr im Bundesland Niederösterreich eingeleitet worden und daß es dort zu einem Abschluß zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich gekommen ist. Dieses Sonderprogramm wurde auf 5 Jahre abgeschlossen, wobei Bund und Land je 30 Millionen leisten. Darüber hinaus finanziert der Bund für Niederösterreich noch ein AIK-Programm in der Höhe von 80 Millionen Schilling. Der Debatte im Nationalrat war in diesem Zusammenhang zu entnehmen, daß von der Steiermark noch keine konkreten Vorschläge vorliegen sollen. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß auch die Steiermark mit einem solchen Sonderprogramm unserer Landwirtschaft im Grenzland unter die Arme greifen und die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme eines solchen Grenzlandsonderprogrammes schaffen sollte. (Beifall.)

Präsident: Ich erteile Herrn Landesrat Dr. Krainer als nächstem Redner das Wort.

Landesrat Dr. Krainer: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist eigentlich jedes Jahr so, daß die Debatte zum Kapitel Land- und Forstwirtschaft einen breiten Fächer von Meinungen und Überzeugungen zutage bringt, und es ist angesichts der heutigen Debatte die übereinstimmende Meinung derer, die im Hause wären, daß diese Diskussionen und Debatten sehr eindrucksvoll waren. Nicht nur, daß Repräsentanten aller Teile unseres Landes von der Obersteiermark über die Mittelsteiermark, die West-, die Ost- und die Südsteiermark zu Worte gekommen sind, sondern es sind auch, wie selten einmal, glaube ich, heute aus der Tiefe dieser Bauernvertreter Mei-

nungen präsentiert worden, die gezeigt haben, wie sehr dieser Berufsstand in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung Probleme zu bewältigen hat.

Ich möchte vorausschicken, es soll kein Trommelfeuer auf den Abgeordneten Zinkanell sein, der auf Ihrer Seite immer wieder zu agrarpolitischen Problemen Stellung nimmt, wenn ich den Herrn Abgeordneten Zinkanell auch jetzt noch beim Schlußwort anspreche. Es ist im Gegenteil auch der Ausdruck meines bzw. unseres Respektes für den Repräsentanten der Agrarpolitik der Minderheit in diesem Hause, wenn er heute so oft zum Gegenstand der Diskussion gemacht wird. Ich möchte das deshalb gesagt haben, weil ich immer sehr gerne applaudiert habe bei seinen Reden und weil mir das bei einigen Passagen seiner Rede aber nicht möglich war. Ich möchte gerade zur Problematik der Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft nach dem, was so eindrucksvoll der Präsident Koiner und auch andere Redner und zuletzt unser Freund Lackner zum Ausdruck gebracht haben, einige nüchterne Zahlen nennen: Die Preise für die wesentlichen landwirtschaftlichen Produkte vor allem aus der Sicht der steirischen Bauern und hier wieder speziell der Bergbauern sind auf der Ausgabenseite von einer Entwicklung begleitet, die in keinerlei Verhältnis zueinander steht. Bei der Milch, beim Vieh, beim Holz sind in diesem Jahr empfindliche Einbußen hinzunehmen, insbesondere auch in der zweiten Hälfte dieses Jahres. Sie wissen, daß bei den landwirtschaftlichen Produktionsmitteln, speziell beim Handelsdünger, bei Eiweißfuttermitteln und bei Treibstoffen, eine enorme Verteuerung in Kauf zu nehmen gewesen ist. Insgesamt sind die landwirtschaftlichen Betriebsausgaben seit dem April 1970 um 49,8 Prozent, die Investitionsausgaben um 63,8 Prozent und die Gesamtausgaben um 55,7 Prozent gestiegen. Dieser Steigerung der Betriebsausgaben steht gegenüber eine Steigerung der Betriebseinnahmen im selben Zeitraum von 28 Prozent. Das heißt, daß sich die Preiskostenschere wieder und weiter geöffnet hat. Diese Entwicklung läßt den Schluß zu — das ist eine sehr fundierte Expertenmeinung — daß sich die landwirtschaftlichen Einkommen 1974 nicht weiter entwickelt haben, zum Unterschied von 1973, wovon Sie mit Recht gesprochen haben. Es ist vielmehr die Auffassung dieser Experten, daß sich das reale Pro-Kopf-Einkommen der in der Landwirtschaft Verbliebenen gegenüber 1973 im Durchschnitt um 3 bis 4 Prozent verringert hat. Der Herr Präsident Koiner hat darauf hingewiesen, daß die abschließenden Berechnungen zum Teil nur intern vorliegen und noch nicht publiziert sind und daher zu einem Zeitpunkt publiziert werden, der nicht von jener Aktualität getragen ist, wie es jedenfalls anlässlich einer Budgetdebatte im Hohen Hause erforderlich wäre. Ich kann Ihnen ganz kurz zeigen, wie diese Rechnung zustande gekommen ist. Der Beitrag zum Bruttonationalprodukt weist ein Nullwachstum bis zu einem schwach negativen Wachstum auf. Das Gesamteinkommen der Land- und Forstwirtschaft ist vermutlich nominal um 2 Prozent gestiegen; wenn man es auf Pro-Kopf-Einkommen umlegt, sind das plus 6 Pro-

zent im Schnitt. Bei einer 4prozentigen Abwanderung — es waren 16.000 Menschen — und einer 10prozentigen Inflation ist aber ein realer Einkommensrückgang von 3 bis 4 Prozent zu verzeichnen.

Zur Debatte gestern, die unter dem Eindruck des Mittagsklimas etwas spitz ausgefallen ist, muß man sagen, daß diese 22.600 Zuschußrentner — was immer gewisse Leute vor 20 Jahren gesagt haben, weil die Situation in der Landwirtschaft sich noch nicht so präsentierte wie heute, abgesehen davon, daß es Männer sind, die heute zum Teil nicht mehr leben — verständlicherweise die Frage stellen im Lande, „ist das der Dank des Vaterlandes, ist das nicht eine Ungerechtigkeit, haben wir uns das verdient?“. Das ist die Situation, die Sie auch, wenn Sie ehrlich sind, kennen und die uns alle in diesem Hohen Hause sicherlich nicht unbeeindruckt läßt.

Nun einige Worte zum Landesbudget: Auch hier wurden bereits einige Fragen angeschnitten. Ich habe eine sehr gründliche Analyse auch des Herrn Abgeordneten Zinkanell vernommen, es ist richtig, daß einige Posten nicht im selben Maße dotiert wurden wie im vorigen Jahr, es ist aber von Ihnen nicht sehr hervorgehoben worden, das ist verständlich, daß einige Posten kräftig gewachsen sind und zwei ganz neue, bedeutende Posten in dieses Budget Aufnahme gefunden haben, so daß wir insgesamt einen Zuwachs von 16,6 Prozent in diesem Agrarbudget verzeichnen, das ist insgesamt ein Betrag von S 407,689.000,—.

Lassen Sie mich zu einigen dieser Förderungs-posten kurz sprechen:

Eine ganz entscheidende agrarpolitische Maxime war in den vergangenen Jahren und ist es auch heute noch, morgen und in der Zukunft, der Verkehrserschließung ein besonderes Augenmerk zu schenken. Ich kann Ihnen hier gerne mitteilen, daß unter Landeshauptmann Dr. Niederl, der für diese Post im Budget zuständig ist, 2300 km Wege fertiggestellt wurden, allein 1974 waren es im Rahmen des Verkehrserschließungsprogrammes und im Rahmen des Sonderwegebauprogrammes 450 km. Ich möchte bei dieser Gelegenheit dem Herrn Landeshauptmann auch namens der steirischen Landwirtschaft und des Agrarreferates einen ausdrücklichen und sehr herzlichen Dank sagen, daß er mit diesem Sonderwegeprogramm diese schwierige Frage so entscheidend in den letzten Jahren vorangetrieben hat. (Beifall bei der ÖVP.) Sie wissen, daß dafür im Budget 1975 66,2 Millionen Schilling zur Verfügung stehen und daß auch das Sonderwegebauprogramm erfreulicherweise aufgestockt werden konnte. Auch mit dem ist das zu sehen, was heute vormittag zur Frage der Arbeitsplatzsicherung gerade auch in der Bauwirtschaft gesagt wurde. Auch der Wegbau im ländlichen Raum ist ein ganz beachtlicher Arbeitgeber in diesem Zusammenhang.

Nun zum Weinbauplan: Er ist wieder mit 1,2 Millionen Schilling dotiert und wird der Qualitätsverbesserung und Regenerierung alter Bestände dienen und ist indirekt eine ganz entscheidende Maßnahme, Herr Abgeordneter Wimmeler, im Sinne der Genzlandförderung, für die es im übrigen auch in der Regionalförderung des Landes und

des Bundes beträchtliche Mittel gibt. Nichtsdestoweniger hat der Herr Landeshauptmann in seinem Forderungsprogramm an die Bundesregierung gerade das Problem der regionalen Förderung im Grenzland in einen besonderen Zusammenhang gebracht und ist dieser Vorschlag durchaus auf unserer Linie.

Der Herr Abgeordnete Trummer hat von den Telefonanschlüssen gesprochen. Wir haben 1973 dafür 1 Million Schilling zur Verfügung gehabt, 1974 2,9 Millionen und werden 1975 3,5 Millionen Schilling zur Verfügung haben, was bedeutet, daß wir zu den 3000 geförderten Telefonwerbern im heurigen Jahr wieder eine sehr erhebliche Zahl und nicht zuletzt auch in der Gegend des Herrn Abgeordneten Trummer fördern werden können. Jedenfalls ist mit den 3,5 Millionen Schilling ein entscheidender Beitrag auch zur Fortsetzung dieses Programmes geleistet worden und ich möchte dem Herrn Abgeordneten Trummer in diesem Zusammenhang sagen, daß die Initiativen in seinem Bereich sehr bemerkenswert sind und daß wir gerade in dieser Richtung gerne etwas tun werden.

Zum Bereich Schule und Bildung — der Herr Abgeordnete Pörtl hat dazu auch gesprochen: Es ist hier ein Budget von 113 Millionen Schilling für das nächste Jahr zur Verfügung und das ausgezeichnete Schulsystem gerade im landwirtschaftlichen Schulbereich wird ja im nächsten Jahr durch ein eigenes selbstständiges Referat für die Landwirtschaftsschulen auch in der Verwaltungsorganisation vereinfacht werden, so daß hier ganz sicher auch im Zusammenhalt mit den ganz ausgezeichneten Schulen überall im Land ein Fortschritt — ich sage das nicht als konventionelle Phrase —, ein echter Fortschritt in der Bildung der jungen Menschen auf dem Lande gewährleistet ist.

Ich möchte eine kleine Förderungspost auch hier und bei dieser Gelegenheit, sozusagen knapp vor Weihnachten, nicht übersehen. Es ist das Mutterhilfswerk der Caritas der Diözese Seckau, das heißt also die Familienhelferinnen im Land. Der Herr Abg. Stepantschitz hat gestern in der gesundheitspolitischen Debatte einen einerseits erschütternden und andererseits sehr eindrucksvollen Bericht gegeben über die am Rande auch des biologischen und des geistigen Lebens stehenden Menschen, und es ist darauf hingewiesen worden, daß gerade auch im Referat des Kollegen Gruber den Fragen der Körperbehinderten und auch der cerebralgestörten Kinder große Aufmerksamkeit geschenkt wird. Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, dieses Mutterhilfswerk, die Familienhelferinnen sind eine ähnliche Institution eines echten Dienstes von jungen Frauen an Kranken und an auch von der Gesellschaft nicht bevorzugt behandelten Menschen. Ich möchte gerade in diesem Zusammenhang einen sehr ehrlichen und aufrichtigen Dank diesen Familienhelferinnen aussprechen und ich bin überzeugt, daß Sie in diesen Dank gerne einstimmen.

Zum Abschluß zwei kurze Bemerkungen über die neuen Förderungsposten. Der eine Schwerpunkt ist die Förderung der Almwirtschaft. Der Herr Abg. Pranchh hat dazu gesprochen und wir haben

hier eine Post mit 2,1 Millionen erstmals dotiert. Sie ist das Ergebnis auch der Vorberatungen des Steiermärkischen Landwirtschaftsgesetzes, das von der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft und der Abteilung 8 vorbereitet wurde, und wir setzen hier eine Tat, durch die wir das, was der Präsident Koiner in seinem eindrucksvollen Beitrag heute zum Ausdruck gebracht hat, nämlich die Direktzahlung auch zur Erhaltung der Kulturlandschaft im Bergbauerngebiet möglich machen. Es wird zu Beginn des Jahres eine Enquete darüber befinden, in welcher Weise diese Dotierung am besten, am einfachsten an den Mann kommt. Ich habe im Finanz-Ausschuß gesagt, daß wir diese Enquete mit allen zuständigen Fraktionen und auch den Fachleuten halten werden.

Der zweite Schwerpunkt ist die Förderung der Maschinenringe und des Betriebshelferdienstes. Hier ist eine Aufstockung von 350.000 auf 2.315.000 Schilling Spiegelbildlich gesehen, erhoffen wir uns beim Betriebshelferdienst eine Entwicklung ähnlich der der Familienhelferinnen und meinen, daß hier eine wirkliche Lücke auch in der sozialen Betreuung unseres bäuerlichen Berufsstandes existiert, die aber nur dann geschlossen werden kann, wenn dieser ja oftmals weit über die normalen Einsatzbedingungen hinausgehende Einsatz der Menschen und ihr Engagement wenigstens durch eine Sicherheit im Bereich des Einkommens und der sozialen Stellung garantiert werden kann. Daher ist es ein entscheidender Schritt mit dieser Budgetpost, ein ebenso entscheidender Schritt mit der Förderung der Kooperation in den Maschinenringen, von denen wir erhoffen, daß wir pro Gerichtsbezirk einen, d. h. 43 Ringe schließlich in der Steiermark zur Verfügung haben werden und bei der die Geschäftsführung, die Sachkosten teilweise übernommen werden sollen.

Zum Abschluß ein Dank an den ausscheidenden Abteilungsvorstand der Abteilung 8, wir wünschen ihm viel Glück und Erfolg in seinem neuen Wirkungsbereich im Bezirk Liezen, und an alle, die mit ihm aus dem aktiven Dienst scheiden. Einen Dank auch an alle Mitarbeiter im Rahmen der Landwirtschaftsarbeit. Vor allem auch einen Dank an die Kammer für Land- und Forstwirtschaft und an die Landarbeiterkammer, die aufgrund von Landesgesetzen in diesem Lande wirken und von denen wir in beiden Fällen die Überzeugung haben können, daß im Interesse ihrer Mitglieder eine optimale Leistung erbracht wird. Die 100. Generalversammlung und Vollversammlung der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft hat uns ja überzeugend demonstriert, was in den letzten Jahren auf diesem Gebiete geschehen ist und wir sind stolz darauf, daß wir mit diesen beiden Kammern zwei Spitzeninstitute der Förderungspolitik in unserem Lande haben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren! Damit haben wir den ersten Teil der Gruppe 7 beendet und wir kommen nun zum zweiten Teil „Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung“. Zum Worte gemeldet haben sich bereits

neun Abgeordnete. Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Marczik das Wort.

Abg. Marczik: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn unter dem derzeit in Behandlung stehenden Budgetkapitel auch das steirische Feuerwehrwesen aufscheint, so bedeutet es für uns, so glaube ich zumindest, nicht nur eine große Freude, einen stolzen Leistungsbericht zu hören, sondern auch eine vorrangige und angenehme Verpflichtung, diesen 32.732 steirischen Feuerwehrmännern von dieser Stelle aus für ihre selbstlose, unermüdliche Bereitschaft, ihren pflichtbewußten zielführenden Einsatz und ihren umfassenden Mut und Opfersinn zum Wohle der gesamten Bevölkerung in diesem Lande ein aufrichtiges und herzliches Danke zu sagen. (Allgemeiner Beifall.) Einschließen, meine Damen und Herren, darf ich aber, wohl auch im Namen aller Mitglieder dieses Hohen Hauses auch den uneingeschränkten Dank an die Gattinen und an die Familien dieser allzeit Hilfsbereiten, die oftmals, unbedankt und unbedacht von den Mitmenschen, ihre Männer und Väter entbehren müssen, wenn diese zu Übungen oder aber zu ernstesten Einsätzen ausrücken, um den Dienst am Nächsten zu erfüllen, und — wie wir voriges Jahr gesehen haben — nicht wissend, ob sie gesund und heil in den Kreis ihrer Familien zurückkehren werden. (Allgemeiner Beifall.) Diese Opfer, meine Damen und Herren, an Zeit und Gesundheit, ja dieser Mannesmut und diese Selbstlosigkeit im Dienste der Allgemeinheit können niemals in einer gerechten Form abgegolten werden. Höchste Achtung, Anerkennung und ein echtes Interesse, verbunden mit lauterem Zusammengehörigkeitsgefühl und dem aufrichtigen Dank aller dürfen jedoch ein beredtes Zeugnis unserer Einstellung zur Haltung und zum Wirken dieser steirischen Feuerwehrkameraden sein.

Im Jahre 1974 wurden in Einschätzung der Wichtigkeit des Feuerwehrwesens seitens des Steiermärkischen Landtages und der Steiermärkischen Landesregierung Förderungsbeiträge in der Gesamthöhe von 21,686.861,42 Schilling beschlossen, womit zahlreiche Bauvorhaben bzw. Anschaffungen der Freiwilligen Feuerwehren und der Betriebsfeuerwehren sowie der Gemeinden gefördert werden konnten. Es befinden sich darunter 48 Bauvorhaben, vor allem Neubauten von Rüsthäusern sowie Zubauten von Rüsthäusern, Anschaffungen von feuerwehrtechnischen Geräten, Fahrzeugen usw. und, meine Damen und Herren, was ich als eine besondere Investition bezeichnen möchte, 1449 Feuerwehrjugendausrüstungen. Im selben Berichtszeitraum wurden auch aus Mitteln des Bundeszuschusses nach dem Katastrophenfondsgesetz zahlreiche Ausrüstungsgegenstände und technische Geräte bewilligt. Diese für die Sicherheit an Leben und Gut so wichtigen Investitionen kamen dem Ausrüstungsstand der 694 freiwilligen Feuerwehren unseres Landes sowie den 60 Betriebsfeuerwehren und der Feuerwehr der Stadt Graz zugute und konnten bei den insgesamt 1449 Brandeinsätzen sowie bei den immer häufiger auftretenden Öleinsätzen, ebenso aber auch in Katastrophenfällen, wie sie mein

Kollege, Herr Dr. Eichinger, bereits sehr klar hervorgehoben hat, sowie bei Arbeiten der Wasserwehren bestens verwendet werden.

Welche Bedeutung all diesen Maßnahmen und Beschlüssen zukommt, zeigt allein die Tatsache, daß die voraussichtliche Schadenssumme für das Jahr 1974 von der Landesstelle für Brandverhütung immerhin mit dem Betrag von 55 Millionen Schilling angegeben wird. Die Zahl der Einsätze bei technischen Hilfeleistungen betrug im abgelaufenen Jahr seitens der freiwilligen und Betriebsfeuerwehren 2805, jene der Stadt Graz allerdings 3195. Bedenkt man nun, welches Maß von dem eingangs erwähnten Idealismus sich hinter diesen trockenen Ziffern verbirgt, so ist man gerne bereit, dieser Problematik die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

In diesem Zusammenhang sei mir auch gestattet, einige Anmerkungen über den neubeschrittenen Weg der Beihilfenvergabe zu sagen. Mit der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Technik sind auch die Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes in gleichem Maße gewachsen und vor allem komplizierter geworden. Das heißt, die Gefährdung des Menschen hat erheblich zugenommen. Die neuen Gefahren erfordern auch ein neues Sicherheitsdenken und dieses wiederum betrifft die Einsatzplanung sowie die Wahl der Ausrüstung und last not least deren Finanzierung. Eine moderne, zukunftsorientierte Schulung der Einsatzhelfer stellt einen weiteren wesentlichen Stützpfiler eines wirksamen Sicherheitssystems dar. Diese Entwicklung hat sich strukturell bei den F- und B-Bereitschaften ausgewirkt, wobei sich in der Folge ein eindeutiger Trend von der gleichmäßigen Verteilung des einfachen Feuerlösch- und Katastrophenhilfsgerätes zu einer schwerpunktmäßigen Ausstattung mit hochwertigen und leistungsfähigen Großgeräten wie Tanklöschfahrzeugen, Gelenkbühnen usw. ergeben hat. Dieser Weitblick der Verantwortungsträger draußen in unseren steirischen Gemeinden und bei den Feuerwehren hat bereits in der bisherigen Zeitspanne zu einer erhöhten Sicherheit unserer Bevölkerung geführt. Es wird daher dieser Weg weiterbeschritten werden. Besonders wichtig scheint mir in diesem Zusammenhang allerdings die Feststellung, daß durch diese zweifellos sachlich fundierte Schwerpunktbildung keinesfalls die örtlichen Feuerwehren etwa durch die erwähnten Stützpunktfeuerwehren in eine zweitrangige Rolle gedrängt werden. Auch in Zukunft wird die Hauptlast in Brand- und Katastrophenschutzfällen bei der Ortsfeuerwehr liegen, während die Stützpunktfeuerwehr eben in gewissem Sinne nur als schwere Artillerie, um einen Vergleich zu wählen, anzusehen ist. Wir wissen, daß aber alle noch so guten Konzepte hinfällig wären, könnte man ihre Finanzierung nicht sicherstellen und realisieren. Bedenken wir, daß die Anschaffung eines einfachen Rüst- oder Tanklöschfahrzeugs nunmehr bereits über eine Million Schilling kostet, wobei hievon über 80 Prozent der Gesamtkosten von der Gemeinde und der Feuerwehr zu tragen sind, so wird uns sehr bald klar, daß dies in Zukunft von immer weniger Gemeinden auf der Basis der derzeitigen Beihilfenvergabe geleistet werden könnte. Als einzige Lö-

sung bietet sich daher die schwerpunktmäßige Ausrüstung der Feuerwehren an. Grundlage sind dazu die auf die Erfordernisse der nächsten Jahre abgestimmten Bezirksausrüstungspläne, und diese wiederum erfordern entsprechende Finanzierungspläne.

In diesem Zusammenhang ist auch eine wirksame Erhöhung der Landesbeihilfe möglich, wodurch eine optimale Beihilfenzuwendung für die den Zeiterfordernissen entsprechenden Großanschaffungen erzielt werden kann. Der Ausbau des Feuerwehrfunknetzes in der Steiermark begann 1965 und es wurden seitens der Landesregierung und über Antrag des ressortzuständigen Referenten, Landesrat Peltzmann, dem die steirischen Wehren immer ein besonderes Anliegen waren, in den Jahren 1966 bis 1974, also in acht Jahren, Förderungsmittel von insgesamt 13,5 Millionen Schilling hierfür bereitgestellt, während ein ungefähr gleich hoher Betrag von den Feuerwehren und den Gemeinden für den Funkausbau aufgebracht wurde. Zum weiteren Ausbau des Roten-Kreuz-Funknetzes in der Steiermark wurden 1974 Förderungsbeträge in der Höhe von S 1.030.000,— gewährt, zur Förderung des Feuerlöschwesens wurden seitens des Landes im Zeitraum von 1964 bis 1974 insgesamt S 89.787.000,— freigegeben und an die Gemeinden, allerdings inklusive der Landeshauptstadt Graz, bzw. an die Feuerwehren zur Verfügung gestellt.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einen Augenblick Ihre Aufmerksamkeit auf etwas lenken, was uns mit Freude erfüllen kann, und zwar ist interessant vielleicht der Hinweis auf den Prozentsatz jener Bezirksbewohner in unseren steirischen Bezirken, welcher dem freiwilligen Dienst der Feuerwehren zuzurechnen ist. Hier steht Radkersburg — schade, daß mein Kollege Trummer gerade nicht hier ist — mit 9,67 Prozent an der Spitze, gefolgt von den Bezirken Fürstenfeld mit nahezu 7 Prozent, Liezen und Feldbach mit je 5,5 Prozent. Der übrige Bezirksdurchschnitt beträgt allerdings mit erheblichen Unterschieden etwa 3 Prozent. Sehr erfreulich ist auch der prozentuelle Anteil der Jugend am Ist-Stand unserer steirischen Feuerwehren. Hier führt der Bezirk Judenburg, mein Heimatbezirk, mit 13,95 Prozent, gefolgt von Radkersburg mit über 11 Prozent, desgleichen die Grazer Betriebsfeuerwehren und der Bezirk Liezen mit 10 Prozent. Meine Damen und Herren, Sie sehen, daß sich die Anstrengungen im Jahr der Feuerwehrjugend mit diesem Schwerpunkt wirklich gelohnt haben.

Ich möchte abschließend daher nochmals dem Referenten, allen Verantwortlichen, den Beamten, vor allem der Feuerwehr selbst, aber auch allen anderen Organisationen, die mit ihr zusammengearbeitet haben, hier speziell dem Österreichischen Roten Kreuz, der Exekutive, dem Bundesheer und den zahlreichen freiwilligen Helfern draußen im steirischen Land recht herzlich danken. Sie alle, meine Damen und Herren, haben immer wieder den Beweis geliefert, daß auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Idealismus nicht ausgestorben und die Bereitschaft, einer Gemeinschaft selbstlos zu dienen, jedenfalls noch keine

leere Phrase ist. In diesem Sinne wünschen wir alle, diesen wertvollen Stützen unserer Gesellschaft ein kräftiges „Gut Heil“. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Klobasa das Wort.

Abg. Klobasa: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, daß ich Ihre Aufmerksamkeit zum nächsten noch nicht behandelten Abschnitt dieser Gruppe „Allgemeine Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs“ hinlenke. Der Fremdenverkehr wurde immer als Devisenbringer Nr. 1 bezeichnet. Zu Beginn dieses Jahres wurden aber Stimmen laut, die einen verhältnismäßig starken Rückgang behaupten. Wenn im Lande Steiermark ein Rückgang, wie ich vernahm, von über 2,4 Prozent bei Nächtigungen zu verzeichnen ist, so können wir in unserem oststeirischen Raum behaupten, daß gerade wir heuer mit den Ergebnissen sehr zufrieden sein können. Wie kamen diese Ergebnisse nun zustande? Hier spielen eine ganze Reihe von Faktoren mit. Die Nähe unseres Gebietes zur Bundeshauptstadt Wien spielt dabei gewiß eine nicht unbedeutende Rolle, der Ausbau der Fremdenzimmer in Komfortzimmer ebenfalls. Ausschlaggebend sind aber vor allem die niederen und preisgünstigen Angebote. Der Gast hat bei uns nicht das Gefühl, gewürzt zu werden. Schließlich spielen auch die verbilligten Tarife der Österreichischen Bundesbahnen eine Rolle, die Aufmerksamkeit, das Entgegenkommen und die Hilfeleistung unserer Beherbergungsbetriebe, der Bediensteten und auch die Unterstützung von Behörden bei der Erfüllung von Wünschen der Gäste.

Nur ein kleines Beispiel. Ein Gast aus Riegersburg hatte den Wunsch, zu einer Fischkarte zu kommen. Ein Bediensteter der Stadtgemeinde Feldbach vernahm diesen Wunsch, erfüllte ihn, und die Folge davon ist, daß nicht nur der Gast mit seiner Familie schon für das kommende Jahr vorgebucht, hat, sondern einen großen Bekanntenkreis mitbringen wird. In Bad Gleichenberg zum Beispiel hätte der Ausfall der Übernachtungen allein durch die Schließung eines Heimes über 35.000 Nächtigungen betragen müssen. Dieser Abgang konnte vollkommen bewältigt werden. Bis einschließlich November dieses Jahres betragen sie 273.376. Im Jahre 1973 waren 276.800 Übernachtungen aufzuweisen. Durch die Eröffnung des Hallenbades kann jetzt die Gastronomie des Kurortes zusätzlich mit Gästen rechnen, also auch über die Wintermonate, was bisher noch niemals der Fall war. Es kann zwar nicht von einer Wintersaison, wie es im obersteirischen Gebiet der Fall ist, gesprochen werden, aber doch von einem Winteraufenthalt. Aber auch die Ausnützung, wie ich sie schon anfangs ausführte, der Aktion des Ausbaues der Zimmer in Komfortzimmer, die durch Handelsminister Dr. Staribacher ins Leben gerufen wurde, wirkte sich für die zweite Saison in unserem Gebiet sehr blendend aus. Durch die Möglichkeit, auch dem anspruchsvolleren Gast etwas mehr bieten zu können, haben die Hotelbesitzer

und die Gastwirte die Initiative ergriffen, und es sind zum Beispiel in Bad Gleichenberg von den 2400 vorhandenen Betten bereits 1400 so ausgebaut worden, daß sie auch in der kalten Jahreszeit zu benützen sind. Eine Reihe von Gasthöfen haben erstmals den Winter über offen. Ebenfalls günstig ist auch die Fremdenverkehrssaison im Raume Kirchberg an der Raab verlaufen. Auch das Ausflugsziel Riegersburg übt noch immer auf die Urlauber seine Anziehungskraft aus. Hier konnten die Übernachtungsziffern von 21.000 des vergangenen Jahres auf über 23.000 im heurigen Jahre gesteigert werden. Eine Ausweitung der Bettenzahl wurde nicht vorgenommen. Es kann daher eine bessere Nützung der vorhandenen Betten festgestellt werden. Und das ist ja schließlich auch der Wunsch unserer Beherbergungsbetriebe. Daß zum Beispiel die Gäste aus dem Nahen Osten heuer vollkommen ausgeblieben sind, ist aufgrund der politischen Lage ja verständlich. Ebenfalls spielt auch die wirtschaftliche Lage verschiedener Staaten eine Rolle. Und dennoch gab es in unseren Zentren keine Einbuße, was sicherlich für die Qualität der vorhandenen Betriebe spricht. Allerorts setzt sich nun eine stärkere Werbung für den heimischen Gast ein. Unser oststeirisches Gebiet war ja von jeher schon immer das Urlaubsziel für den Inlandsgast. Wieweit sich nun die verstärkte Bemühung anderer Gebiete um den Inlandsgast für unseren heimischen Fremdenverkehr auswirken wird, ist noch unbekannt. Jedenfalls dürfen wir nicht zurückstehen, denn wir können auf den heimischen Gast nicht verzichten, auch wenn er keine Devisen bringt. Und so habe ich auch den Generalredner Dr. Heidinger verstanden, als er meinte, wir sollen Autos nicht in so starker Menge vom Ausland kaufen und ich meine dazu, wir könnten ja auch unseren Urlaub in Österreich verbringen, es müßte doch möglich sein, ein Platzler zwischen Boden- und Neusiedler See oder zwischen den Weingebieten Retz oder Gamlitz für unseren Urlaub zu finden.

Und nun möchte ich abschließend, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart, Sie an ein Versprechen erinnern, das Sie mir vor zwei Jahren gaben, nämlich das Hallenbad Feldbach in angemessener Form zu fördern. Sie haben heute schon bei der Sportförderung gesprochen, daß Sie massiv eine Reihe von Hallenbädern fördern werden, ich habe genau aufgehört, ich habe aber den Namen Feldbach überhört. Ich bitte Sie, verehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, dieses Projekt weiterhin im Auge zu behalten und es in angemessener Form zu fördern, weil nicht nur die Hallenbadbesitzer, sondern alle Ihre Förderung mit Dank zu schätzen wissen werden. (Allgemeiner Beifall.)

2. Präsident Hleschitz: Als nächster Redner ist zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Dorfer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Osterreich steht derzeit am Ende der längsten Phase der Hochkonjunktur seit dem Zweiten Welt-

krieg. Die derzeitige Stimmung in der Wirtschaft ist durch ein schwindendes Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft gekennzeichnet. Die Ursachen dieses schwindenden Vertrauens liegen sicherlich, das steht außer Zweifel, einerseits in der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung, die gerade nicht erfreulich ist, andererseits aber ebenso zweifellos in einer völlig verfehlten Konjunkturpolitik und in der ungleichmäßigen Verteilung der Stabilisierungskosten durch diese Bundesregierung. Diese Bundesregierung, die jahrelang Nutznießer dieser noch in einer Zeit der ÖVP-Regierung eingeleiteten Hochkonjunktur war, diese Bundesregierung hat in der Phase der Hochkonjunktur die reichlich vorhandenen Einnahmen mit vollen Händen wieder ausgegeben und am Ende dieser Hochkonjunktur — und das ist neu für das Ende einer Hochkonjunktur — steht unser Staat vor leeren Kassen. Von antizyklischen Budgets, die eine Selbstverständlichkeit sein sollten, war überhaupt keine Rede. Und es ist bekannt, daß durch die Budgetüberschreitungsgesetze das Defizit des Budgets 1974 schon die 20-Milliarden-Grenze erreicht hat und es ist ebenso bekannt, daß das Verwaltungsdefizit, das heißt einfach die offenen Rechnungen des Bundes, zusätzlich 10 Milliarden ausmachen, Defizitbeträge, die einfach ungeheuerlich sind. Ich will gar nicht den Bundeskanzler zitieren mit Aussprüchen aus Jahren vorher, wo er etwa im Jahre 1970, das war noch ein Budget der ÖVP, gemeint hat, Defizite mit 8 oder 9 Milliarden sind „ein heller Wahnsinn“. Heute sind wir bei einem faktischen Defizit von 30 Milliarden, wenn ich die Verwaltungsschulden dazurechne. Offenbar ist das jetzt richtig, wenn man davon spricht, daß es sich um eine gesunde Budgetpolitik handle. In Wahrheit ist der derzeitige Zustand das Fiasko der Budgetpolitik dieser Bundesregierung. Wie nun jetzt am Ende der Hochkonjunktur die geringere private Investitionstätigkeit durch eine öffentliche ersetzt bzw. die Stagnation weniger schmerzlich gemacht werden soll, ist völlig ungeklärt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier können wir sagen, daß aus dem vorliegenden Landesbudget zu entnehmen ist, daß trotz der beginnenden Stagnation die Ansätze für die Wirtschaftsförderung nicht rückgängig, sondern durch innere Umschichtungen in einem sehr erfreulichen Rahmen gehalten werden konnten. Wir können sicher sein, Hohes Haus, daß wir diese Wirtschaftsförderungsmittel im Jahre 1975 dringend brauchen werden. Und ich bin der Meinung, daß diese Mittel ein wesentlicher Beitrag für eine konjunkturpolitisch höchst notwendige Erhöhung produktiver Investitionen in unserer Wirtschaft sein werden. Denn Rationalisierungsmaßnahmen, Hohes Haus, gerade auch in Klein- und Mittelbetrieben sind zur Hebung der Produktivität, zur Verbesserung und zur Sicherung des Arbeitsplatzes dringend von Nöten und werden gerade in der Stagnationszeit immer wesentlicher werden. Durch die Kreditrestriktionen des Bundes und infolge der geringen Wirtschaftsförderungsmittel des Bundes wird aber auch der Druck auf die Landeswirtschaftsförderungsmittel sich noch zusätzlich vergrößern. In diesem Zusammenhang möchte ich auch eine Märe aufklären,

die man allenthalben immer wieder landauf, landab zu hören bekommt, wenn da gesagt wird, das Land fördert primär Großbetriebe, das Land fördert möglichst ausländische Betriebe und dergleichen mehr. Ich will Ihnen hier keine Statistik verlesen, sondern nur eines sagen: Die Abteilung für Wirtschaft und Statistik hat im vergangenen Jahr nicht einmal 2,5 Millionen Schilling an Darlehen und Zinszuschüssen für ausländische Betriebe gewährt, und das waren Beträge, die auf Grund vertraglicher Bedingungen von früher hergegeben werden mußten, während für inländische — und hier wieder zum größten Teil für Klein- und Mittelbetriebe — etwa 56 Millionen Schilling gegeben wurden. Was die Rechtsabteilung 4 betrifft, so kann man dazu sagen, daß hier nur österreichische Klein- und Mittelbetriebe gefördert wurden, allerdings mit sehr, sehr beträchtlichen Summen, und zwar insgesamt mit etwa 82 Millionen Schilling; aus dem Fonds für gewerbliche Darlehen etwa 40 Millionen Schilling, aus den Mitteln der Jungunternehmerförderung über 18 Millionen Schilling und aus der Gewerbe- und Wirtschaftsförderung der Rechtsabteilung 4 etwa 23,5 Millionen Schilling. Es ist keine Rede davon, was oft gesagt wird, daß nur große oder ausländische Betriebe gefördert würden. Ziel jeder Konjunkturpolitik muß es sein, die Konjunkturwelle möglichst zu straffen. Ich glaube, wir können als Österreicher seit jeher in der 2. Republik mit den Ergebnissen recht zufrieden sein. Ich persönlich führe diese gestreckte Konjunkturwelle in Österreich auf zwei Dinge zurück: und zwar auf eine kleinstrukturierte Wirtschaft, weil kleine Betriebe viel weniger krisenanfällig sind als Großbetriebe, und weil wir eine Sozialpartnerschaft haben, wie es sie in der westlichen Welt in dieser einigermaßen zufriedenstellenden Form überhaupt nicht gibt.

Nun, Hohes Haus, einige Bemerkungen zum Kleinhandel: Die Konzentration im Detailhandel nimmt bekanntlich immer unerwünschtere und immer gefährlichere Formen an. Einkaufszentren schießen wie Pilze aus dem Boden. Ein völliges Verbot dieser Großmärkte hielte ich nicht für sehr sinnvoll, aber für ebenso unmöglich halte ich ein unübersichtliches Weiterwachsenlassen dieser Großmärkte, weil diese Entwicklung für die Nahversorgung unserer Bevölkerung einfach bedrohend wird und die Nahversorgung gefährden müßte. Abgeordnete der ÖVP haben daher schon vor etwa zwei Jahren in diesem Hohen Haus den Antrag eingebracht, wonach die Landesregierung aufgefordert wird, die Bundesregierung zu ersuchen, Maßnahmen zu ergreifen, daß der Detailhandel, der Kleinhandel erhalten wird. Wir haben vorgeschlagen, zu überlegen, ob nicht doch eine gewerberechtliche Bewilligungspflicht für Großmarktläden ab einer festzustellenden Größe — und ich könnte mir vorstellen ab etwa 800 m² — eingeführt werden sollte oder auch, was ich für besonders wichtig hielte, steuer- und kreditpolitische Maßnahmen für die kleinen Detailhandelsgeschäfte zu treffen. Ich darf darauf hinweisen, daß das nichts Neues ist, daß das Ausland die Notwendigkeit dieser Maßnahmen uns vorexerziert, nicht nur Frankreich, Belgien, die Schweiz, sondern vor allem auch Schweden. Schweden geht sogar

so weit, dem kleinen Detailhandel, wo er für die Versorgung der Bevölkerung notwendig ist, direkt Zuschüsse zu gewähren, eine Maßnahme, die wir zur Zeit gar nicht für sinnvoll hielten. Ich kann nur feststellen, daß unsere Bundesregierung in ihrer Antwortnote an den Landeshauptmann nicht das geringste Verständnis für unseren diesbezüglichen Antrag aufgebracht hat. Man hat völlig an den Dingen vorbeigeredet und tat so, als gäbe es dieses Probleme nicht. Um so erstaunlicher ist es, daß der Freie Wirtschaftsverband, dieses politisch doch völlig ohnmächtige Alibihäufel von Unternehmern in der Sozialistischen Partei, jetzt vor Handelskammerwahlen so tut, als wäre er für eine Lösung dieses Problems eingetreten. (Abg. Prensberger: „So ist es ja auch wieder nicht!“) Herr Abgeordneter, wie viele Herren vom Freien Wirtschaftsverband sitzen in diesem Hohen Hause? Wenn keiner da sitzt, dann darf ich wohl mit Fug und Recht sagen, was ich vorhin sagte. Ich betone, daß ich den Herren vom FWV den guten Willen nicht abspreche, den haben diese Herren sicher. Nur betone ich noch einmal, in Gesprächen habe ich das schon unwidersprochen sowohl dem Herrn Landesobmann als auch seinem Landessekretär sagen müssen, daß der FWV politisch ohnmächtig ist.

Hohes Haus, wir wollen in dieser Frage der Kleinhandelsbetriebe sicherlich nicht für versteinerte Strukturen sein. Das haben wir in der Wirtschaft immer bewiesen und es gibt genug Beispiele, wo Berufsgruppen, die nicht unbedingt notwendig sind, durch die geänderte wirtschaftliche Situation fast ausgestorben sind. Aber Strukturbereinigungen haben sicher dort ihre Grenzen, wo sich die Gefahr einer mangelhaften Nahversorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfes ergibt.

Nun einige Bemerkungen zum Fremdenverkehr: In dieser Wirtschaftssparte sind wir in den vergangenen Jahren auf den Boden der nüchternen Realität zurückgekehrt, während man früher schon der Meinung war, Wachstumsraten von 10 bis 15 Prozent seien selbstverständlich. Die Ursachen dieser Spartenstagnation liegen sicher auch in der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, aber beileibe nicht nur, sonst hätte das Ergebnis etwa der Hochkonjunktur 1972/73 anders aussehen müssen. Die Ursachen liegen primär in der Art, wie man Restriktionspolitik betreibt, nichts anderes als Schillingaufwertungen, das heißt ständige Änderungen der Währungsparitäten, nichts anderes als Kreditrestriktionen — sehr wesentlich auch auf Kosten dieser Gruppe — und im Überschreiten der optimalen Belastbarkeit der Betriebe mit Steuern und Abgaben. Bekanntlich zahlt ein Wirt heute schon bis zu 26 Prozent Steuern und Abgaben, und ebenso bekannt ist, daß etwa die Alkoholsteuer seit einigen Jahren ständig rückgängige Einnahmen aufweist. Warum, weil die optimale Belastungsgrenze einfach überschritten ist. Es ist ja nicht so, daß mit zusätzlichen Belastungen deswegen gleichviel herauskommt, weil in der Finanzpolitik nicht zwei mal zwei gleich vier ist. Die Folge dieser sinkenden Rentabilität in der Fremdenverkehrswirtschaft ist eine Überschuldung dieser Betriebe, sind letzten Endes auch gegenfähigkeiten — und was von allem betrüblich für die

Gesamtwirtschaft ist —, die Folge ist die Situation in unserer Zahlungsbilanz, wobei wir es jetzt dringender denn je nötig hätten, das Handelsbilanzdefizit durch erhöhte Deviseneinnahmen im Fremdenverkehr wettzumachen.

Meine Damen und Herren, persönlich sehe ich zwei Gruppen von Möglichkeiten, der Fremdenverkehrswirtschaft zu helfen. Im Bereiche der Selbsthilfemaßnahmen glaube ich, daß hier in der Werbung, die bisher hauptsächlich eine Imagewerbung war, mehr eine Verkaufswerbung, die auf den Käufermarkt ausgerichtet ist, Platz greifen muß. Die Erschließung neuer Zielgruppen durch Schwerpunktaktionen wird unbedingt notwendig sein. Ein besonders erfreuliches Beispiel ist hier das Pensionistenarrangement etwa der steirischen Hoteliers mit dem Hotelier Reif an der Spitze, die hier sehr erfreuliche Ergebnisse zeitigen können. Notwendig wird sein eine stärkere Information der Inlandsgäste, um sie noch mehr im Inland zu halten. Zu überlegen wird auch für unsere Stadt sein, ob man nicht doch Städteflüge für Graz organisieren sollte. Im innerbetrieblichen Bereich wird eine noch bessere Information der Betriebe, insbesondere auf dem Kalkulations- und Investitionssektor sowie ein ständiger weiterer Ausbau der innerbetrieblichen Kooperation notwendig sein. Hier meine ich vor allem Kooperation in Richtung Angebot und Werbung. Als flankierende Maßnahmen dieser Selbsthilfemaßnahmen wird man laufend Forschungsaufträge über das Urlaubsverhalten der Gäste im In- und Ausland geben, weil dieses sich ständig ändert. Man konnte z. B. im vergangenen Jahr und heuer feststellen, daß in Deutschland das Wandern ganz modern geworden ist und Wandergebiete besonders von den deutschen Gästen aufgesucht werden.

Die staatlichen Maßnahmen für den Fremdenverkehr sind so vielfältig, daß ich sie nur mit ganz wenigen Worten streifen möchte. Ich möchte hier nur sagen, daß der Fremdenverkehr als Devisenbringer einfach unersetzbar ist. Aber ebenso muß uns klar sein, daß die derzeitige Kostenexplosion für diese Betriebe vor allem auch durch die Steuerbelastung langsam untragbar wird.

Wesentlich wäre ein weiterer Ausbau verkürzter Abschreibungsmöglichkeiten für die Fremdenverkehrsbetriebe, insbesondere auch für Einrichtungen der Saisonverlängerung wie Hallenbäder und gedeckte Tennisplätze und dergleichen mehr. Die Frage der Gewerbesteuer ist uralte, darf aber trotzdem meines Erachtens nicht einschlafen, denn fest steht eines, meines Erachtens gehört sie weg. Sie ist eine Strafsteuer für gewerbliche Tätigkeit und in der heutigen Zeit durch überhaupt nichts mehr begründet. Wir haben die Einkommenssteuer und die vielen anderen Steuern, der Gewerbesteuerertrag hat woanders hereinzukommen. Daß es nicht leicht ist, gerade in der jetzigen finanziellen Situation des Staates, ist mir völlig klar. Nur gehört diese Strafsteuer für selbständige gewerbliche Tätigkeit à la longue weg. Das ist auch von mir aus keine Forderung, von der ich mir die Illusion erwarde, daß sie also in diesem Jahr schon realisiert werden könnte.

Ein Lichtblick ist für unseren derzeitigen Fremdenverkehr etwa in der kommenden Wintersaison gegeben, bedingt durch verschiedene Umstände, auch wieder durch ein geändertes Urlaubsverhalten der Leute, jedenfalls scheint die angehende Wintersaison sehr gut zu laufen. Last not least möchte ich sagen, daß die Landesmittel für den Fremdenverkehr ebenso wie die sonstigen Wirtschaftsförderungsmittel in diesem Budget in einem sehr erfreulichen Rahmen gehalten werden konnten. Alles in allem, Hohes Haus, 4^{1/2} Jahre sozialistische Bundesregierung haben uns den Beweis geliefert, daß eine sozialistische Bundesregierung auch nur mit Wasser kocht, und soweit wir das sehen, mit einem viel, viel trübere Wasser, als das früher geschehen ist. (Landesrat Peltzmann: „Mit Schmierseife!“) Und daß diese sozialistische Bundesregierung keinesfalls eine humanere oder sozialere Welt entstehen hat lassen. Keinesfalls, ganz im Gegenteil, Herr Kollege Heidinger.

Die Frage des Bundeskanzlers war noch vor einem Jahr: „Was ist uns lieber, 8 Prozent Inflation oder 8 Prozent Arbeitslosigkeit“. Natürlich sind uns 8 Prozent Inflation lieber. Diese wirtschaftspolitisch völlig falsche Frage ist höchstens rhetorisch interessant. Diese Frage hat sich inzwischen von selbst ad absurdum geführt, denn heute, meine Damen und Herren, bei 10 Prozent Inflation — das ist der Lebenskostenindex, die anderen Indizes schauen ja anders aus und wir leben alle bekanntlich nicht nur vom Lebenskostenindex, den ich außerdem gar nicht prüfen will, denn der wahre Lebenskostenindex dürfte etwas höher liegen, weil sich die Lebensgewohnheiten geändert haben — denn heute bei 10 Prozent Inflation ist klar erwiesen, daß zuviel Inflation die Arbeitsplätze gefährdet und nicht sichert und daß diese Inflation soziale Härten, besonders für die wirtschaftlich Schwachen, mit sich bringt. Ja, wenn es so weiter ginge, könnte diese Inflation sogar die Demokratie gefährden, und hier würde ich glauben, im Vergleich zu anderen westlichen Staaten sind wir wieder eigentlich einigermaßen durch die Sozialpartnerschaft abgesichert und weniger gefährdet als andere im Westen. Wir können heute, Ende 1974, nur hoffen, daß die wirtschaftliche Fehlentwicklung, die durch diese Bundesregierung eingeleitet wurde, rechtzeitig mit gemeinsamen Anstrengungen gebremst werden kann. Und wenn ich mir für 1975 eines wünsche, so das, daß dieses Jahr die Erkenntnis bringe, daß sachliche und damit gute Wirtschaftspolitik von verantwortungsbewußter Zusammenarbeit aller maßgeblichen Sozialpartnergruppen — ich würde glauben etwas mehr als 1974 — getragen werde. Auch wir in Österreich haben diese maßvolle Zusammenarbeit und diese sachliche Zusammenarbeit dringend von Nöten. Wenn uns das 1975 gelingt, bin ich sicher, daß das Schlimmste verhindert werden kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Als nächster Redner ist zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Laurich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Laurich: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Immer wenn das Kapitel Fremdenverkehr zur Behandlung steht, weiß man (Landesrat Peltzmann: „Spricht der Laurich!“) — spricht der Laurich, ja Herr Landesrat —, daß die Haushaltsberatungen allmählich zu Ende gehen. Bevor ich aber zum Fremdenverkehr komme, möchte ich doch dem Herrn Abg. Dr. Dorfer antworten. Ich kann verstehen, daß man, wenn man Kammerwahlen vor sich hat, vom Sachlichen gerne abweicht und politisch mehr oder weniger stark polemisiert. Sie haben angeführt, daß Sie der Bundesregierung geschrieben haben bezüglich der Verhinderung der Errichtung von Großkaufhäusern. Ich frage Sie, was hat der zuständige Gewerbereferent des Landes Steiermark gemacht. Es ist natürlich einfach, den Schwarzen Peter weiterzugeben nach Wien und dann zu sagen, in Wien, weil dort eine sozialistische Regierung ist (Abg. Dr. Dorfer: „Das sind ja Bundeskompetenzen!“), geschieht nichts. Herr Kollege, eines möchte ich Ihnen sagen, wenn es gesetzliche Möglichkeiten gibt, hätte die Bundesregierung diese Gesetzmöglichkeit Ihnen mitgeteilt. Was hätten Sie aber gesagt, wenn Sie einen Rat bekommen hätten, der gesetzlich nicht gedeckt ist. Dann hätten Sie wieder irgendwie eine Gewerbefeindlichkeit herausgefunden. (Abg. Dr. Dorfer: „Dann hätte ich das Gesetz gemacht, wenn ich die Mehrheit wäre. Wozu haben Sie die Mehrheit, wenn Sie das nicht tun?“) Dann gibt es eben keine gesetzlichen Möglichkeiten, oder der Gewerbereferent des Landes soll sie entsprechend ausnützen.

Aber nun, meine Damen und Herren, der steirische Fremdenverkehr ist ein wichtiger Bestandteil der steirischen Wirtschaft und ich bin in der glücklichen Lage, sagen zu können, daß die Prognosen für den Fremdenverkehr erfreulicherweise nicht so schlecht sind, wie sie der Herr Kollege Dr. Dorfer für die allgemeine steirische Wirtschaftsentwicklung an die Wand gemalt hat.

Der Abg. Klobasa hat schon bemerkt, daß erfreulich zu vermerken ist, daß die angekündigten Rückgänge in den Sommernächtigungen ausgeblieben sind und daß die Steiermark im ganzen Reigen der Bundesländer doch mit am besten davongekommen ist. Wir haben am letzten Landesfremdenverkehrstag die Gründe erfahren, warum man einen Rückgang im Sommerfremdenverkehr zu verzeichnen hat, und es wurde hier in sachlicher Weise festgestellt, daß die Ursachen nur in einem ganz geringen Teil im eigenen Land zu suchen sind. Es hat sich auch die Erkenntnis breit gemacht — sie wurde dort bekanntgegeben —, daß man sich mehr, als es bisher geschah, um den Inlandsfremdenverkehr kümmern müsse. Der Watschenmann hat sich am 1. Dezember positiv mit diesem steirischen Problem befaßt, und er hat erklärt, daß die Steiermark mit der Inländerwerbung auf dem richtigen Weg zur weiteren Entwicklung des Fremdenverkehrs ist. (Abg. Pölzl: „Bravo Wegart!“) Ich habe es dort drüben, Wegart vor den Vorhang, hat der Watschenmann damals erklärt. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Ich bin schon da!“) Interessant war die Aussage des Landesfremdenverkehrsreferenten, nämlich, daß ein Schilift, der kein Geschäft ist, weg muß. Diese Aussage kommt leider

etwas spät, denn sehr, sehr lange hat man in der Richtung von Liftanlagen in Gebieten, die keineswegs für den Wintersport besonders geeignet sind, gefördert und dadurch, weil eben geographische und klimatische Voraussetzungen fehlten, auch manchen Liftbesitzer, und das sei mit aller Deutlichkeit gesagt, in eine schwierige finanzielle Lage gebracht. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Es war ja Schnee damals!“) Daß die geforderte Schwerpunktförderung am zielführendsten ist, das zeigen die Erfolge in Gebieten, in denen es gelang, eine zweite Saison aufzubauen oder diese zu verstärken. Die Hilfen des Landes bei der Errichtung von Liftanlagen und Seilbahnen, Abfahrspisten und Loipen tragen dort bei steigenden Übernachtungsziffern ihre Früchte. Ich möchte auch die Unterstützung des Landes Steiermark bei der Durchführung internationaler Sportveranstaltungen ganz besonders hervorheben, weil diese Veranstaltungen eine unbezahlbare Propaganda für das jeweilige Gebiet, aber auch für die gesamte Steiermark darstellen. Was vor 10 Jahren bedauerlicherweise nicht möglich war, nämlich die damals begonnene Abfahrt von der Planai, die im Jahre 1968 als FIS-Abfahrt homologiert wurde, zu fördern, scheint heute aufgrund der angeführten Gegebenheiten tatsächlich verwunderlich. Ich möchte Ihnen nur sagen, daß auf dieser 1964 begonnen Abfahrt fast genau vor einem Jahr, am 22. Dezember, wie das gestern schon ausgeführt wurde, die Weltcupabfahrt stattgefunden hat.

Ein sehr schwieriges Problem für alle steirischen Fremdenverkehrsgebiete ist die Versorgung mit entsprechend ausgebildetem Personal. Aus diesem Grunde haben die Sozialisten vor zwei Jahren im steirischen Landtag die Forderung eingebracht, daß im Bezirk Liezen eine Ausbildungsstätte für qualifiziertes Personal im Fremdenverkehr errichtet werden soll. Dieser Antrag, und das ist überaus erfreulich, wird dadurch realisiert werden, daß durch den Ankauf des Rohbaues der Firma Kallinger am Putterer See, die Möglichkeit geschaffen wird, eine Expositur von Gleichenberg einzurichten. Ich habe auch vor zwei Jahren gesagt, daß die Arbeit im Fremdenverkehr, sei es nun für die ehrenamtlichen Funktionäre in den Verkehrsvereinen, für die Privatvermieter oder die Beschäftigten in den Betrieben, eine entsprechende Ausbildung und Schulung unbedingt erfordert. Ich möchte daher den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart fragen, ob die damalige Anregung, Seminare durchzuführen, den genannten Personenkreis zu schulen, aufgegriffen wurde und welchen Erfolg diese Seminare gebracht haben.

Nun, sehr verehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, entschuldigen Sie, wenn ich Sie persönlich anspreche, es geht wie immer um das leidige Kapitel Fremdenverkehrsgesetz. Daß das kein Politikum ist, geht daraus hervor, daß die Vertreter der größten Fremdenverkehrsgemeinden, nämlich der Ramsau mit über 700.000 Nächtigungen und Rohmoos und vor zwei Jahren auch der Abgeordnete Dr. Dorfer verlangt haben, man möge die Beschlussfassung über ein Fremdenverkehrsgesetz hier überprüfen. Die Sozialisten haben eine Reihe diesbezüglicher Anträge eingebracht. Daß dies kein Politikum

ist, geht aus den Wünschen der Kreise hervor, die am Zustandekommen eines solchen Gesetzes mittelbar oder unmittelbar interessiert sind. Ich darf Ihnen die Versicherung abgeben, daß es in erster Linie wirtschaftliche und organisatorische Gründe sind, die es verlangen, daß wir auch in der Steiermark als dem letzten oder vorletzten aller Bundesländer ein modernes und zeitgerechtes Fremdenverkehrsgesetz bekommen. Ich möchte die Begründung dafür sagen: Ein Fremdenverkehrsgesetz soll helfen, daß in erster Linie die Verkehrsvereine, die von ehrenamtlichen Funktionären geleitet werden, auf eine bessere finanzielle Basis gestellt werden können. Das Fremdenverkehrsgesetz soll all diejenigen, die am Fremdenverkehr verdienen, zu einer Beitragsleistung verpflichten, damit das Betteln der Verkehrsvereine im eigenen Ort endlich einmal ein Ende findet und damit die Verkehrsvereine in die Lage versetzt werden, alle Ausgaben, die sie zu tätigen haben, aus eigenem bezahlen zu können. Es ist bekannt, daß die Verkehrsvereine beachtliche Aufgaben mit einem großen Verwaltungsaufwand haben; Aufgaben, die oft sehr weit über die selbst beschlossenen Statuten hinausgehen. Ich darf Ihnen für Schladming ein Beispiel sagen: Der Fremdenverkehrsverein Schladming hat im letzten Vereinsjahr im Kassenbericht bekanntgegeben, daß für die Tätigkeit des Vereines ein Betrag von S 728.957,— aufgewendet wurde, ein Betrag, der ausschließlich durch Subventionen, Spenden und Mitgliedsbeiträge sowie Werbeumlagen aufgebracht werden mußte. Sehr verehrter Herr Landeshauptmann, Sie haben am Fremdenverkehrstag in Irdning aus berufenem Munde selbst gehört, wie sich manche Personen, die am Fremdenverkehr gut verdienen, dieser Beitragsleistung entziehen, weil sie keine Werbeumlage, keinen Mitgliedsbeitrag leisten und weil sie auch nicht bereit sind, in irgend einer Form ihr Scherflein für die Arbeit des Verkehrsvereines beizutragen. In Schielleiten am Landesfremdenverkehrstag haben Sie bekanntgegeben, daß ein Entwurf zum Fremdenverkehrsgesetz in Ihrer Tischlade liege. Sehr verehrter Herr Landeshauptmann, ich darf Sie bitten, daß Sie Ihre Tischlade aufmachen und daß Sie diesen Entwurf recht, recht bald zur Beratung vorlegen. Wir sind überzeugt, daß durch ein modernes Fremdenverkehrsgesetz die Arbeit der Verkehrsvereine bedeutend unterstützt werden kann, damit diese für den steirischen Fremdenverkehr, dem ich eine gute Wintersaison wünsche, noch mehr leisten können. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lind das Wort.

Abg. Lind: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wo kommt eigentlich das Geld hin, das uns der Bund immer wieder aus den Taschen zieht? (Abg. Pözl: „Das fragen wir uns auch!“) Wenn auch eine Reihe von Bauten errichtet werden, die wir nicht unbedingt in diesem Ausmaß brauchen, wenn auch wählerwirksame Geschenke verteilt werden, die den Sozialisten noch mehr Stimmen bringen sollen, glaube ich, müssen trotzdem noch irgendwo Löcher

sein, wo das Geld hineinfließt und die wir nicht finden, sonst wäre es bei diesen großen Steuereinnahmen nicht möglich, daß das Geld, das wir dringend brauchen würden, von der Bundesseite her gesehen nicht zur Verfügung steht. Wenn ich hier für die entwicklungsfähigen Gebiete spreche, für die förderungswürdigen Gebiete, muß ich zum Ausdruck bringen, daß der gute Wille des Landes Steiermark und der dort Wohnhaften und der Gemeinden nicht reicht, um hier geeignet weiterzukommen, wenn die Bundesmittel irgendwo versiegen. Ich glaube, wir müssen alle bereit sein, in einer guten Zusammenarbeit aller positiven Kräfte, ganz gleich aus welchem Lager sie kommen, diese Krise abzuwenden, die sich anbahnt. Wir müssen den Ernst der Stunde erkennen. Wenn das Jahr 1974 ein Jahr des Nachdenkes war, so glaube ich, muß das Jahr 1975 so sein, daß wir auf gemeinsame Ideen kommen, daß wir zusammenstehen, um diesem Land Steiermark dienlich sein zu können. Es hat sich eine Panikstimmung abgezeichnet, die unbedingt eingedämmt werden muß. Gerade durch diese Panikstimmung kann sich die wirtschaftliche Situation noch verschlechtern. Wir müssen Vorbild sein und zum Ausdruck bringen, daß in erster Linie die unterentwickelten Gebiete gefördert werden müssen. Ich habe auch einen Antrag für den Bezirk Hartberg eingereicht, daß dieser in die Gruppe der Grenzbezirke einbezogen wird, in bezug auf die allgemeine Förderung, auf die Bauvergaben usw. Wir haben besonders in den Grenzlandbezirken mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Verursacht werden diese Schwierigkeiten in erster Linie durch den Strukturwandel, zweitens durch die Kreditrestriktionsbestimmungen, drittens durch das Versagen der Bundesmittel, vor allem der Ertragsanteile für das Land mit einer 10prozentigen Kürzung, 7 Prozent Kürzung für die Gemeinden — ich glaube, wir könnten den Bund einklagen, denn es sind Mittel, die ihm nicht zustehen, genauso wie der Steuerzahler auch sofort eingeklagt wird, wenn er seine Steuern nicht rechtzeitig entrichtet. Viertens werden diese Schwierigkeiten noch durch die Inflation verursacht.

Nun zum Strukturwandel selbst: Wir hatten bisher alle Hände voll zu tun, um dem Strukturwandel in der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Es wurden Betriebe angesiedelt und neue Arbeitsplätze geschaffen. Es war unser innigster Wunsch, dafür zu sorgen, daß die abwandernden Kräfte oder die noch in der Landwirtschaft bzw. im Nebenerwerb tätigen Bauern und Bäuerinnen die Möglichkeit haben, in der Nähe ihres Hofes einen Arbeitsplatz zu finden, um auch die Landwirtschaft aufrechtzuerhalten, um den Boden zu bewirtschaften, um unseren Lebensraum zu erhalten.

Es kommt noch ein zweiter Teil dazu: In den bestehenden gewerblichen und industriellen Betrieben ist auch ein besonderer Strukturwandel zu verzeichnen. Diesen beiden Dingen müssen wir begegnen. Das können wir nur dann, wenn wir dieser Entwicklung Rechnung tragen durch Schaffung neuer Arbeitsplätze und durch Festigung der bestehenden Arbeitsplätze. Zu den Kreditrestriktionsbestimmungen ist zu sagen, daß damit nicht eine Stabilisierung eintreten kann, denn wenn es nicht mög-

lich ist, über die offiziellen Geldinstitute zu den erforderlichen Beträgen zu kommen, so sind es eine Reihe von „grauen Märkten“, die hier zum Tragen kommen mit 20 Prozent, weil die 10 Prozent, die angeboten werden, nicht kontokorrent, sondern für das ganze Kapital zu bezahlen sind. Wertsicherungen werden eingebaut. Beim Sprechtag kommen einem Dinge unter, daß man graue Haare bekommen würde, wenn man sie noch nicht hat. Man versucht auf diese Art, den Leuten das Geld aufzubrummen mit hohen Zinsen.

Ich glaube, auch hier muß ein Wandel geschaffen werden, denn gerade die Kreditrestriktionsbestimmungen schädigen die Wirtschaft sehr arg. Die Zahlungsunfähigkeit der verschiedenen Kunden bringt die Unternehmer in Schwierigkeiten und Situationen, daß es bereits zu verschiedenen Schwierigkeiten kommt, zu Ausgleichsfällen bis zum Konkurs. Und dagegen müssen wir uns besonders zur Wehr setzen.

Nun zur Inflation selbst. Ich glaube, die Inflation ist der größte Raubzug in die Taschen unserer Mitbürger. Die Inflation, die nicht nur vom Ausland kommt, sondern auch hausgemacht wird, bringt uns in die größten Schwierigkeiten. Und wenn hier mein Vorredner zum Ausdruck gebracht hat, Inflation oder Arbeitslosigkeit, daß wir uns beides aussuchen können, das kommt mir so vor, wähle du Butter oder Kanonen, wie es im Krieg einmal geheißt hat. Ich glaube, daß die Arbeitslosigkeit nicht mit der Abstellung der Inflation zutage tritt. Und ich muß klar und deutlich sagen, es war zu einer Zeit von Raab—Kamitz, wo sich auch eine Inflation angebahnt hat in unserem Land. Aber die österreichische Bundesregierung unter einer ÖVP-Mehrheit war damals in der Lage, diese Entwicklung zu stoppen, und so müßte es auch heute möglich sein, wenn man nicht die Gefälligkeitsdemokratie so weit vorantreiben würde. Ich möchte eines zum Ausdruck bringen und ganz besonders darauf hinweisen, daß — wenn ich sage, Stärkung der bestehenden Arbeitsplätze, Schaffung neuer Arbeitsplätze — dies möglich ist, und wir uns besonders um die Klein- und Mittelbetriebe annehmen müssen. Heute hat der Kollege Trummer zum Ausdruck gebracht, daß die kleinbäuerlichen Betriebe immer krisenfest sind und auch während des Krieges und nach dem Krieg die Ernährungsgrundlage gebildet haben. So ist es auch bei den Kleinbetrieben und Mittelbetrieben, um die wir uns besonders kümmern müssen, wenn wir die Infrastruktur stärken und die entwicklungsfähigen Gebiete besser ausbauen wollen. Ich muß aber auch zum Ausdruck bringen, daß es hier auch um den Kleinhandel geht. Die Großmärkte haben zum Teil bereits eine Form angenommen, daß der Kleinhandel, der Kleinkaufmann, der Kleingewerbetreibende auch langsam zum Erliegen kommt. Hier müßte es Steuerbegünstigungen geben für den Kleinhandel, damit nicht ganze Stadtteile entsiedelt werden und in den neuen Stadtteilen es überhaupt nicht mehr möglich ist, Kleinhandelstreibende anzusiedeln. Die Förderung selbst dürfte künftighin nicht nur auf Investitionen abgestimmt sein, sondern die Förderung müßte auch als eine echte Stützung für bestehende Betriebe gewertet werden.

Und wir müssen uns hier wahrscheinlich einiges einfallen lassen, damit künftighin für diesen Zweck mehr Mittel zur Verfügung stehen. Auch wenn wir die unterentwickelten oder förderungswürdigen oder entwicklungsfähigen Gebiete betrachten, so glaube ich, daß es nicht nur allein mit der Stützung der bestehenden Betriebe abgetan ist, sondern wir müssen auch dafür sorgen, daß mehr Ärzte angesiedelt werden, daß mehr Schulen errichtet werden, daß die Fremdenverkehrseinrichtungen noch verbessert werden. Es ist sehr viel geschehen auf diesem Gebiet. Und ich kann gerade für unsere Region sagen, im Bezirk Hartberg und in der Oststeiermark, daß auch der Fremdenverkehr in dieser Krisenzeit noch zugenommen hat und daß da unheimliche Chancen drinnen liegen, die wir auch weiterhin erkennen müssen und erkennen wollen.

Ich komme dabei noch zum Ausbau der Südbahn und des Straßennetzes, denn gerade über ein ausgezeichnetes Verkehrsnetz ist es möglich, in die einzelnen unterentwickelten Gebiete und in die entwicklungsfähigen Gebiete zu kommen. Betriebsansiedlungen und Vermehrung der Arbeitsplätze sind nur dann möglich, wenn auch die weitere Infrastruktur gegeben ist. Eine Dezentralisierung wird erforderlich sein, die Ansiedlung von Kulturzentren auch außerhalb der zentralen Orte und noch eine Reihe von Dingen, die noch aufzuzählen wären. Nur müssen wir uns eines vor Augen führen: um diese Krise nicht weiter voranzutreiben, müssen wir zusammenstehen. Wir haben hier eine gute Grundlage, die wir beherzigen können, unser Modell Steiermark. Wenn wir weiter nach diesem Modell Steiermark arbeiten werden, dann werden unsere Wünsche in Erfüllung gehen (Abg. Brandl: „Ja, genauso wird es sein!“) und wird die Krise, die an uns herankommt, wieder ausgeschaltet werden. Da müssen alle Stellen, die Gelder für die Länder, für die Gemeinden zur Verfügung haben, dafür sorgen, daß diese Gelder auch dorthin fließen, wo sie richtig angewendet werden, wo sie als Multiplikatoren angesehen werden können, damit eben das Modell Steiermark verwirklicht wird und wir in eine gesicherte Zukunft blicken können. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Zoisl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Zoisl: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wenn ich hier zu zwei Problemen Stellung nehme, gestatten Sie mir aus zweifachen Gründen, eine kleine Rückschau zur Gruppe 6, denn die beiden Problemkreise haben beide das gleiche Ziel, nämlich die Tagbaumulde Karlschacht vollzumachen, einerseits durch die geplante Mülldeponie, andererseits durch ein großes Vorhaben, das uns im Revier, im Bergbau bewegt. Zur Erläuterung dieser Angelegenheit: Die Mulde im Tagbau Karlschacht hat ein Fassungsvermögen von rund 60 Millionen m³. Sechseinhalb Millionen m³ sind bereits verstürzt. Mit der Firma Altvater-Kofler wurde ein Vorvertrag für 20 Millionen m³ abgeschlossen, und die letzte Zeit hat ergeben, daß die Prospek-

tionsarbeiten im Revier, die besonders durch die Initiative unseres Handelsministers vorangetrieben worden sind, echt Aussicht auf Erfolg haben, daß wir im Gebiet Oberdorf-Zangtal zu einem Kohlenvermögen, zu Kraftwerkskohlen kommen im ungefähren Ausmaß von 30 Millionen Tonnen. Nachdem die Kohle — bedingt durch das Abraumverhältnis — ja nur tagbaumäßig gewonnen werden kann, steht es dort fünf zu eins, so müßten wir in diesem Bereich 100 bis 120 Kubik bewältigen und hier die Frage, wohin mit dieser immerhin riesigen Menge von Abraumgut. Ich glaube, hier, war auch das Unternehmen, die GKB, etwas voreilig, sich in dieser Vorvertragsklausel zu Altvater-Kofler mit einem großen Volumen zu stellen. Wir werden das, glaube ich, besser brauchen, eben um unseren Arbeitsplatz im Revier zu sichern und um entscheidend und besser für die Energieversorgung im Lande beitragen zu können. Wenn zur Erläuterung dieser Frage noch die geplante Deponie über dem zur Zeit aktiven oder in Betrieb befindlichen Grubenbergbau Karlschacht errichtet werden soll, entsteht das große Problem, daß sämtliche Arbeitsplätze in der Grube mit einem Wasserzufluß von 10.000 bis 15.000 Litern pro Minute konfrontiert werden, und daß durch den Müll der Arbeitsplatz und damit auch die Arbeitskumpel berührt werden. Hier mußte entsprechend Vorsorge getroffen werden. Wie uns bekannt ist, ist in dieser Studie keine Überlegung, ob die Verunreinigung des Wassers gesundheitliche Schäden bewirken kann. Deshalb glauben wir, daß wir dieser Studie keine Zustimmung geben können, bevor nicht — Herr Landeshauptmann darf ich besonders darum bitten — und zu diesem Problembereich getätigt wurde. Wir müssen auch die große Belastung berücksichtigen, die einzelne Gemeinden bisher schon in der Müllfrage zu tragen haben, oder die der einzelne dann zutragen haben wird. Nach diesem kurzen Ausflug zurück zum Problem des Bergbaues.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Kohlenbergbau der Steiermark erbringt mit seiner Förderung über 70 Prozent der österreichischen Kohlenförderung. 1974 werden es rund zweieinhalb Millionen Tonnen sein. Doch nimmt die Kohlenproduktion bei der GKB ständig ab. Um aber die Kohlenförderung im Revier aufrechtzuerhalten, wurden in den vergangenen Jahren jährlich rund 20 Millionen Schilling investiert. Ein besonders großes Vorhaben stellt der Aufschluß des Zangtal-Unterflözes dar, welcher auf heute geschätzter Kosten- und Preisbasisberechnung rund 84 Millionen Schilling erfordern wird. Der Produktionsbeginn wird mit August 1975 zu erwarten sein und soll dieser Vorschlag auch eingehalten werden. Aus öffentlichen Mitteln, das ist bedingt durch das Nahverhältnis Sebastian-Kreisky, wurden uns damals auf kurzem Wege für dieses Vorhaben 17 Millionen zur Verfügung gestellt. Wir haben auch weitere fünf Millionen Schilling dank dem Verständnis der Landesregierung für dieses Vorhaben erhalten. (Abg. Jamnegg: „Herr Kollege Zoisl: „Unmittelbar vorher wurde von einem Kollegen Ihrer Fraktion die Frage gestellt, ob es sich angesichts des immensen Abganges und des geringen Anteiles überhaupt

auszahle...!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Laß dich nicht bezirzen!“ — Abg. Preamberger: „Sprich weiter!“) Die GKB als solche war bisher als GKB Weststeiermark immer noch aktiv. Das Vorhaben soll eine Möglichkeit bieten, gerade in dieser energiewichtigen Zeit solche Absicherungen zu schaffen. Durch die Prospektionsarbeiten in unserem Revier bestehen gewisse Hoffnungen auf bessere Energieversorgung mit Kohlen, weil dadurch ein wesentlicher Fortschritt in der Erfassung der Kohlenmengen erzielt wurden, den bisher war es ja leider aufgrund der alten Anlagen nicht ersichtlich, welche Mengen echt in unserem Bereich sind. Eine weitere und entscheidende Arbeitsplatzsicherung für unser Gebiet wäre dann aufgrund eines entsprechenden Liefervertrages mit der ODK die Errichtung eines 300 MW-Maschinensatzes, und wir hätten die Gewähr, hier über den langen Jahreszeitraum entsprechend Arbeitsplätze sichern zu können.

Meine Damen und Herren, daß gerade in den letzten Tagen und letzten Wochen die Frage des Bergbaues wieder hochaktuell wurde, ist bedingt durch einige Presseaussendungen und durch Vorstellungen in Vorstandskreisen, die uns als Bergleute nicht immer angenehm berühren, aber die uns allen Anlaß sein sollen, hier entsprechend vorsichtig zu sein. Wenn die Überlegung mit der Errichtung einer Wolframbütte im Raume Pöfing-Bergla ins Haus gestellt wurde, so können wir das nur begrüßen, wenn dieser Betrieb nach Angaben des Vorstandes im Jahre 1976 ausgekohlt werden soll. Allerdings können wir es nicht begrüßen, wenn die Sicherheit von rund 200 Bergarbeitern in diesem Raume gefährdet erscheint. Der Hinweis der Unternehmensleitung, daß sie in die Weststeiermark kommen sollen, ist sicher kein Ausgleich für eine Grenzlandbevölkerung und für einen Bergmann. Ich darf nur erinnern, daß nach der Schlammkatastrophe im Jahre 1965 die Karlschachtgrube mit 770 Mann betriebsunfähig gewesen ist. Sämtliche 770 Mann waren in anderen Betrieben eingesetzt und auch ein Teil davon war in Bergla, befristet auf ein paar Monate. Es war die große Belastung von 70 km Fahrtstrecke, daß für diese Kollegen die Schichtzeit nicht siebeneinhalb, sondern elfeinhalb Stunden gedauert hat. Deswegen glauben wir auch, daß es eine Zumutung ist, wenn man die Kollegen aus Bergla in das Köflacher Revier transferieren will. Wir brauchen sicher in unserem Gebiet Arbeitskräfte, doch soll es nicht so sein, daß wir die Verantwortung für die riesige Belastung übernehmen. Gleichfalls noch ein Problem, das uns im Revier selbst berührt, ist das Problem des Franz-Schachtes. Wenn auch hier bekannt ist, daß eine Million Tonnen hochwertiger Franz-Schachter-Kohle lagernd ist in sogenannten „Liegendblättern“, müßte es doch eine Basis geben, bei einem sich abzeichnenden Defizit von 17 bis 18 Millionen Schilling jährlich diese Kohle gewinnen zu können, um einerseits den dort Beschäftigten einen Arbeitsplatz zu geben und andererseits auch der Gemeinde einen massiven Einnahmefall aufzufangen zu helfen. Wenn wir als Minderheit im Kohlenbergbau mit rund 4000 Arbeitern und Angestellten um unsere Aufgabe kämpfen, so vielleicht

auch deshalb, weil der Bergbau auch in der Not immer seine Pflicht erfüllt hat und wir hoffen, daß wir im Rahmen der neuen Stahlfusion VOEST-ALPINE, die uns bisher Gott sei Dank doch etliche Lichtblicke vermittelt hat, verbleiben können, damit wir die Gewähr haben, hier entsprechend unseren Vorstellungen zu wirken. Für das Jahr 1974 wurde vom Eigentümer Staat die bisher höchste Bergbauförderung in der Höhe von 180 Millionen Schilling dem Bergbau zugesprochen. Sicherlich, wir hatten ein Jahr, wo die Förderung noch größer war. Aus diesem Grunde würden wir als Bergbauvertreter und als Reviervertreter ersuchen, die Kohlengesinnung auch in diesem Hause, wie sie in der Vergangenheit geherrscht hat, beizubehalten, um dem Kumpel im Revier die Sicherheit zu geben, daß er Freunde hat, daß sein Arbeitsplatz gesichert ist. Ich danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kohlmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Kollmann: Herr Präsident, Hohes Haus, verehrte Damen und Herren!

Die ersten 15 Jahre meines Lebens verbrachte ich in einer obersteirischen Gemeinde. Zahlreiche kleine Handels- und Gewerbebetriebe versorgten damals die rund 3000 Einwohner ausreichend mit Waren und Dienstleistungen aller Art. Heute, rund 25 Jahre später, sieht das Wirtschaftsleben dieser mittlerweile auf 4000 Einwohner angewachsenen Wohnsitzgemeinde wesentlich anders aus: Daß der Hufschmied keinen Nachfolger gefunden hat, ist natürlich und stört die wenigsten Einwohner, wohl aber bedrückt sie die Tatsache, daß es in diesem Ort keinen Schneider, keinen Glasermeister, keinen Dachdecker, Spengler, Uhrmacher, ja nicht einmal mehr einen Tischlermeister oder Bäcker gibt.

Das, verehrte Damen und Herren, ist kein Einzelfall. Solche Beispiele gibt es viele in der ganzen Steiermark. Überall dort muß die Bevölkerung schon heute auf die angenehme Nahversorgung verzichten und sich viele Waren aus der nächsten Stadt holen und Handwerker für geringfügige Reparaturarbeiten von weither kommen lassen.

Es wäre nun nur allzu einfach, diese Entwicklung mit dem strukturellen Wandel in der Wirtschaft zu erklären und nicht auch nach anderen Ursachen zu suchen. Die Wirtschaftsentwicklung hat es mit sich gebracht, daß vor allem kleinere Unternehmer und ihre Familien in der heutigen Zeit schlechtere Arbeits- und Lebensbedingungen haben als unselbstständig Erwerbstätige; geringere Freizeit, soziale Unsicherheit, zusätzliche Arbeit als Staatsbuchhalter, Steuerungerechtigkeit sind sicherlich nur einige der Hauptursachen dafür, daß es bei Klein- und Mittelbetrieben immer häufiger zu Nachfolgeproblemen kommt. Darüber hinaus wird der Unternehmer in der Öffentlichkeit leider nur allzuoft, aber völlig zu Unrecht zum Schuldtragenden für wirtschaftliche Fehlentscheidungen der öffentlichen Hand gestempelt.

Weil aber eine freie Gesellschaftsordnung den freien Unternehmer zur Voraussetzung hat, erscheint es mir gerade im Zusammenhang mit Nachwuchsproblemen sehr wesentlich, die Stellung des Unter-

nehmers wieder attraktiver zu gestalten. Dazu gehören Förderungsmaßnahmen verschiedenster Art, wie beispielsweise die Möglichkeit, Fremdkapital zu bekommen, beraten zu werden, wie der Betrieb technisch ausgestattet sein soll, ob Absatzmöglichkeiten gegeben sind und nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der Standortfrage, ob ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Zuständig für diese Fragen wären eigentlich alle Gebietskörperschaften und Interessenvertretungen, im besonderen zuständig aber sind Bund, Länder und Gemeinden.

Was hat nun das Land Steiermark zu dieser erwähnten Förderung beigetragen? Der Landtag hat im Juni des Vorjahres ein Gesetz beschlossen, demgemäß Förderungsmittel für Jungunternehmer, die das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, aus Anlaß der Existenzgründung gewährt werden können. Wie wichtig und für den Unternehmernachwuchs bedeutend diese Initiative von Landesrat Peltzmann war, zeigte sich schon kurz nach der Auflage der Antragsformulare. Die im Budget für das Vorjahr vorgesehenen 8 Millionen Schilling waren rasch erschöpft, so daß noch weitere 10 Millionen Schilling flüssiggemacht werden mußten. In nicht weniger als 145 Fällen konnten Darlehen und Zinszuschüsse an junge Unternehmer gewährt werden. Wenn auch die präliminierte Budgetziffer für das kommende Jahr mit 10,7 Millionen Schilling infolge der Sparmaßnahmen bescheidener ausgefallen ist, so darf ich doch mit großer Freude feststellen, daß das Land Steiermark mit seiner für Österreich beispielhaften und vor allem einzigartigen Aktion nicht nur die Neugründung zukunftsorientierter Klein- und Mittelbetriebe fördert, sondern auch den Weiterbestand gesunder Wirtschaftsunternehmen und damit Arbeitsplätze sichert. Die Wandlung auf gesellschaftlichem, wirtschaftlichem und technischem Gebiet verlangt eine stete Anpassung der Betriebe an die neuen Bedingungen. Diese Anpassung muß oftmals und zweckmäßig gerade dann erfolgen, wenn die Führung von Betrieben in jüngere Hände übergeht. Dazu bedarf es, wie schon erwähnt, nicht selten erheblicher finanzieller Mittel zur Modernisierung und Rationalisierung des Produktionsvorganges oder des Betriebsablaufes und damit auch zur sogenannten Vermenschlichung des Arbeitsplatzes.

Diese Mittel sind von Jungunternehmern nicht ohne Schwierigkeiten aufzubringen, da letztlich unternehmerische Fähigkeiten, berufliches Können und Risikobereitschaft auch dem konziliantersten Kreditinstitut nicht als Sicherheit für geborgte Gelder dienen. Auch das haben Land und Handelskammer erkannt und die Kreditbürgengemeinschaft eingerichtet. Erwähnenswert wäre auch noch die in Zusammenarbeit von Land und Handelskammer gegründete Gesellschaft für Jungunternehmerförderung, die den angehenden Wirtschaftstreibenden durch umfangreiche Beratungen, Informationen, Schulungen und andere Unterstützungen eine echte Starthilfe bietet. Zweifelsohne fehlen noch weitere Förderungsmaßnahmen. Man darf hier das Land Steiermark nicht allein lassen und es wäre nun hoch an der Zeit, daß auch Bund und Gemeinden

dem guten Beispiel der Steiermark folgen und ihrerseits durch geeignete Maßnahmen den Fortbestand vieler von der Gesamtbevölkerung benötigter wichtiger Wirtschaftssparten sichern helfen.

Was nun den Bund betrifft; der Finanzminister beschränkt sich derzeit mehr oder weniger auf Schönfärberei und anerkennende Worte. Was man in Wien unter Wirtschaftsförderung versteht, davon wissen besonders jene Unternehmer — und darunter gibt es sehr viele junge — ein Lied zu singen, die Staatsaufträge hereinnehmen und deren Rechnungen durch lange Zeit unbeglichen in den Abteilungen der Ministerien vergilben. Kollege Schilcher hat uns schon am Mittwoch von den offenen Rechnungen der österreichischen Hochschulen berichtet, es sind dies keine Einzelfälle. Ich möchte heute, verehrte Damen und Herren, nicht davon sprechen, daß man derzeit monatelang auf Gutschriften der Finanzkassen warten muß, um Überzahlungen in Anspruch nehmen zu können. Die Lastschriften hingegen kommen rasch und pünktlich. In diesem Zusammenhang darf ich Ihnen mitteilen — und Sie wissen es ja sicher selbst —, daß nunmehr die Finanzabwicklung vom Finanzministerium mittels Computer bewerkstelligt wird. Das heißt also, daß eine zentrale EDV-Anlage in Wien diese Vorschreibungen, Gutschriften und Lastschriften ausdruckt und diese von Wien aus direkt an die Unternehmer versendet werden. Nun macht diese Arbeit also ein „Blechtrottel“, und es ist keine Finanzkasse mehr, die man anrufen und der man sagen kann: „Herrschaften, bitte, mir geht es nicht ganz gut, was ist denn los mit der Gutschrift, kann ich die nicht bald bekommen!“ Dieser Computer in Wien scheint aber doch irgendwie beeinflussbar zu sein und scheint zwei Drehknöpfe zu haben, bei denen wahlweise abgedreht werden kann. Der eine Knopf ist für die Gutschriften und der andere für die Lastschriften. Und wenn man den einen Knopf dreht, kommen die Gutschriften verzögerter und langsamer, und wenn man den anderen Knopf dreht, dann tritt das Maschinengewehr des Herrn Finanzministers in Aktion, und die Lastschriften prasseln nur so auf uns hernieder.

Ich möchte Ihnen kurz am Beispiel eines jungen Unternehmers, eines jungen Buchhändlers, demonstrieren, wie sich die Regierung den Unternehmern gegenüber derzeit verhält. Dieser Buchhändler, er hatte erst kurz von seinem Vater das Geschäft übernommen, ist sicher finanziell nicht rosig gebettet. Er schickte Ende September die gesammelten Schulbuchgutscheine an die Postsparkasse nach Wien. Nicht gering war allerdings sein Erstaunen, als die Scheine einige Tage später bei ihm wieder eintrafen, versehen mit dem Vermerk der Postsparkasse: „Keine Deckung vorhanden“. Auf seine empörte Anfrage bei der Beschwerdestelle der Postsparkasse bekam er von einem netten Fräulein die höfliche Antwort: „Ihre Gutscheine können erst im November eingelöst werden, erst dann wird wieder eine Deckung vorhanden sein.“ Und so war es dann schließlich auch. Im Falle des Buchhändlers handelte es sich um rund 40.000 Schilling, die der junge Unternehmer dringend zur Zahlung seiner am 10. Oktober fälligen Steuern gebraucht hätte. Dieser Buchhändler hatte nicht die Möglichkeit, die

Steuern ungestraft schuldig zu bleiben, wohl aber durfte der Herr Finanzminister die Bezahlung der Schulbuchgutscheine einfach und natürlich ungestraft aussetzen.

Ein anderes Beispiel, kürzer, aber vielleicht noch einprägsamer: Eine Schule im obersteirischen Raum, von ungefähr 1500 Schülern besucht, verbraucht natürlich Strom. Die Stromrechnungen des EVU's wurden monatelang vom Bund nicht bezahlt. Diese Firma hat mir erklärt: „Jedem anderen würden wir schon längst den Strom abzwicken, aber der Schule können wir es doch nicht antun.“

Also muß die Wirtschaft mehr oder minder dem Bund kreditieren und hohe Zinsdienste tragen. (Abg. Dr. Dorfer: „10 Milliarden!“) In diesem Zusammenhang fällt mir ein Sprichwort ein, ein altes Sprichwort, das heißt: „Geben ist seliger denn Nehmen“, Herr Androsch hingegen meint, Nehmen ist seliger denn Geben, und einige seiner Freunde in Wien, die ihn auch gut beraten und mit denen ich übereinstimme, meinen: „Gehen ist seliger denn Bleiben“. (Landesrat Bammer: „Herr Kollege, was glauben Sie, wie das bei einem ÖVP-Finanzminister wäre!?“) Beim ÖVP-Finanzminister hat es nie so lange Schulden gegeben, darf ich Ihnen nur sagen. (Abg. Dr. Dorfer: „Jetzt wissen wir, warum der Androsch schön fortgehen will!“) Was im Budget aufscheint, sind die Budgetdefizite, aber nie die Betriebsschulden des Bundes, die über den 31. Dezember hinweg ins nächste Jahr mitgeschleppt werden. Das ist aber wesentlich, und diese Schulden verursachen der Wirtschaft, der kleineren und mittleren Wirtschaft, einen Zinsendienst, der nicht einmal durch die Bundesförderung der kleineren und mittleren Wirtschaftstreibenden aufgewogen werden kann. Denn diese macht meines Wissens nur 84 Millionen Schilling im Jahre 1974 aus und ist ein Pappentiel gegen die Förderung des Landes im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit.

Die Regierung und ihr Finanzminister, verehrte Damen und Herren, beschränken sich seit Jahren auf Schönfärberei, anstatt echte Wirtschaftsförderung zu betreiben. Und das betrifft vor allem die jungen Unternehmer, die noch nicht so kapitalkräftig sind. Würde die Landesregierung hier nicht helfend einspringen — und da danke ich allen, den Initiatoren und auch all den Mitgliedern der Landesregierung —, so hätten viele Fremdenverkehrsbetriebe in unserem Land, viele wertvolle gewerbliche Produktionsstätten und Handelsunternehmen ihre Betriebsstätten nicht den Erfordernissen der Zeit anpassen können, hätten zusperren müssen oder, im Falle von jungen Unternehmen, gar nicht erst aufsperrern können. Jungunternehmerförderung — und das muß hier, in diesem Haus sehr klar und deutlich ausgesprochen werden — bedeutet nicht, der jungen Wirtschaft Geschenke zu machen, heißt vielmehr Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Lehrplätzen. Und aus diesem Grunde kann auch die Spitzenstellung der Steiermark in bezug auf die höchsten Lehrlingszahlen Österreichs mit dieser Förderung in direkten Zusammenhang gebracht werden. An den Bund wäre nun von dieser Stelle aus die dringliche Forderung zu richten, jenen jungen Menschen steuerlich die Möglichkeit zu geben, Wirtschaftsbetriebe zu gründen bzw. nachfolgelose Betriebe zu übernehmen.

Es gibt noch genug junge initiative Menschen, Herr Abg. Heidinger, ich weiß nicht, was Sie stört. (Abg. Gerhard Heidinger: „Ich habe mich erinnert, daß der Landeshauptmann Krainer gesagt hat, der Bund soll zahlen!“). Der Bund zahlt eh nichts. Ich habe es ja schon gesagt, 84 Millionen Schilling für die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe — wissen Sie, was in diesen 84 Millionen noch drinnen ist, da ist noch die Förderung für die österreichische Papierindustrie enthalten. Was glauben Sie, was die ausmacht und was dann noch für die Klein- und Mittelbetriebe übrigbleibt. (Abg. Gerhard Heidinger: „Der Herr Landeshauptmann Krainer hat damals auch gesagt, Sie müssen eh selber zahlen, was Sie fordern!“ — Landesrat Peltzmann: „Das ist eine sehr geteilte soziale Auffassung der Herren Sozialisten!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Wirtschaftsförderung ist ja uninteressant!“)

Noch gibt es genug junge Menschen, die bereit wären, die Verantwortung für ein Unternehmen in unserem Land zu übernehmen. Achten wir darauf, daß wir sie nicht verlieren, nicht mehr lange ist Zeit dazu. Uns allen, auch den Herren von der linken Seite, käme der Weg anderer Staaten, wie zum Beispiel Schweden, wesentlich teurer, wo bereits vertriebene, aber lebenswichtige Wirtschaftssparten durch staatliche Maßnahmen wieder aufgebaut werden müssen. Das ist auch sehr mühsam. An die Gemeinden richte ich den dringenden Appell, Fragen der wirtschaftlichen Versorgung ihrer Bevölkerung in den Gemeindestuben zu erörtern und geeignete Maßnahmen und Förderungen zu setzen, um Fehlentwicklungen hintanzuhalten. Dazu ist auch eine engere Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Wirtschaft Voraussetzung.

Hohes Haus, wenn ich zu einer Budgetpost, die zahlenmäßig nicht mehr als 1 Promille des ordentlichen Haushaltes ausmacht, so ausführlich Stellung bezogen habe, dann keineswegs deshalb, weil ich schon bei meiner ersten Wortmeldung im Hohen Haus den Eindruck erwecken wollte, für mich als Wirtschaftstreibenden gäbe es nichts anderes auf der Welt als Wirtschaftsprobleme. Der wahre Grund meiner Wortmeldung sind alarmierende Zahlen. Eine Umfrage im österreichischen Gewerbe hat ergeben, daß kaum 40 Prozent aller Unternehmer ihre Nachfolge durch Söhne und Töchter als gesichert ansehen. Rund die Hälfte aller Befragten bezeichneten die Nachfolgesituation als weitgehend ungeklärt. 10 Prozent der Unternehmer waren überhaupt der Meinung, daß sie keinen Nachfolger für ihren Betrieb finden würden.

Die soziale Marktwirtschaft ist jene Wirtschaftsform, die uns den Wiederaufbau Österreichs ermöglichte. Sie ist auch jene Wirtschaftsordnung, die der parlamentarischen Demokratie am besten entspricht. Diese soziale Marktwirtschaft mit der künftigen Phase der qualitativen Marktwirtschaft steht und fällt mit dem freien Unternehmer, mit der Qualität und mit der Quantität der initiativen und risikobereiten Wirtschaftstreibenden, die den Konsumenten in die Lage versetzen, aus einem vielfältigen Waren- und Leistungsangebot zu wählen. Warum also, Hohes Haus, sollte die Förderung der jungen Unternehmer nicht unser aller Anliegen sein? (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Worte gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wimmeler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wimmeler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Präsident Koiner hat in seinen sehr interessanten Ausführungen darauf hingewiesen, daß für die Landwirtschaft allmählich der Punkt gekommen ist, wo es nur noch ein Entweder-Oder gibt. In Übereinstimmung mit meinem Kollegen Kollmann muß ich leider sagen, daß sich allmählich eine ähnliche Situation bei den Klein- und Mittelbetrieben, beim Gewerbe und beim Handel abzeichnet. Der kleine Greißler, der kleine Handwerker ist im Begriffe, unter dem Druck der Schwierigkeiten auf allen Gebieten zusammenzubrechen. Viele solcher Betriebe sind schon geschlossen, viele werden noch folgen. Das soll kein Jammern, sondern eine Feststellung der tatsächlichen Gegebenheiten sein. Eine Umfrage hat ergeben, daß viele Selbständige nicht nur keine Arbeitszeitverkürzung für sich in Anspruch nehmen können, sondern eine verlängerte Arbeitszeit in Kauf nehmen müssen, ja selbst an Sonntagen und Feiertagen arbeiten müssen, um überhaupt bestehen zu können. Sehr häufig muß dabei die Ehegattin mithelfen, der als Dank für ihre Mithilfe der einst gewährte Freibetrag für diese Tätigkeit „großzügigerweise“ gestrichen worden ist. Ich weiß, daß die Möglichkeit besteht, die Gattin in ein Dienstverhältnis zu nehmen; in diesem Falle muß aber tatsächlich der Lohn ausbezahlt werden, was aber in vielen Fällen genau das Gegenteil dessen bewirkt, was durch die Mitarbeit der Frau erreicht werden sollte.

Die Umfrage hat aber auch ergeben, daß nur wenige Selbständige den zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft notwendigen Urlaub sich gönnen. Dem kleinen Greißler wird außerdem die Existenzmöglichkeit durch die Supermärkte genommen, wo man als Letztverbraucher meistens billiger einkaufen kann, als der kleine Händler seine Waren bezieht. Wenn ich nun einige Unterschiede zwischen den Selbständigen und Unselbständigen aufzeige, so ausschließlich zu dem Zweck, um das gegenseitige Verständnis zu fördern, um Gegensätze und vielleicht Ungereimtheiten besser abbauen zu können. Wenn ich mich als Handwerker um Aufträge bewerbe, so tue ich es sicher in meinem Interesse als Inhaber und als Nutznießer des Betriebes; ich tue es gewiß aber auch, um den Arbeitsplatz meiner Mitarbeiter zu sichern. Während ich aber für die Ausschreibungsunterlagen bezahlen muß und die Kosten der Anbotserarbeitung meist nicht verrechnen kann, bekommt ein postensuchender Arbeitnehmer, so es überhaupt einen solchen gibt, die Kosten seiner Bewerbung ersetzt. Im übrigen erhält man einen Auftrag meist nur als Bestbieter, während im Bereiche der Mitarbeiter dieses Konkurrenzprinzip nicht gilt.

Darüber hinaus: Nach Fertigstellung von Arbeiten behält der Auftraggeber sogenannte Haftrücklässe zurück, die einen Teil des Gewinnes darstellen, die dem Unternehmer aber fehlen und nur mit Kosten wieder ersetzt werden können. In Zeiten der Inflation kommt dazu noch die Geldentwertung. Die Schaffung von Rücklagen aus Eigenmitteln

für notwendige Investitionen wird dadurch schwieriger. Dazu kommen noch nachträgliche Kontrollen vom Finanzamt, der Gebietskrankenkasse, der Gemeinde, die wir Selbständige sicherlich nicht ablehnen, die aber insofern schwierig sind, weil sie oft erst nach 3 Jahren erfolgen und dann manches aus der Erinnerung entschwunden ist, was für eine allfällige Beweisführung von Bedeutung wäre. Diese Kontrollen gehen auch immer in der ungleichen Stellung von Prüfer und Geprüfem vor sich, wo der eine immer ein ausgesprochener Spezialist, der andere nur einer sein kann, der neben seiner beruflichen Arbeit noch im Finanzwesen, im Schriftverkehr usw. bewandert sein muß, aber eben nur allgemein bewandert sein kann. Die Ergebnisse solcher Prüfungen gehen alle nachträglich zu Lasten des Betriebes. Eines soll auch nicht übersehen werden. Der Handels- und Gewerbetreibende in der örtlichen Gemeinschaft leistet durch seine ständigen Spenden, die steuerlich in keiner Weise Berücksichtigung finden können, wie kaum ein anderer seine Beiträge zu der Erhaltung des örtlichen Vereinslebens. Dafür steht auf der anderen Seite der Arbeitnehmerabsetzbetrag, das Weihnachtsgeld, der Urlaubszuschuß, die Überstundenzuschläge u. a. m.

Meine Damen und Herren, ich würde mich freuen, wenn meine Ausführungen zum Nachdenken anregen und zu einem besseren Verständnis zwischen Selbständigen und Unselbständigen führen würden. Wir brauchen beide und sollen beiden gerecht werden. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Marczik. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Marczik: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Um es kurz zu machen, will ich mich nicht an das Konzept halten, sondern möchte heute nur einige Bemerkungen zur Frage der verstaatlichten Industrie, und hier wiederum speziell auf unser Gebiet bezogen, machen. Zunächst aber möchte ich mich in vielem den Ausführungen des Kollegen Zoisl anschließen und möchte sagen, daß natürlich auch in unserem Raum, wie du weißt, das Kohlenproblem in dieser Art gegeben ist. Ein einziger Hinweis, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kohle, oder der Weiterbestand der Kohle ist eine Frage der Preisbildung. Wie Sie wissen, sind die Entscheidungen der Paritätischen Kommission zuletzt leider nicht so ausgefallen, wie es für die Kohle notwendig wäre. Ich möchte einen einzigen Satz noch dazu sagen, und zwar den: Meine Damen und Herren, es gibt hier nur zwei Möglichkeiten, entweder die der Direktpreisregulierung, oder aber etwa das Anhängen an den Kilowattstundenstrompreis, nämlich den Vorschlag der Betriebsratsobmänner, dem ich mich vollinhaltlich anschließen. Nur eines ist nicht möglich, meine Damen und Herren, und damit möchte ich diesen Problemkreis abschließen, es ist nicht möglich, immer wieder das Ganze hinauszuzögern und sich nicht zu klaren Dingen durchzurufen. Ich möchte Sie daher alle herzlich um Verständnis bitten. Wo immer Sie mitzureden haben, helfen Sie mit, daß diese Frage geregelt

wird. Die Landesregierung hat festgestellt und auch der Herr Landeshauptmann im speziellen, daß es notwendig ist, in Zeiten von Energieschwierigkeiten die eigenen Energiereserven besonders zu hüten und zu pflegen. Wenn sie uns also etwas wert sind, dann helfen wir alle mit.

Und nun noch zum zweiten Problemkreis, meine Damen und Herren. Gerade in diesen Tagen wird, wie Sie wissen, auch über die STYRIA, über die Steirischen Gußstahlwerke und hier speziell über die Investitionsvorhaben verhandelt. Es ist das nichts Neues. Wir wissen auch, daß mit dem Gesamtproblemkreis der Edelstahlfusionierung auch diese Frage zusammenhängt. Aber eines möchte ich doch feststellen, wir haben in der Styria, meine Damen und Herren, bisher höchstlegierte Edelmehle erzeugt und wir wollen dies auch in Zukunft tun, und zwar auf den modernsten Stand der Technik gebracht. Dazu ist es aber dringend notwendig, daß man sich seitens des fusionierten Konzerns und des Eigentümers entschließt, uns die beiden Voraussetzungen hierfür zu gewähren. Das ist erstens die Elektroschlackenumschmelzanlage, genannt ESU-Anlage, mit 18,6 Millionen und zum zweiten der 12-Tonnen-Elektroofen, der als Ersatz für einen bereits 50 Jahre alten Lichtbogenofen kommen soll.

Ich möchte auch hier die Steiermärkische Landesregierung und den Hohen Landtag sehr herzlich bitten, wo immer Sie Einfluß haben, Judenburg soll und muß ein Edelstahlwerk bleiben. Helfen Sie uns! Wenn wir diese beiden Investitionen zu den bereits getätigten, die wir dankbar anerkennen, bekommen, dann ist in dieser Frage die Angelegenheit gelöst. Wir würden uns sehr darüber freuen und in anderem Raume, wo wir einerseits Fohnsdorf haben, andererseits Zeltweg, das einen großen Aufschwung nimmt, hätten wir dann auch die Gußstahlwerke mit über 2000 Beschäftigten gesichert und damit für die gesamte Region einen wertvollen wirtschaftlichen Beitrag geleistet. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Pinegger zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pinegger: Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich ziehe meine Wortmeldung zurück, nachdem Herr Abgeordneter Marczik und mein Kollege Zoisl den Problemkreis Kohle behandelt haben. (Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Prensberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prensberger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn ich heute von Herrn Dr. Dorfer angekündigt gehört habe, praktisch sei die Konjunktur in Österreich 1975 zu Ende, so habe ich diese Worte schon 1970 von einem Nationalrat Koren gehört. Von 1970 bis 1974, wie mit Recht darauf hingewiesen wurde, herrschte in Österreich die am längsten andauernde Konjunktur, und wir haben einen Beschäftigungsstand, den es bis dato in Österreich noch

nie gegeben hat, 2,7 Millionen Beschäftigte in einer Zeit, wo es in Europa bedauerlicherweise 3 Millionen Arbeitslose gibt. Das Wirtschaftswachstum in Österreich ist 1974 5 Prozent, und auch für das kommende Jahr, wenn man auch mit einer Konjunkturabflachung rechnen muß — man sprach ja immer von einer überspitzten und überhitzten Konjunktur in dieser Zeit —, rechnet man in Österreich trotzdem mit einem Wirtschaftswachstum von ca. 3,5 Prozent. Zur gleichen Zeit rechnet man in Deutschland nur mit einem Wirtschaftswachstum von ca. 1½ Prozent. Damit liegen wir in Österreich, und darauf können wir stolz sein, im Spitzenfeld der Industrieländer gleich hinter Norwegen.

Wenn man sich die Wirtschaft, man spricht immer hier von einem magischen Viereck, betrachtet, so sind wir als Sozialisten natürlich an erster Stelle für die Vollbeschäftigung, an zweiter Stelle für die Preisstabilität, an dritter Stelle für das Wirtschaftswachstum und damit gleich an vierter Stelle für die Währung. Zur Währung darf ich sagen — auf die anderen Punkte werde ich noch eingehen —, daß niemand bestreiten wird, daß der Schilling zu den stabilsten Währungen der Welt zählt und daß er bis zu 83 Prozent mit Gold und Devisen abgedeckt ist. Diesbezüglich liegen wir mit der Schweiz fast auf gleicher Höhe, an der Spitze aller Industriestaaten. Österreich liegt mit den Preissteigerungen 1974 im unteren Drittel der OECD-Staaten. Wenn Sie, Herr Dr. Dorfer, von 10 Prozent gesprochen haben, so liegen wir mit den Prozenten ziemlich beisammen, ich sage 9,75 Prozent. Und diese Ergebnisse wurden dadurch erzielt — und das wird niemand bestreiten —, daß auch in Österreich die Investitionen dementsprechend zugenommen haben. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Herr Kollege, hören Sie zu! Da wird einem ja schlecht, was der so erzählt!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Dann nehmen Sie ein Pulver!“ — Landesrat Peltzmann: „Der Finanzreferent ist auch schon hinausgegangen, der kann das auch nicht hören!“) Die österreichische und auch die steirische Industrie, gerade die Finalindustrie, wird die Arbeitsplätze für die Zukunft natürlich nur durch Exportaufträge sichern können. Erfreulicherweise sind die Exporte gegenüber dem Vorjahr um 13 Prozent gestiegen. Die österreichische Wirtschaft hat 160 Milliarden Schilling durch die Exporte eingenommen. Die österreichische Industrie und Wirtschaft hat auch zum großen Teil in verschiedenen Sparten für das nächste Jahr die Exportaufträge gesichert. Daß die Exportfinanzierung ein ganz wichtiger und entscheidender Faktor ist, will ich nicht bestreiten, und ich habe auch mit Stolz darauf hingewiesen, daß ich einer der wenigen Betriebsratsobmänner war, der zeitgerecht schon zu Beginn des Jahres 1974 darauf aufmerksam machte, daß es notwendig ist, daß in der Kontrollbank für diese Exportvorfinanzierung dementsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir haben nun aus der Zeitung entnommen, daß diesem Wunsch Rechnung getragen wurde und 9 Milliarden Schilling in der Kontrollbank für Exportvorfinanzierung bereitgestellt wurden. Es ist für uns von der Finalindustrie klar und selbstverständlich, daß wir jetzt 1975 schon Aufträge für 1976 und 1977 hereinnehmen und vorfinanzieren müssen. Ich bestreite auch

nicht, daß es für unsere Wirtschaft wichtig ist, daß diese Gelder für die Vorfinanzierung nicht zu hoch gegriffen werden, da ansonsten die österreichische Wirtschaft im Konkurrenzkampf mit dem Ausland nicht bestehen kann. Das Wirtschaftswachstum in den übrigen Ländern im OECD-Bereich betrug 2,5 Prozent, in den europäischen Staaten 3 Prozent. Das bedeutet in diesen Ländern eine Halbierung des Wirtschaftswachstums gegenüber dem Vorjahr. Gewisse Auswirkungen spürt man auch in Österreich. Besonders in der Textilindustrie sind Produktionsrückgänge festzustellen, und dies zeichnet sich auch dadurch ab, daß in Vorarlberg im Vergleich zu den übrigen Bundesländern Österreichs das Wirtschaftswachstum nur knapp 2 Prozent betrug, in der Steiermark im Vergleich zu den übrigen Bundesländern war ein weit höherer Durchschnitt mit fast 9 Prozent. Ich bezweifle nicht, daß natürlich auch hier in der Steiermark gewisse Sparten den Druck der deutschen Industrie spüren, z. B. auf dem Möbelsektor usw.

Bedauerlicherweise scheinen hier in der Steiermark gerade diese Betriebe mit Schwierigkeiten und mit Kündigungen zu kämpfen, die vom Land Steiermark in der Vergangenheit besonders gefördert wurden. Es sind meist Betriebe, die ausländischen Konzernen angehören und mit ausländischem Kapital gefördert werden. Hier müßte man vielleicht doch darauf achten, daß bei der Förderung von Betrieben ausländischer Konzerne durch Auflagen diese Betriebe verpflichtet werden, hier in Österreich nicht veraltete Industrie- bzw. Produktionszweige zu installieren, sondern zukunftssträchtige. Ich sage das nicht umsonst hier in diesem Hause, weil gerade die ANKER-Werke ein gutes Beispiel dafür sind, daß in ihrem eigenen Mutterwerk die Computer erzeugt werden und hier in Graz die mechanischen Registrierkassen. Man war also der Meinung, man könnte diesen Produktionszweig in Österreich gut aufziehen und nach Jugoslawien und nach dem Osten einen Absatz finden. Nun muß man zur Kenntnis nehmen, daß diese Staaten die modernsten Computer verlangen, die werden aber nicht in Graz, sondern in Deutschland erzeugt. Das bedeutet eine äußerste Gefahr für dieses moderne und mit großen Mitteln der Stadt Graz und des Landes aufgebaute Werk. Wir dürfen aber auch nicht übersehen, daß die Junior-Werke-AG. eine Förderung in der Vergangenheit erfahren haben und neuerlich im Interesse der steirischen Arbeitnehmer gestützt werden müssen. Aber auch, wenn ich Bauknecht als kleines Beispiel streifen darf, so wurde in Aichfeld-Murboden ein neues Werk gebaut, auch mit Unterstützung. Nun hört man, daß die Arbeitskräfte nicht gefunden werden können und man von Rottenmann die Arbeitskräfte nach Murfeld verlegt. Ich glaube, auch hier müßte man diesen geförderten Betrieben gewisse Auflagen erteilen, denn ich kann mich erinnern, daß bei Errichtung dieses Werkes alles, aber auch alles an Aufträgen ins Ausland gegeben wurde, wo es in Österreich in allen Sparten genug produzierende Betriebe und Konzerne gegeben hätte, die in der Lage gewesen wären, 1974 zu liefern.

Meine Damen und Herren, daß die Kreditbremse sich natürlich in Österreich auf das Bauwesen aus-

wirkt, ist klar. Der Kreditstopp wurde von der ÖVP gefordert, um die Inflationserscheinungen unter Kontrolle zu bekommen. Wenn nun der Finanzminister ein Bausofortprogramm erstellt hat, um die zu erwartenden negativen Erscheinungen bei der Bauwirtschaft doch abzusichern, glaube ich, ist auf diesem Gebiet von der Regierung der erste Schritt bereits getan worden. International gesehen läßt sich auf dem Gebiet der Beschäftigung durch den Finanzierungsspielraum, der äußerst begrenzt ist, eine Verbesserung der Konjunktur in naher Zukunft nicht voraussagen. Nun wurde auch auf internationaler Ebene von konservativer Seite bei gewissen Tagungen und Besprechungen, bedauerlicherweise auch hier in Österreich, darauf hingewiesen, daß durch eine Konjunkturabschwächung die Inflationserscheinung leichter unter Kontrolle zu bringen sei. Mein Kompliment, Herr Ing. Fuchs, daß Sie heute hier eine Erklärung abgegeben haben, die die einzig richtige ist. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Leider im Gegensatz zu dem, was Sie hier gesagt haben!“) Mit Bedauern habe ich nämlich die Bemerkung des ehemaligen Handelsministers Mitterer auch registriert. Sie haben das wieder gutgemacht. Ich bin überzeugt, daß diese Einstellung der Fachleute, die für die Arbeitslosigkeit plädieren, nicht auf anständigen und korrekten Überlegungen basiert, denn es ergibt sich nämlich folgendes, daß im Durchschnitt die Preissteigerungen in den übrigen Ländern höher als in Österreich sind, sie liegen ca. bei 13 Prozent. Nehmen wir als Beispiel die USA, Kanada, Belgien, Frankreich, sie schwanken zwischen einer Inflationsrate und Teuerungserhöhungen von 10 bis 15 Prozent. England, Dänemark und Italien nähern sich bereits der 20-Prozent-Grenze, wenn sie nicht schon bei 20,4 Prozent sind. In einer Reihe von anderen Ländern wurde diese Marke bereits überschritten. Behaupten Sie doch nicht, daß in diesen aufgezeigten Ländern überall sozialistische Regierungen am Werk sind, sondern Regierungen, die Ihnen von der ÖVP nahestehen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Schauen Sie nach Deutschland mit den Arbeitslosen! Wir reden ja nicht von unserer Seite. Der Kreisky kann überhaupt nichts dafür, daß es in Deutschland schlecht geht!“) Das sind weltweite Auswirkungen, und Sie können nicht immer von Ihrer Seite nur die sozialistische Regierung für solche Erscheinungen verantwortlich machen. Ich sage Ihnen, daß die Vorkehrungen dieser Regierung, der Wirtschaft und der Arbeitnehmer in Österreich dafür gesorgt haben, daß wir in einer Preissteigerungsrate liegen, die im unteren Drittel und noch verkraftbar ist. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Jawohl, die Arbeitnehmer, die Sozialpartner, nicht der Kreisky!“)

Jetzt kommen wir zu einem ganz wichtigen Sektor, das ist die Energieversorgung. Die Energieversorgung ist der kapitalintensivste Zweig der Volkswirtschaft, weil die Investitionen auf diesem Gebiet sehr hoch sind. 1972 mußten wir von österreichischen Gesamtaufbringen fast zwei Drittel an Erdöl und Erdölprodukten importieren. Wir haben die Erdölkrise erlebt, und sie wirkt sich dementsprechend auf die Zahlungsbilanz aus. Bei der Energieversorgung werden wohl auch weiterhin noch Erdöl und Erdölprodukte die wichtigsten

Energieträger in Österreich bleiben. Wenn auch Experten auf diesem Gebiet mit einer rückläufigen Tendenz bis 1985 rechnen, wird es nur eine gewisse Verlagerung in Richtung Erdgas und Kernenergie geben. Ja, bitte schön, Herr Ing. Fuchs. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Sagen Sie einmal, warum ist das österreichische Erdöl genauso teuer wie das von den Arabern, wenn Sie schon soviel vom Erdöl wissen?“) Ich werde Ihnen etwas sagen, ich bin ja kein Erdölspezialist, sondern hier müßten Sie sich an jemand anderen wenden. Die Verbraucherteile an festen Brennstoffen, denn gerade vorher wurde in der Diskussion dies aufgezeigt, werden bis zu den achtziger Jahren weiter fallen. Bitte. (Abg. Gerhard Heidinger: „Laß dich nicht bluffen!“ — Abg. Dr. Dorfer: Die Scheichs sitzen drauf!“ — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Sag, wir sind immer noch billiger als die anderen, weil wir selbst Öl haben!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Nein, wir sind nicht billiger. Es ist genauso teuer wie beim Schah von Persien!“) Von den festen Brennstoffen wird allein der Koks auch noch in den achtziger Jahren einen ähnlichen Absatz aufweisen wie im Jahre 1972, das heißt, die Importabhängigkeit wird infolge des steigenden Energiebedarfs in Österreich weiter zunehmen und Werte von 75 bis 80 Prozent erreichen. Ich habe erst vor kurzem einen interessanten Vortrag eines Fachmannes gehört, der sagt, daß die Energieversorgung für den steigenden Bedarf der Wirtschaft nicht gesichert werden kann, wenn durch die Monopolstellung der erdölfördernden Länder weitere Spekulationsmöglichkeiten bestehen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Und wir spekulieren für sie mit!“ — Weiter unverständliche Zwischenrufe.) Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die europäischen Bodenschätze für die Energieversorgung mehr als bescheiden sind, so daß außer den erdölproduzierenden Ländern auch die USA und Kanada durch die Lieferung der Uranerze an die Atomkraftwerke eine Monopolstellung einnehmen. Um die Vollbeschäftigung und das Wirtschaftswachstum in Zukunft zu sichern, oder einigermaßen sichern zu können, ist eine wichtige Voraussetzung, daß die Energieversorgung in der Steiermark funktioniert. Und da habe ich, glaube ich, das letzte Mal bei der Budgetdiskussion den Herrn Landeshauptmann ein bißchen geärgert. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Sag, es tut dir leid!“)

Nun, meine Damen und Herren, die STEWEAG als Landesenergieerzeuger bemüht sich, das sage ich hier ausdrücklich, unter diesen aufgezeigten Schwierigkeiten einen zukunftsweisenden Energieplan für die Steiermark zu erstellen. Die Heizölpreiserhöhungen treffen die STEWEAG besonders schwer, wenn man berücksichtigt, daß am 22. 2. 1974 die Kosten 855 S pro Tonne betragen, und die Kosten nun auf 1582 S pro Tonne gestiegen sind. Das bedeutet eine 85prozentige Erhöhung. Berücksichtigt man noch die Preiserhöhungen vom 27. 11. 1973, 40 Schilling pro Tonne, so ergibt sich eine Preissteigerung von 94 Prozent. Das bedeutet natürlich eine jährliche Belastung allein schon für die Steweag von 175 Millionen Schilling. Die am 1. 2. 1974 erfolgten Strompreiserhöhungen von 10,6 Prozent sind damit natürlich aufgesaugt.

(Abg. Ing. Fuchs: „Sie wissen, daß die STEWEAG einen Preiserhöhungsantrag gestellt hat!“) Ich komme jetzt darauf hin, schauen Sie, ich bin ganz korrekt, ich betreibe hier keine Demagogie. Da habe ich von Ihnen schon andere Dinge gehört. Wenn man nun nicht eine dauernde Einschränkung von jährlichen Investitionen — das kann man sich nicht leisten — bei der STEWEAG hinnehmen will, so muß man korrekterweise damit rechnen, daß sich dies auf den nächsten Stromtarif auswirken wird. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Wissen Sie, wie der ausschaut?“) Nein, lassen Sie mich bitte, jagen Sie mir keinen Schock ein, denn ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich möchte die Weihnachten noch gut und gesund überleben. Die Beteiligung der STEWEAG an den beiden Kernkraftwerken Zwettgendorf und Stein und der Ausbau der unteren Murstufen kann den jährlichen Bedarf an Heizöl nicht rückgängig machen, sondern nur konstant halten. Die STEWEAG versorgt — daß ist nun ein Faktor, der hier besprochen werden muß, weil das ja ein ganz schwieriges Problem ist, das überhaupt unlösbar erscheint — nur 20 Prozent der steirischen Kleinverbraucher. Die Strompreise für die Kleinverbraucher sind in der Steiermark gleich hoch wie in den übrigen Bundesländern, also auch die Einnahmen. Aber 90 Prozent des Umsatzes der STEWEAG entfallen auf die bevorzugten Großabnehmer und die bekommen natürlich einen Rabatt von 20 Prozent. Und dies leistet die STEWEAG schon seit über 20 Jahren. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Grandiose Zahlen!“ — Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Waagner-Biro!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das sind die Großabnehmer!“) Das macht ja nichts, was regen Sie sich so auf, Herr Ing. Fuchs, wir können ja ruhig darüber sprechen. Seit über zwanzig Jahren fördert also hier die STEWEAG die Großabnehmer mit diesem günstigen Preis, das ist doch keine Kritik, das ist doch ein Vorteil. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „In Leoben ist es viel günstiger!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Das wäre Ihnen als Betriebsratsobmann recht, das kann ich glauben!“) Dies zwang die STEWEAG schon in der Vergangenheit dazu, alle Möglichkeiten auszunützen, um eine preisgünstige Erzeugung auf ihrem Energiesektor zu erreichen. Nur ist es so, daß die billige Erzeugung auch wieder gleich weitergegeben wird. Und wenn Sie sagen, daß es nur Großbetriebe sind, dann sage ich nur eines, hier sind 130 private EVU-Betriebe, die damit gehalten werden. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Ja, die EVU-Betriebe, schauen Sie nach, was die abnehmen!“ — Abg. Ing. Turek: „Die Stadtwerke Graz, die STEG!“) Ich weiß, das hören Sie nicht gerne. Für diese 130 privaten EVU-Betriebe — wie man auch dazu stehen mag — müssen wir Sorge tragen, daß sie in der Lage sind, die Bevölkerung in der Steiermark mit gutem und gleichmäßigem Strom zu versorgen. Das ist auch eine wichtige Voraussetzung. (Abg. Pözl: „Das ist der Wechselstrom!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Herr Ing. Turek, Sie brauchen mir gar nichts zu erzählen, denn Sie haben zu mir gesagt, „Ich kenne mich in Graz nicht aus, hoffentlich kennen Sie sich in Graz aus.“ (Abg. Ing. Turek: „Davon verstehen Sie wirklich wenig, das stimmt ja, das verstehe ich besser!“)

Meine Damen und Herren, die STEWEAG ist natürlich sehr daran interessiert, die vorhandenen Wasserkraftwerke noch weiter auszubauen. Daß dieser Ausbau der Wasserkraftwerke und der geplanten Projekte natürlich auf Schwierigkeiten stößt, ist klar. Die STEWEAG ist der Meinung, daß es noch eine große Anzahl von Nebenbächen der Mur und Enns gibt, die unter Umständen für Laufkraftwerke in Betracht kommen würden. Der Naturschutz bereitet bei diesem Ausbau der STEWEAG Schwierigkeiten. Es wurde vom Naturschutz sehr viel gesprochen, es wurde auch darauf hingewiesen, und zwar verantwortungsbewußt darauf hingewiesen, daß der Naturschutz Grenzen hat, wenn es um die Existenz z. B. bei der Energieversorgung und Erschließung von Verkehrswegen usw. geht. Würde von den 29 geplanten Projekten nur die Hälfte ausgebaut werden, wäre die STEWEAG von den kalorischen Kraftwerken nicht mehr so abhängig wie in der Vergangenheit und Gegenwart. Diese gebauten Dampfkraftwerke

Die kalorischen Kraftwerke der STEWEAG sind für unseren Kohlenbergbau natürlich äußerst wichtig. Wir haben erfahren, daß man in der Steiermark neue Kohlenvorkommen entdeckt hat. Man diskutiert darüber, daß der Abbau dieser Kohle nicht kostendeckend, sondern zu teuer sei. Mit Recht wurde von einem Fachmann bei seinem Vortrag in der Neuen Technik darauf hingewiesen, daß hier die Politiker die Verantwortung zu übernehmen hätten, denn der Fachmann — (Unverständliche Zwischenrufe.) ich bin ja nicht gegen den Abbau, ich bin sogar dafür! — denn der Fachmann wird natürlich nur die Kostenberechnung erstellen können. Die Wirtschaftlichkeit von Dampfkraftwerken hat unter den Preiserhöhungen auch bei den Erdölprodukten sehr gelitten. Trotzdem müssen sie mangels anderer Möglichkeiten bei höheren Einstellkosten weiter einen beträchtlichen Anteil der Stromversorgung aufbringen. Vielleicht könnten sich bei der Errichtung von kalorischen Kraftwerken STEWEAG und ODK auf einer Ebene finden, damit die Preisfrage leichter gelöst werden kann. Erfreulicherweise hat die STEWEAG nun versucht, Anteile der Steirischen Erdgasgesellschaft aufzukaufen. Das habe ich das letzte Mal kritisiert. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Kollege Prensberger, die Kollegen hören nicht zu!“) Das ist egal, Sie hören ein bißchen zu. (Abg. Pözl: „Jetzt hört ihr, was er von euch hält!“) Die STEWEAG hat Anteile aufgekauft, um diesen wichtigen Energieträger Erdgas für sich besser nützen zu können. Bei der Errichtung von Hochleistungsdampfkes-seln ist die sehr kostspielige Wasseraufbereitung auch eine Frage. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß die Bevölkerung in Zukunft zur Kenntnis nehmen muß, daß sie eine andere Einstellung zum Energieverbrauch an den Tag legen müßte. Wenn man aber hier von Einsparungen spricht, möchte ich abschließend doch auch darauf hinweisen, daß wir Österreicher im Vergleich zu anderen Industriestaaten noch einen Aufholbedarf haben. Es ist also sehr schwierig, bei dieser wichtigen Energieversorgung zu sparen, wenn man bedenkt, daß die Schweden pro Kopf 9000 kWh verbrauchen und Indien pro Kopf 100 kWh. Ich komme

aus dem praktischen Leben der Wirtschaft. Hier ist ein Beweis, daß es viele Länder auf der Erde gibt, die nicht einmal sparen dürfen mit dem Energieverbrauch, sonst bleiben sie immer in dieser Abhängigkeit und diesem niederen Lebensstandard. (Abg. Ing. Turek: „Eine neue Philosophie!“) Kollege Ing. Turek, ich werde Ihnen etwas sagen, Sie sind bei Ihren Vorreden bis zu den Indianern gekommen, ich gebe Ihnen alles frei, weiterzusprechen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ing. Stoisser das Wort.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Herr Kollege Preamberger, Sie reden hier von 3,5 Prozent Wachstum und wir sind an der Spitze. Das Statistische Zentralamt hat heute durchgegeben, daß das Industriegewachstum in Österreich von Oktober 1973 bis Oktober 1974 1,2 Prozent beträgt. Es steht zu befürchten, daß die November- und Dezember-Zahlen noch niedriger sein werden. Leider! Ich sage das nicht frohlockend; wir sagen auch nicht, daß es die Schuld der sozialistischen Bundesregierung ist, wir möchten aber haben, daß man den Tatsachen ins Auge sieht und entsprechende Maßnahmen setzt. Wir wollen, daß die Bevölkerung nicht mit falschen Zahlen eingullt wird in ein falsches Wohlbefinden, da ein plötzliches Erwachen um so schlimmer wäre. Im „Ecco“ können Sie lesen: Bis Ende Oktober mußten in Österreich 53 Betriebe mit 4600 Beschäftigten kurzarbeiten, das sind österreichische Firmen, z. B. Elin-Union, Interplastik, Kraus & Naimer, Oberglas usw. Das sind alles österreichische Firmen. Natürlich werden ausländische Firmen meist ihre Zweigbetriebe in Österreich auf Kurzarbeit stellen, das ist bedauerlich.

Zu den Stromkosten, mit welchen die Industrie gefördert wird: Dazu möchte ich nur sagen, daß das Gewerbe nicht gefördert wird, das Gewerbe zahlt einen Strompreis von ca. S 2,80 gegenüber einem Haushalt mit S 0,80. Das ist die Förderung der Kleinbetriebe. Da kann ich dann beim Kollegen Kollmann und beim Kollegen Wimpler anschließen, die sagten, wie es bei den Inhabern von Klein- und Mittelbetrieben ist. Ich möchte hier nicht jammern, sondern nur Zahlen sagen. Im Zeitraum von 1951 bis 1973 haben die Kammermitglieder in der Steiermark von 43.000 auf 31.000 abgenommen. Das ist ein rundes Viertel weniger. Für die Zukunft wird es noch schlechter sein, wenn man sich die Zahl derjenigen anschaut, die noch bereit sind, ein Gewerbe anzutreten, das sind jene, die eine Meisterprüfung ablegen. Im Jahre 1951 haben sich noch 910 zur Meisterprüfung gemeldet, 1973 waren es nur mehr 330, also ein rundes Drittel. Wie soll die Zukunft der Klein- und Mittelbetriebe aussehen, wenn die Leute nicht mehr bereit sind, dieses Wagnis einer eigenen wirtschaftlichen Existenz einzugehen. Es ist auch kein Wunder, wenn wir schauen, wie z. B. die Situation eines Gewerbetreibenden ist, der sein Leben lang gearbeitet hat: Da kann man als Abgeordneter des Wirtschaftsbundes einiges erleben, wenn die Leute kommen und sagen, schauen

Sie her, ich habe immer gearbeitet und bekomme jetzt diesen Rentenbescheid. Ich möchte hier zwei Beispiele vorbringen: Ein Gastwirt, 75 Jahre alt, hat 10 Jahre länger gearbeitet und bekommt nun eine Pension von S 2003,—. Auch seine Gattin war eine Trafikantin, die bekommt S 587,—. Diese beiden Leute, die für den österreichischen Staat wirklich sehr viel gearbeitet haben, bekommen zusammen S 2600,— und keine Ausgleichsrente, weil der Einheitswert des Besitzes S 12.000,— beträgt.

Ja, glauben Sie wirklich, daß der mit seiner Keuschen an der Grenze jemals jemanden findet, der sie ihm abkauft? Ein nächstes Beispiel, einer, der eine Brutanstalt gehabt hat, hat 38 Jahre gearbeitet, bekommt 768 Schilling und seine Frau hat eine Landwirtschaft gepachtet gehabt, die bekommt 790 Schilling. Zusammen sind das rund 1550 Schilling und sie bekommen auch keine Ausgleichsrente, weil sie 5000 m² Grund haben. Das sind die Tatsachen, das möchte ich nur einmal gesagt haben, um ein bisserl die Dinge ins rechte Lot zu bringen, vor allem auf der linken Reichshälfte, wo man immer glaubt, eine selbständige Arbeit wäre eine kapitalistische.

Und nun sind noch in diesem Kapitel Posten drinnen, die die Wirtschaftsförderung betreffen, u. a. auch für das Wirtschaftsförderungsinstitut und für das Berufsförderungsinstitut sind rund 1 Million drinnen. Das Wirtschaftsförderungsinstitut freut sich darüber sehr. Wie Sie alle wissen, hat das Wirtschaftsförderungsinstitut die Aufgabe, die Erwachsenenbildung, vor allen Dingen für berufsbezogene Bildung, durchzuführen. Und es wurden hier auch schon sehr große Erfolge erzielt. Auch das Berufsförderungsinstitut hat hier in anerkennenswerter Weise gute Arbeit geleistet. Es ist nur eines bedauerlich, daß vom Bund her die Millionen nicht sehr gleichmäßig fließen. Ich glaube, daß das Wirtschaftsförderungsinstitut ein wirklich alteingesessenes und sehr großes Institut ist. Wenn man nun die Summen anschaut, die nun von Wien hereinkommen im Zuge des Arbeitsmarktförderungsgesetzes, so waren es 1974 runde 40 Millionen, davon hat das Wirtschaftsförderungsinstitut etwa 3 Millionen bekommen. Der Rest ging an das Berufsförderungsinstitut. Wir freuen uns für das Berufsförderungsinstitut, daß es soviel Geld kriegt, doch scheint mir hier das doch ein bisserl zu sehr durch eine Parteibrille betrachtet gewesen zu sein, wie man diese Gelder verteilt hat. (Unverständliche Zwischenrufe.) Ja, ist das eine entsprechende Aufteilung? (Abg. Gratsch: „Das ist ein Parteipolitiker! Schauen Sie die anderen Posten an!“ — Glockenzeichen.) Das sind die Zahlen für Investitionen, wie sie in der Steiermark in diesem Jahr verteilt wurden. Stimmt, Sie können nachschauen, es stimmt nicht auf 100.000 genau, aber es stimmt auf die Million genau.

Ich möchte auf eine Aktivität noch hinweisen, die das Wirtschaftsförderungsinstitut sehr erfolgreich durchführt, das sind die Umschulungskurse, auf die der Herr Kollege Preamberger hingewiesen hat, der gemeint hat, man könne ja die Lehrzeit verkürzen, weil ja in den Umschulungszentren in 5 Monaten dasselbe Ziel erreicht würde. Hier möchte ich nur eines sagen, daß es sich bei den Umschulern um

erwachsene Leute handelt, die wirklich den Ernst der Dinge kennen und bereit sind, in einer Woche 70 bis 80 Stunden zu arbeiten und zu lernen. Das ist von einem Jugendlichen, glaube ich, nicht zu erwarten. Ich bin nun am Ende und ich freue mich, daß auch wir hier unter Wirtschaftsförderung doch einige Millionen für die Wirtschaft haben, die die Wirtschaft sicher zum Wohle dieses Landes ausnützen wird. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich erteile nun das Wort dem Herrn Referenten für das Kapitel Wirtschaftsförderung, Landesrat Peltzmann.

Landesrat Peltzmann: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hochverehrter Herr Präsident!

Ich habe dem Herrn Landeshauptmann jetzt versprochen, 1½ Stunden über die Feuerwehr zu sprechen und eine Stunde über die Wirtschaftsförderung. Ich hoffe, daß Sie die Aufgeschlossenheit heute noch mitbringen, meinen Ausführungen zu folgen. Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden 1975 versuchen, den gesamten Katastrophendienst und die Feuerwehr dorthin zu verlagern, wo sie hingehören, und zwar in die Gruppe 1 „Zivilschutz“ des Landesvoranschlags. Ich glaube, daß die Feuerwehr nicht den richtigen Standort im Budget einnimmt. Den richtigen Standort nimmt sie wohl, glaube ich, innerhalb der Bevölkerung ein. Ich darf nur kurz feststellen, daß alle die Einsätze, die heuer wieder gemacht wurden — und wir sind Gott sei Dank von größeren Katastrophen verschont geblieben —, mit vollem Erfolg getätigt wurden. Ich darf auch sagen, daß unser Weg, das heißt die Schwerpunktbildung — heuer sind ja im Katastrophendienst rund 4 Millionen Schilling für die Ausrüstung ausgegeben worden —, ein voller Erfolg war. Was mich besonders mit Stolz erfüllt: 1967 hat die Steiermark begonnen mit der Jugendfeuerwehr, wir waren das erste Bundesland, das diesen Weg beschritten hat, um den Nachwuchs zu finden für unsere Feuerwehrorganisationen. Seit dieser Zeit sind 4000 junge Steirer in den Aktivstand der Feuerwehren überführt worden. Zur Zeit haben wir einen Stand von rund 3000 jungen Menschen, die zwischen dem 14. und 17. Lebensjahr stehen und freiwillig in der Feuerwehr Dienst tun. Und da sagt einer, die heutige Jugend hat keinen Idealismus. Ich glaube, das ist der beste Beweis. Wenn ich hier ganz kurz vor allem meinen Kollegen danken darf. Nun muß ich Ihnen aber als Zeichen eines unermüdeten Einsatzes unserer Feuerwehr einen sehr traurigen Einsatz von heute mitteilen. Heute, um ca. 10 Uhr vormittag, hat das Landesgendarmeriekommando bei der Landesfeuerwehrschule Taucher, Boote und Bootsführer angefordert, um das ermordete Mädchen, diese 8jährige Schülerin, in der Mur zu suchen. Ich sage nur, so traurig es ist, unsere Feuerwehren werden heute für alle Aufgaben bereits herangezogen, wo es gilt, aufzuklären, zu helfen und vorzubeugen. Ich glaube, für das müssen wir danken.

Als Referent habe ich etwas Schönes, das ist die Feuerschutzsteuer, die kann auch keinem Rotstift des Finanzreferenten zum Opfer fallen, weil Sie beschlossen haben, daß diese Mittel rein für

die Feuerwehren zweckgebunden sind. Dafür darf ich Ihnen herzlich danken. Ich glaube auch umgekehrt, in Ihrem Namen meinen Mitarbeitern und allen Feuerwehrleuten bis zur letzten Wehr hinaus, ein herzliches Glück auf und Gut Heil zuzurufen zu können. (Allgemeiner Beifall.)

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wenn man am letzten Tag, zur letzten Stunde zusammenkommt, dann hat man nicht mehr die Zeit und vielleicht auch die Lust, so ausführlich über die wichtige Fürsorge zu sprechen. Aber auf eine Wortmeldung möchte ich zu Beginn doch etwas eingehen. Lieber Herr Preamberger, wenn Sie das, glaube ich, sehr eingehende Referat Ihres Kollegen Dr. Klausner wenigstens gelesen hätten, wenn Sie es schon nicht gehört haben, dann wäre Ihnen heute viel erspart geblieben (Abg. Nigl: „Uns auch!“), denn ich glaube, Ihre eigenen Genossen haben Sie nicht für voll genommen. Das muß ich Ihnen sehr offen sagen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch hier hat man sich wieder geflüchtet in Statistiken und in Indexzahlen, schauen Sie, das weiß doch jeder, der österreichische Index ist ein reiner Konsumentenkorb, in Frankreich sind auch die Investitionsaufwendungen in den Indexberechnungszahlen vorhanden und schlagen sich dort nieder. Also hat es ja gar keinen Sinn, hier mit der Zahlenwischerei herumzuspielen, wie gut wir sind, die dritten sind wir, die zweiten sind wir und die vierten sind wir. Ich habe Ihnen schon beim letzten Budget gesagt, ich habe Verständnis, wir mußten auch einstens einmal, als es eine OVP-Alleinregierung gab, manches verteidigen. Wir haben es nur nicht so hartnäckig gemacht, wir haben den Mut gehabt, Kritik zu üben. Die ist bei Ihnen unter die Hunde gegangen, das ist vorüber, nicht? Bei Ihnen wird nur gesagt, wie gut diese Dinge sind. Wollen wir uns selber anlügen? Es hat ja gar keinen Sinn, die Wirtschaft krankzujammern, das würde der Wirtschaft einen großen Schaden bringen. Es hat aber auch keinen Sinn, in einer Gebietskörperschaft — und Sie sind die gesetzgebende Körperschaft dieses Landes — alles in hellstem Sonnenschein zu malen, wenn wir schon längst wissen, daß die Regentropfen unterwegs sind. Also sagen wir es doch ehrlich und stellen die Frage: „Was können wir tun, um das eine oder das andere aufzufangen?“ Was können wir tun, um den Menschen in diesem Lande zu dienen? Das ist doch unsere gemeinsame Aufgabe. Deshalb erlauben Sie mir, noch ein paar Dinge, auf die ich noch kurz eingehen möchte, hier darzulegen.

Die Kleinbetriebe stehen derzeit in einer schwierigen Situation. Anstatt Kleinbetriebe könnte man besser sagen Dienstleistungsbetriebe bis zu einer gewissen Größe. Der Unterschied Industrie und Handwerk ist doch schon längst verwischt. Wir haben in der Steiermark Industriebetriebe mit 21 Beschäftigten, wir haben Handwerksbetriebe mit 350 Beschäftigten. Auch die Förderungsrichtlinien haben bereits im Jahre 1974 dieser Entwicklung Rechnung getragen und wir sagten, Investitionen bis zu 5 Millionen Schilling sind Gewerbeförderung und über 5 Millionen Schilling sind Industrieförderung. Der Kollege Laurich fragte, warum nützt der Gewerberefe-

rent die gesetzlichen Möglichkeiten nicht aus. (Abg. Laurich: „Sehr richtig!“) Einem Lehrer entschuldige ich grundsätzlich alles, denn die Lehrer glauben, sie wissen alles, aber dann fehlt ihnen doch etwas an Wissen. Herr Kollege Laurich, das war der Sinn des Briefes des Herrn Landeshauptmannes. Der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl hat aber nicht nur ein Brief geschrieben — die letzte Antwort, die er vom Herrn Bundeskanzler bekommen hat, ist datiert mit 26. März 1974. Was glauben Sie, was der Herr Landeshauptmann wollte? Er wollte hinweisen auf die Schwierigkeiten in der Versorgung, wenn der letzte kleine Greißler verschwindet. Ich war vor ca. 3 Wochen beim Friseur in Kindberg, wo auch immer eine sehr betagte Frau mit dem Taxi hinkommt, denn im ganzen Graben drinnen gibt es keinen Friseur mehr. Der Herr Landeshauptmann hat gebeten, die Regierung möge im Wege der Novellierung der Gewerbeordnung Abhilfe schaffen. Der Herr Bundeskanzler hat geantwortet, daß die Gewerbeordnung so modern sei, daß man diese nicht novellieren dürfe. Die Beschränkung der Einrichtung von Großkaufhäusern ist nicht unsere Erfindung. Das kann man ruhig sagen. Man ist bereits in Frankreich diesen Weg gegangen, man geht in Schweden diesen Weg und versucht ihn auch in Holland. In Frankreich trat zu Beginn des Jahres das sogenannte Neugesetz in Kraft. Die Neuerrichtung größerer Handelsbetriebe wird nunmehr von einer Genehmigung abhängig gemacht. Weiters sollen bereits zugelassene Projekte mit Verkaufsflächen über 1500 m² zur Verkaufsflächensteuer herangezogen werden. Was wäre dabei, wenn man sagen würde, um einen Überblick zu bekommen, ein bis zwei Jahre sollen diese Genehmigungen der Großläden einer Bedarfsprüfung unterliegen. Zu einer solchen Regelung wäre nach der österreichischen Verfassung nur der Bundesgesetzgeber, nicht aber der Landesgesetzgeber zuständig.

Die Kreditaktionen haben schon meine Kollegen behandelt. Ich möchte nur noch zur Äußerung des Hauptredners der SPO etwas sagen: Lieber Herr Kollege Brandl, es steht mir nicht zu, ein Urteil abzugeben, ich habe gehört, daß der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky ein vorzüglicher Vertreter nach außen, ein Diplomat war. Was er versteht von der Wirtschaft, müssen wir zahlen, das Lehrgeld war bis jetzt verflucht teuer. Als ihm bei einem Parteitag nichts eingefallen ist und er gehört hat, daß der Landeshauptmann Krainer in der Steiermark die Regionalkommission Aichfeld-Murboden gegründet hat, hat er diese Dinge aus seiner Sicht installiert. Eines Tages hat man dann im Fernsehen gehört, daß das große Wirtschaftsprogramm das Regionalobjekt Aichfeld-Murboden ist. Man hat nicht einmal eine eigene Kommission gebildet, sondern man hat sogar die Kommission übernommen, die 1967 in Zusammenarbeit mit der Fachabteilung 1 b geschaffen wurde. Sie haben heute von 1,6 Milliarden Schilling gesprochen, es wurde aber nicht gesagt, daß allein, 1,2 Milliarden Schilling allein auf den Bundesstraßenbau gehen. Sie haben auch gesagt, diese Mittel seien schon hineingeflossen in die Region Aichfeld-Murboden. Meine Damen und Herren,

das Land Steiermark hat für Arbeitsplatzförderungen, nicht zu reden vom Landesstraßenbau, vom Wohnbau, vom Flußbau, von der Landwirtschaftsförderung in dieser Region, S 131,123.000,— ausgegeben und es wurden nachweisbar 1423 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Ich glaube, dort liegt die Wahrheit, die können Sie nicht ableugnen. (Abg. Pichler: „Wenn das stimmen würde!“) Lieber Kollege Pichler, das ist aktenkundig, jede Firma kann ich dir vorlesen — wir haben auch Photokopien davon. (Abg. Zinkanell: „Das stimmt nicht!“) Lieber Kollege Pichler, wenn etwas schiefgeht, sind immer die anderen schuld, vom Ausland bis zu den Unternehmern und alles das, was angeblich gutgemacht wurde, hat euer großer Zauberkönig gemacht. So kann man keine Politik betreiben.

Etwas möchte ich sagen, was mich wirklich mit innerer Freude ausfüllt: Es zeigen doch die Wahlen von 1970 bis 1974 einschließlich der Landtagswahlen — daß die Bevölkerung doch hellhörig geworden ist und weiß, wie sie über diese Dinge zu denken hat und sie handelt auch mit der Waffe der Demokratie, mit dem Stimmzettel. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Auch bei den Präsidentenwahlen?“) Dazu kann ich dir sagen, jeder lebt in der Hoffnung, sonst wären wir schlecht in der Politik. Wir hätten auch geglaubt, daß unser Kandidat besser ist. Heute, wo wir bereits einen installierten Präsidenten haben, sage ich das gar nicht mehr. Das ist die Ehrfurcht vor dem Staatsoberhaupt.

Nun zum Kohlenproblem in der Steiermark, der Kollege Zoisl war ja selbst dabei in Bergla:

Es geht doch erstens um die Arbeitsplätze und zweitens um die Vorsorge für einen eigenen Energieträger für Notzeiten, wie sie sich im Jahre 1973 angekündigt haben. Ich habe bereits vor 10 Jahren die Anregung gemacht, man möchte doch den Mut haben, den gesamten Bergbau herauszunehmen. Ich sehe vollkommen ein, wenn sich ein Vorstand der Alpine-VOEST dagegen wehrt, seine Bilanzen durch Auflagen, die betriebswirtschaftlich nicht gerechtfertigt sind, in Unordnung bringen zu lassen. Was ist uns als Österreicher die eigene Kohle, die eigene Energie wert? Damit wäre sie aus dem politischen Tagesgespräch heraus. Diejenigen, die die Kohle fördern und nichts dafür können, daß es Defizite gibt, hätten einen sicheren Arbeitsplatz und brauchen nicht vor einer Entscheidung zur anderen Angst haben, ob zugesperrt wird oder nicht.

Wie ja auch in der Politik das Ja sagen und nicht Einhalten das leichtere ist, so ist in der Wirtschaft das Zusperrn das Leichtere. Und wir wissen, daß es dort in diesen Grenzbereichen sehr schwer ist, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Meine Damen und Herren, ich bringe das Gespräch auf die Gründung des Juniorwerkes in Köflach. Sie werden sich vielleicht noch erinnern können, auf welcher Basis es errichtet wurde: Mit Kohlenförderungsmitteln um Ersatzarbeitsplätze für Bergleute zu schaffen. Heute sind keine 10 Bergleute bei Junior beschäftigt. Aber jetzt können's sagen, warum waren sie auch so dumm und haben das nicht gewußt? Der Prensberger hat auch so wunderbar bei den Ankerwerken

gesagt, daß man doch vorher zu wissen hat, was etwa zukunftssträftig ist.

Aber, Herr Preamberger, sind Sie mir doch nicht böse, vor 3 Jahren war Plastik modern und Plastik hat die größten Zuwachsraten gehabt, und zur Zeit haben wir die größten Konkurszahlen dort. So schnell geht das in der Wirtschaft. Und ich habe mir nicht nur einmal schon erlaubt zu sagen, Wirtschaftsprognosen haben sehr viel Ähnlichkeit mit dem Wetterbericht im Fernsehen, treffen sie zu, ist es gut, treffen sie nicht zu, kann man auch nichts machen. Natürlich muß man versuchen, die Dinge in den Griff zu bekommen. Aber ich glaube, daß doch der, der nahe daran ist, hier das bessere Gefühl für diese Dinge hat. Und so glaube ich, — damit habe ich eigentlich diese Ausführung begonnen — müssen wir dem Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl wirklich herzlich danken. Er hat z. B. bei einer Besprechung, zu der Herr Generaldirektor Koller gebeten hat, mich und den Herrn Landesfinanzreferenten delegiert, um das Problem Bergla mit ihm zu diskutieren. Unsere gemeinsame Erklärung dort war, daß das in der Steiermark kein parteipolitisches Spielfeld, sondern eine regionalpolitische gesamtsteirische Entscheidung ist. Sehen Sie, haben wir doch den Mut, wenn wir etwas für richtig erkennen, auch den richtigen Weg gemeinsam zu gehen. Dann, glaube ich, dienen wir unserem Land und unserer Wirtschaft am allerbesten. (Beifall.) Aber, ich habe meine mir gegebene Zeit schon überschritten. Ich sage jedem, der sich hier immer wieder mitbemüht, in dem mir zugewiesenen Referaten mitzuarbeiten, ein herzliches Dankeschön und steirisches Vergelt's Gott! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Worte gemeldet ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren!

Wenn man jetzt in die Runde blickt, bedarf es keiner medizinischen Kenntnisse, festzustellen, daß der Erholungsgrad, den das Hohe Haus benötigt, zweifelsohne den Siedepunkt erreicht hat. (Abg. Gerhard Heidinger: „Deswegen lebe der Fremdenverkehr!“) Das veranlaßt mich ebenfalls, mich an jene Kürze zu halten, die bereits der Kollege Toni Peltzmann hier zum Ausdruck gebracht hat.

Jedenfalls kann ich sagen, daß er sich hinsichtlich seiner Zeiteinteilung absolut an einen Rekord, zumindest auf der Ebene gehalten hat, ich glaube, das darf ich ihm zugute halten. (Beifall.) Klatscht nicht zu früh! Ich werde nicht so kurz sein, als Sie erwarten, aber sicherlich auch nicht so lange, als Sie befürchten. Aber ich werde jedenfalls versuchen, den Mittelweg zu finden.

Meine Damen und Herren, wenn über den Fremdenverkehr in aller Kürze berichtet werden kann, dann ist das natürlich zuerst ein Zahlenspiel. Uns stehen nun die Ergebnisse des Fremdenverkehrsjahres 1973/74, das ist vom 1. November 1973 bis 31. Oktober 1974, zur Verfügung. Ich darf in diesem Zusammenhang nun folgende Ziffern nennen. Wir haben in diesen genannten Fremdenverkehrsjahren

es auf insgesamt 7,926.840 Übernachtungen gebracht. Das ist ein Minus von 1,7 Prozent gegenüber der Vergleichszeit des Fremdenverkehrsjahres 1972/73. Wenn der Bundesdurchschnitt einen Rückgang von nahezu 4 Prozent hat, dann könnten wir sagen, wir sind zumindest mit einem blauen Auge davongekommen. Aber wir dürfen es uns bei der Beurteilung dieser Frage nicht leicht machen, denn es gibt eine Reihe von Ursachen, die einfach uns den Wendepunkt im österreichischen, aber auch im steirischen Fremdenverkehr signalisieren. Ich betrachte die Entwicklung, die wir 1973 zum erstenmal beobachtet haben, als eine Tendenzwende und ich glaube, daß man hier auch nach dieser Tendenzwende überzeugend darlegen kann, worin schwerpunktmäßig die Ursachen liegen könnten.

Es ist erstens die Abschwächung der internationalen Konjunkturlage, es ist zweitens die Änderung der Ferienstaffelung in der deutschen Bundesrepublik gewesen, es ist drittens die extrem schlechte Witterung im überwiegenden Teil Europas gewesen, es war viertens die Fußballweltmeisterschaft 1974, fünftens waren es die gravierenden Veränderungen der Wechselkurse, sechstens die Kostenexplosion in Österreich bei Einführung der Mehrwertsteuer und siebentens sicher auch psychologische Unsicherheiten, politische Spannungen und Unruhe in der Welt.

Aber, meine Damen und Herren, das wäre zu wenig, zu wenig deshalb, weil das nur ein Teil der Symptome ist, die uns signalisieren, daß der Fremdenverkehr zweifelsohne in eine Situation hineingeraten ist, in der die hohen Zuwachsraten der vergangenen Jahre nicht mehr eintreffen werden. Wir waren gewohnt, in den letzten 10 Jahren zwischen 8 bis 15 Prozent Zuwachsraten zu besitzen, ja, man kann sogar ruhig sagen, daß der österreichische Fremdenverkehr und auch der steirische Fremdenverkehr zur Wachstumsbranche Nummer 1 unserer Volkswirtschaft gehört. Und man kann damit auch sagen, daß er seine volkswirtschaftliche Bedeutung vor allem jetzt erst in vollem Maße der österreichischen Bevölkerung vermitteln kann.

Meine Damen und Herren, es ist, glaube ich, notwendig, auch hier vor dem Steiermärkischen Landtag festzustellen, auch wenn er jetzt fast stagniert, oder wenn er sogar da und dort rückläufige Tendenzen aufweist, dann ist der Fremdenverkehr jetzt und sicher auch in der Zukunft nach wie vor der Devisenbringer Nummer 1 unserer Volkswirtschaft. Er rangiert weit vor den Devisenerlösen von Stahl und Eisen, von Holz und Papier, von Textilien, Garnen und Geweben, vor der Maschinenindustrie. Er hat allein im vergangenen Jahr rund 42 Milliarden Schilling an Devisen in das Land gebracht und jetzt spüren wir erst seine volle Bedeutung im Hinblick auch auf den Ölpreisterror. Wer in den 3 Tagen aufmerksam zugehört hat, wer auch aufmerksam die Rede des Finanzreferenten in der Einbegleitung zu diesem Budget gelesen hat, dem kann es nicht entgangen sein, was es bedeutet, wenn etwa 10 Milliarden Schilling Mehrbelastung allein im Devisenhaushalt im heurigen Jahr entstehen. Und, wenn diese Ziffer stimmt und die zitiere ich jetzt, daß die westeuropäischen Wäh-

rungsreserven rund 150 Milliarden Dollar betragen, und daß 1974 allein 60 Milliarden Dollar verbraucht sind allein durch den Rohölpreisterror, dann, meine Damen und Herren, bedarf es nur mehr 1½ Jahre, daß Europa, und zwar Westeuropa, hinsichtlich seiner Devisensituation auf dem Nullpunkt angelangt ist. Das ist der Grund, wenn wir vom Realismus, das Wort unterstreiche ich sehr, das heute mehrfach gefallen ist, in der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation ausgehen. Das ist das Wort, wenn ich sage, die Signale am Horizont sind sichtbar und da hat es gar keinen Sinn, nach meinem Dafürhalten, wenn wir uns versuchen sollten, gegenseitig Vorträge zu halten, wo irgendeine Zahl so oder so sein könnte.

Ich glaube, meine Damen und Herren, ich habe den Mut, das auszusprechen, wir stehen nach meinem Dafürhalten in der wirtschaftspolitischen Entwicklung vor einer neuen Herausforderung, die sich in nichts unterscheiden wird von dem, was wir in den vierziger Jahren in diesem Lande begonnen haben. Das sollten wir uns eingestehen, den Mut sollten wir haben, weil wir sicher auch zur Kenntnis nehmen müssen, daß wir jetzt auf einer Gratwanderung sicher auch ein wenig eine Talfahrt schon einzusetzen erlebt haben. Nicht allein die Arbeitslosenziffern sind bedenklich, die jetzt je nach Bedarf so und so dargestellt werden, es ist das tragisch genug, weil natürlich auch von diesen Arbeitslosenziffern in erster Linie der Fremdenverkehr betroffen wird. Denn niemand kann glauben, daß erfolgreicher Fremdenverkehr möglich ist, wenn es Arbeitslosenziffern gibt, oder, wenn die Wirtschaft nicht funktioniert. Fremdenverkehr kann nicht isoliert betrachtet werden, das ist nicht möglich, er ist der erste Seismograph und wir haben das bereits vor 1½ Jahren verspürt, daß da irgend etwas in Bewegung ist, wenn auch in sehr vorsichtigen Ansätzen, und nun ist diese Wucht voll ausgelöst worden. Und ich darf daher sagen, wenn wir Konsequenzen daraus ziehen, diese Konsequenzen sind für uns sehr einfach und sehr klar. Ich möchte auch heute und hier das sagen, was ich am Landesfremdenverkehrstag sagen konnte. Nach meinem Dafürhalten, meine Damen und Herren, ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo wir mit voller Überzeugung der österreichischen Bevölkerung sagen können, jetzt ist der Urlaub im Inland zu verbringen. Denn Sie tragen dazu bei, daß unsere Devisenbilanz nicht verschlechtert wird und jeden Schilling, den wir nicht ausführen, den brauchen wir später nicht teuer, oder unter anderen Bedingungen zurückkaufen. Das soll kein Einwand gegen die Freiheit der Reise sein, sondern, das ist nach meinem Dafürhalten einfach ein Akt wirtschaftlicher Existenzsicherung, nicht nur für die Fremdenverkehrswirtschaft, sondern selbstverständlich auch für die übrige Wirtschaft, auch für die Arbeitsplatzsicherung, auch für unsere Währungspolitik, auch für unsere Vollbeschäftigungspolitik. Denn hier spielen viele Faktoren zusammen, die eine so entscheidende Rolle spielen und daher glaube ich, sollten wir das in voller Überzeugung sagen. Wir werden daher auch unsere Werbemaßnahmen verstärkt im Inland fortsetzen. Das werden wir nicht nur jetzt tun, sondern vor allem angesichts der Entwicklung, die auf uns

zukommt, in den nächsten Monaten, wir werden unsere Werbemaßnahmen verstärkt fortsetzen im Rahmen der deutschen Bundesrepublik. Es ist nicht nur der Vorteil der gleichen Sprache, es ist der Vorteil, daß wir doch jetzt geographisch etwas nähergerückt sind durch die Verbesserung der Verkehrsverbindungen, was allein die Tauernautobahn für die westlichen Bezirke der Steiermark bedeutet, wie auch für den Bezirk Liezen und in weiterer Folge für den Bezirk Murau, das können wir jetzt gar nicht abschätzen.

Was die Pyhrnautobahn, die ja im Aktionsradius auch weitestgehend des Landes liegt, für unser Land im Hinblick auch auf die Auswirkung des Fremdenverkehrs bedeutet, können wir also auch jetzt nicht hoch genug abschätzen. Es wird jedenfalls darauf ankommen, daß wir uns bemühen, wie das jetzt auch der steirische Fremdenverkehr macht. Meine Damen und Herren, eines ist klar, alle Länder, die ernste Devisenschwierigkeiten haben, werden selbstverständlich Einsparungen vornehmen, das zeigt sich bereits in Westeuropa hinsichtlich der Energiesituation. Wenn die Franzosen, wenn die Engländer, wenn die Deutschen weniger Rohöl einführen, dann einfach auch aus Gründen der Devisensituation. Aber auch im Fremdenverkehr wird die Konkurrenz größer und das spüren wir allenthalben, wir spüren es auch an der Preisbildung in manchen Ländern, von denen man heute nur mehr davon ausgehen kann, daß es Dumpingpreise sind, denn das kann nicht mehr stimmen, wenn man richtig kalkuliert. Und wir sind gerade im Lande, in der Preisbildung im steirischen Fremdenverkehr zumindest konkurrenzlos. Ich kann das mit voller Überzeugung sagen und ich bin auch der Meinung, daß das mit ein entscheidender Grund ist, daß wir 1973/74 besser abgeschnitten haben als andere Bundesländer, oder im Bundesdurchschnitt. Wir werden diesen Vorteil auch nutzen. Wir haben das auch der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft gesagt, und ich bin der Meinung, daß wir in dieser Frage zweifelsohne auch durch die Förderungsmaßnahmen des Landes, durch die Kreditaktionen die Möglichkeiten haben, der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft und allen, die auf dem Gebiet tätig sind, mitzuhelfen, daß sie die Preise in einem Maße halten können, die ja zum Teil da und dort schon an wirtschaftliche Selbstverleumdung grenzen. Das muß man bei der Gelegenheit betonen. Und darum glaube ich, daß das die wesentlichsten Fakten sind, die hier eine Rolle spielen.

Ich habe mir ein wunderschönes Manuskript zusammengeschrieben, es soll aber nicht beim Versprechen allein bleiben, daß ich mich kurz fassen werde. Ich darf noch zu einigen Fragen ein paar Worte sagen, die in der Diskussion angeschnitten wurden. Herr Kollege Klobasa, die Hallenbadförderung Feldbach ist am Montag beschlossen worden, wir werden auch weiterhin bereit sein, dieses Vorhaben mitzufördern. Was Kollege Abgeordneter Laurich gesagt hat zur Frage des Fremdenverkehrsgesetzes, so darf ich Ihnen dazu zur Kenntnis bringen, daß wir uns mit dieser Frage sehr ernst befassen. Ich habe mir auch eine Reihe von Fremdenverkehrsgesetzen angeschaut, wie es auch zum

Beispiel die Schweizer machen, von denen kann man viel lernen. Wir werden nach einer wirklich gründlichen Prüfung dieses Falles mit einer Vorlage in die Landesregierung gehen. Ich kann nur sagen, daß es nicht einfach ist, mir haben meine Kollegen in den westlichen Bundesländern erklärt, so lange du es verhindern kannst, verhindere es, lege dir keine Fesseln um den Hals. (Abg. Laurich: „Uns haben sie etwas anderes gesagt! Sie bedauern, daß wir keines haben!“) Da habt ihr wahrscheinlich mit den falschen Leuten gesprochen. Ich würde die Adressen dieser Leute brauchen.

Ich will nicht bestreiten, daß ein Fremdenverkehrsgesetz zweifelsohne auch im Zuge der Entwicklung nicht zu vermeiden sein wird, obwohl ich Ihnen heute auch eines gestehe: Warum wir es bisher nicht gemacht haben, hat den Grund gehabt, um die Entwicklung des Fremdenverkehrs nicht mit Fesseln zu versehen. Das war zweifelsohne für uns ein ganz entscheidender Grund und wir sind dabei sehr gut gefahren, Sie können das selbst beurteilen allein schon an den Vorgängen der Dachstein-Tauern-Region; wenn man vergleicht, was dort vor 10 Jahren gewesen ist und was wir heute dort haben, können wir sagen, das hält jeden Vergleich mit Tirol oder Salzburg aus. Ich bin der Meinung, daß wir denen in diesen Fragen sogar schon ein Stück voraus sind. Das sage ich voller Freude, weil das eine enorme Leistung ist, die der steirische Fremdenverkehr gerade in dieser Region zustande gebracht hat. Dasselbe gilt jetzt im bedeutsamen Umfange für das Steirische Salzkammergut. Ich darf nicht vergessen, zu sagen, daß die zweite tragende Säule des steirischen Fremdenverkehrs die Oststeiermark ist. Meine Damen und Herren, noch vor einer Generation ist das grausame Wort umgegangen von der vergessenen Oststeiermark. Sie ist heute, wirtschaftlich gesehen, in den Mittelpunkt unseres Landes gerückt. Ihr Startloch war sehr weit rückwärts und heute hat sie in vielen Dingen gleichgezogen. Wir haben allein im abgelaufenen Fremdenverkehrsjahr die Zweimillionen-Übernachtungsgrenze überschritten. Wir haben ein Schwimmbäderprogramm in der Oststeiermark aus dem Boden gestampft, das uns nahezu 500 Millionen Schilling Investitionen verursacht hat. Wir sind nicht am Ende, weil sich hier gezeigt hat, was man erreichen kann, wenn alle außerordentlich eifrig mittun. Wenn wir jetzt dabei sind, auch die West- und Untersteiermark ein bißchen stärker zu forcieren, dann will ich nur sagen, es gibt keinen steirischen Bezirk, der nicht die Chance hätte, im Fremdenverkehr mitzureden. (Landesrat Gruber: „Und Radkersburg nicht vergessen!“) Ich bin dem Kollegen Gruber für den Rat, an Radkersburg zu denken, außerordentlich dankbar.

Ich will nur sagen, daß es keinen steirischen Bezirk gibt, in dem wir nicht selbstverständlich auch den Tourismus aufbauen können. Am Schlusse möchte ich Ihnen eine Ziffer sagen: Der österreichische Fremdenverkehr hat im laufenden Jahr einen Umsatz von rund 60 Milliarden Schilling gemacht. Ein Drittel dieser 60 Milliarden Schilling sind nach einer sehr genauen Studie in die österreichische Landwirtschaft geflossen. Man kann ruhig sagen,

daß Fremdenverkehr komplementär ein Bestandteil einer modernen Agrarpolitik ist. Vergessen Sie eines nicht, auch im abgelaufenen Fremdenverkehrsjahr hatten wir in Österreich rund 14,5 Millionen gemeldeter Gäste, die doppelte Einwohnerzahl Österreichs. Da kann man die Größenordnung ablesen, was der Fremdenverkehr für diese Republik bedeutet. Vielleicht werden Sie auch verstehen, wenn man sich hier mit der entsprechenden Kraft und Leidenschaft für die Sache einsetzt. Wir haben manches erreicht, ich glaube, wir sind gut in Fahrt. Ich bin auch für die Dunststrecke, die sicher auf uns zukommt, trotzdem optimistisch, weil ich überzeugt bin, daß wir viele Möglichkeiten haben, doch auch mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden. Ich spüre das auch aus der Fremdenverkehrswirtschaft heraus, weil wir etwas gemacht haben, und das lassen Sie mich ganz betont sagen: Nicht den Mammutbetrieb, sondern den Familienbetrieb haben wir in den Mittelpunkt unserer Politik gestellt. Und zwar den Familienbetrieb, der sich jetzt als krisenfest auch in der Frage seiner Arbeitskräfte zeigt. Es wurde von einigen Kollegen des Hohen Hauses heute oder gestern sehr kritisch vermerkt, was wir für unsere Landschaft tun sollen. Alles ist nicht notwendig zu erschließen. Ich bin auch der Meinung, daß wir jetzt im Winterfremdenverkehr eine Erschließung abgeschlossen haben, daß wir da und dort veredeln, verbessern und verstärken sollen und daß es noch Reservate geben soll, die nicht unbedingt mit einem Fahrzeug erreicht werden sollen. Das gehört auch zu dem, was wir unter der Pflege der Landschaft verstehen. Das sind in aller Kürze jene Fragen, die den steirischen Fremdenverkehr bewegen.

Mir bleibt jetzt am Schluß noch übrig, einer Verpflichtung nachzukommen, daß ich danke der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft, ihren Betriebsinhabern, ihren Arbeitern, ihren Angestellten, der Exekutive, den Fremdenverkehrsvereinen, unseren Trachtenvereinen, den Musikkapellen, den Sportvereinen — mit einem Wort allen, die jahraus, jahrein mittun, um einen so wichtigen Wirtschaftszweig auch in diesem Lande zum Tragen zu bringen. Ich danke auch bei dieser Gelegenheit der Presse und dem Rundfunk, die uns entscheidend geholfen haben, die Steiermark zu popularisieren, sie in den Mittelpunkt dieser Bestrebungen zu stellen. Dem Hohen Hause danke ich, daß die Ansätze für 1975 sich zumindest so sehen lassen können, daß wir unverändert unsere Aufgaben auch finanziell in der Förderung und in der Kreditpolitik fortsetzen können. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 7 liegt nicht vor. Ich erteile daher dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Schrammel: Herr Präsident!
Ich ersuche um Annahme dieser Budgetgruppe.

Präsident: Ich bitte jene Damen und Herren, die den Posten und Ansätzen der Gruppe 7 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gruppe 7 ist somit angenommen.

Präsident: Wir kommen zur Gruppe 8: Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Georg Pranckh. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pranckh: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 8 beinhaltet wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen des Landes Steiermark und sieht Einnahmen in der Höhe von S 23,305.000,— gegenüber Ausgaben von Schilling 106,463.000,— vor.

Der Finanzausschuß hat sich mit diesen Ansätzen befaßt und ich bitte das Hohe Haus um Annahme.

Präsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, ein Handzeichen zu geben.

Die Gruppe 8 ist angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 9: Finanz- und Vermögensverwaltung. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Josef Loidl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Loidl: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

In der Gruppe 9 Finanz- und Vermögensverwaltung sind in 10 Abschnitten jene Einnahmegruppen zusammengefaßt, die es Ihnen ermöglichen, die Ausgaben der Gruppen 0 bis 8 zu tätigen. Die Gesamteinnahmen der Gruppe 9 betragen Schilling 5.149,398.000,—. Dem stehen Gesamtausgaben in der Höhe von S 1.127,893.000,— gegenüber. Der Finanz-Ausschuß hat sich auch mit der Gruppe 9 eingehend beschäftigt und ich darf im Namen dieses Ausschusses den Antrag stellen, die Ansätze der Gruppe 9 anzunehmen.

Präsident: Ich erteile Herrn Landesrat Dr. Klausner das Wort.

Landesrat Dr. Klausner: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst bitte ich um Entschuldigung, daß ich das, was ich am Schluß sage, nicht auch austeile, sondern das Wort ergreife, obwohl es die abgebrannte Stimmung des Hauses beinahe sinnlos macht. Weiters bitte ich um Verzeihung dafür, daß ich nach den sehr emotionsgeladenen Ausführungen des Herrn Kollegen Peltzmann dank der Überleitung des Herrn Landeshauptmannes Wegart nun etwas trockener die Dinge darstellen muß.

Gerade rechtzeitig zum Abschluß der Budgetdebatte haben das Wirtschaftsforschungsinstitut und das Ford-Institut ihre jüngsten Prognosen für die Entwicklung des kommenden Jahres veröffentlicht. Es bleibt zwar dabei, daß mit einer Konjunkturabschwächung gerechnet wird, doch kann von wirklichen Rezessionserwartungen nicht die Rede sein. Auch an der Vollbeschäftigung in Österreich wird sich nichts ändern. Nach wie vor ist es so, daß Österreich sowohl hinsichtlich der Inflationsrate wie auch in bezug auf das Wirtschaftswachstum im Spitzenfeld bleibt. Prof. Seidel spricht von

einem vermutlichen Wachstum des Bruttonationsproduktes von 3,5 Prozent, die Ford-Leute rechnen mit 3,9 Prozent. Die Vorhersagen bezüglich der Verbraucherpreise schwanken zwischen 9,5 Prozent und 9,3 Prozent. Bezüglich der Investitionen ist das Ford-Institut etwas optimistischer. Beide sind der Ansicht, daß der außerordentlich hohe Anteil des Exportes im nächsten Jahr wahrscheinlich nicht gehalten werden könne, ein gewisser Ausgleich durch zusätzliche Konsumausgaben aber wahrscheinlich erzielbar ist. Es ist ja im übrigen bemerkenswert, daß im ganzen freien Europa die Arbeitslosenrate in Österreich mit 1,3 Prozent weitaus am niedrigsten ist. Die Spitze hält Dänemark mit 7,9 Prozent. Dazu kommt, daß auf Grund des deutschen Programms zur Konjunkturbelebung allgemein erwartet wird, daß auch Österreich bis zum Spätherbst 1975 von den Folgen und Auswirkungen beeinflusst werden wird.

So sehr daher im Rahmen der Budgetdebatte immer wieder Sorgen um die Zukunft aufgetaucht sind, so sehr sollten wir sie zwar als eine Aufforderung zum Maßhalten auffassen, nicht aber übertriebenem Pessimismus Raum geben. Ich bin daher auch nicht, sehr geehrter Herr Kollege Doktor Heidinger, der Meinung, daß der außerordentliche Haushalt voraussichtlich nur mit einem Betrag von etwa 400 Millionen Schilling wird bedeckt werden können, allerdings wenn wir von der Wirtschaftsförderung absehen. Ich teile vielmehr die Ansicht des Herrn Kollegen Dr. Krainer, daß mit einer nahe an die 100 Prozent heranreichenden Bedeckung gerechnet werden kann.

Allerdings möchte ich in diesem Zusammenhang doch darauf hinweisen, daß wir Gefahr laufen, die Budgetdebatten im Landtag immer mehr zu einem Schattenboxen zu machen, wenn jeder zweite Redner beklagt, daß für bestimmte Vorhaben nicht mehr Geld zur Verfügung steht, den oder jenen dafür verantwortlich macht, daß eine höhere Finanzierung nicht möglich ist und auf die Frage, woher das Geld kommen soll, überhaupt nicht eingeht. Sosehr es naheliegt, hier auf die Straßenbaufinanzierung einzugehen, möchte ich doch vor allem die Situation beim Wasserwirtschaftsfonds hervorheben. Bekanntlich erhält dieser Fonds einen Betrag aus der Wohnbauförderung, der 10 in 100 der Wohnbauförderungsmittel entspricht. Im Bundeshaushalt 1975 sind dies 821 Millionen.

Wir alle wissen, daß als Folge der Anleihefinanzierungen der Vergangenheit ein erheblicher Teil hiervon bereits auf Annuitäten solcher Anleihen fällt. Wir alle wissen aber auch, daß für die Wohnbauförderung von den meisten Steuerpflichtigen ein Beitrag verlangt wird, dessen Höchstgrenze durch die Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung nach dem ASVG gegeben ist, wovon 5 v. T. oder ein halbes Prozent höchstens zu bezahlen sind.

Ich persönlich bin der Meinung, daß es durchaus sinnvoll und denkbar wäre, die den Menschen unserer Zeit inzwischen doch ins Bewußtsein gedrungene Umweltproblematik dazu zu benützen, sich einen Antrag auf Verdoppelung dieser Finanzierung des Wasserwirtschaftsfonds, und zwar zu Lasten des Steuerzahlers und nicht der Wohnbau-

förderung, zu einigen, wobei die formale Belastung zwischen Dienstnehmer und Dienstgeber gleichzeitig so verschoben werden könnte, daß man die versteinerte Wohnungsbeihilfe von S 30,— dabei wegfallen läßt.

Ich habe nicht begriffen, warum eine bessere Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds bisher nur hinter vorgehaltener Hand besprochen, nicht aber aus Anlaß der Steuerreform verwirklicht worden ist.

Der Herr Kollege Dr. Krainer hat in seinen Ausführungen immer wieder versucht zu bestreiten, daß wir der Gefahr einer Bewußtseinspaltung unterliegen. Gerade im Zusammenhang mit der Steuerreform habe ich aber schon darauf hingewiesen, daß sie sich in dieser Form überhaupt nur mit einer Art von Schizophrenie erklären läßt.

Beim Straßenbau, wenn Sie mir diese Bemerkung am Rande erlauben, kommt ja noch dazu, daß wir uns in der Steiermark durch viele Jahre hindurch die leichtesten Abschnitte zum Bauen ausgesucht haben und heute nicht nur vor den teuersten, sondern auch umweltschwierigsten Teilstücken stehen.

Schließlich möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, so sehr das Ziffernvortragen problematisch ist, doch einen Vergleich der Haushalte der Bundesländer, mit Ausnahme von Vorarlberg, ermöglichen. Ich habe zu diesem Zweck die entsprechende Unterlage verteilen lassen, damit Sie der Darstellung optisch folgen können. Jedenfalls ergibt sich daraus, daß alle Bundesländer zwar sehr stark ausgeweitet haben, daß aber die Steiermark in einer Beziehung eine Sonderstellung einnimmt, dort nämlich, wo es um die außerordentliche Gebahrung geht. Die Herausforderung der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Situation, vor allem der Energiekrise, werden wir dann bestehen, wenn wir in Zukunft auch den Mut haben, dafür einzutreten und durchzusetzen, daß unsere demokratische Gesellschaft den Preis hierfür zu zahlen bereit ist. Je früher wir dies tun, desto kleiner ist das Finanzierungsproblem. Je länger wir damit warten, um so größer ist der Rückstau und damit die Gefahr einer Überschwemmung. Seien wir uns darüber im klaren, daß der Yom-Kippur-Krieg in Wirklichkeit die Oktoberrevolution 1973 zur Folge hatte — die Ölrevolution —, mit deren Folgen wir jahrzehntelang zu tun haben werden. Wenn wir alle der Ansicht sind, daß das Land und die öffentliche Hand mehr leisten soll und muß, um diese Aufgabe zu bewältigen und dem Wohle der Allgemeinheit und damit jedes einzelnen gerecht werden zu können, dann müssen wir auch laut und deutlich sagen, woher das Geld dazu kommen soll. Dann werden wir auch ernster genommen werden, als das jetzt der Fall ist. Auch ich darf zum Abschluß meinen Mitarbeitern in der Rechtsabteilung 10, aber auch in der Landesbuchhaltung, Dank und Anerkennung sagen und Herrn Hofrat Dr. Kniegseisen, Herrn Regierungsrat Ramschak und Herrn Rechnungsdirektor Wladar besonders hervorheben.

Ihnen allen, meine Damen und Herren, und der steirischen Bevölkerung sage ich herzlichen Dank und die besten Wünsche zu den kommenden Feiertagen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter Loidl das Schlußwort.

Abg. Loidl: Ich verzichte wie alle meine Vorgänger auf das Schlußwort und stelle den Antrag, der Gruppe 9 die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Ich bitte um ein Händezeichen, wenn Sie dem Antrag zustimmen.

Die Gruppe 9 ist angenommen.

Präsident: Wir kommen nun zum außerordentlichen Landesvoranschlag. Berichterstatter ist Abg. Josef Zinkanell. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Zinkanell: Herr Präsident!

Der außerordentliche Haushalt sieht Ausgaben in der Höhe von 927,097.000 Schilling vor. Diese Ausgaben sind vorgesehen, durch Darlehen zu bedecken.

Ich bitte, dem außerordentlichen Haushalt die Zustimmung zu geben.

Präsident: Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag gehört, ich lasse abstimmen und bitte um ein Händezeichen, wenn Sie dem Antrag zustimmen.

Der außerordentliche Landesvoranschlag ist somit angenommen.

Wir kommen nun zu den Beschlüssen des Landesvoranschlages 1975. Bevor ich zur Abstimmung dieser Beschlüsse schreite, gebe ich dem Hohen Hause bekannt, daß die antragstellenden Abgeordneten des Beschlusses, betreffend B-Einstufung der Förster, ersucht haben, das Wort „beitragsrechtlichen“ durch das Wort „bezugsrechtlichen“ zu ersetzen. Es liegen 27 Beschlüsse vor. Ich werde unter Berücksichtigung der einzelnen Unterstützungen in zwei Gruppen abstimmen lassen. Als erste Gruppe die Beschlüsse, die von allen drei im Hohen Haus vertretenen Parteien unterstützt werden und jene Anträge, die von 2 Parteien unterstützt werden und die dritte Partei zustimmt. Es sind dies insgesamt 23 Anträge.

In der 2. Gruppe lasse ich über 4 Anträge abstimmen, die von der SPÖ abgelehnt werden:

und zwar zur Gruppe 2 der Antrag, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, eine Krankenpflegeschule in Fürstenfeld zu schaffen und der

Antrag, betreffend die Aufforderung an die Landesregierung, an die zuständigen Bundesstellen heranzutreten, dafür Vorsorge zu treffen, daß die Durchlässigkeit zwischen einzelnen Schultypen gefördert werden kann, dies würde heißen, daß der Übertritt aus einer Berufsschule in eine höhere technische Lehranstalt unter Anrechnung der bereits absolvierten Berufsschuljahre erfolgen kann und zur Gruppe 3 der

Antrag, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, den Neubau der Hochschule für Musik und darstellende Kunst raschest zu betreiben, um weitere Belastungen der Beteiligten, insbesondere des Landes selbst, zu vermeiden, sowie zur Gruppe 6 der

Antrag, betreffend die Aufforderung an die Landesregierung, hinsichtlich eines Huckepackverkehrs und hinsichtlich Einführung einer Autobahnmaut bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, damit die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Ich frage den Herrn Berichterstatter, ob er den Antrag stellt, über die Beschlußfassung in dieser Reihenfolge abzustimmen.

Abg. Zinkanell: Ich stelle diesen Antrag, Herr Präsident.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die den 23 Beschlußanträgen in der 1. Gruppe des mündlichen Berichtes Nr. 7 zustimmen, eine Hand zu erheben.

Ich ersuche weiters um Zustimmung über die 4 Anträge in der 2. Gruppe und bitte hiezu um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist angenommen.

Präsident: Wir kommen zum Dienstpostenplan. Berichterstatter ist der Herr Abg. Anton Nigl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Nigl: Meine Damen und Herren!

Der Dienstpostenplan sieht in 4 Hauptgruppen, nämlich der Hoheitsverwaltung und dem Bauwesen, den Sanitätsanstalten, einschließlich der Schulen für Sanitätspersonal und die Fürsorgeheime, in der dritten Gruppe die sonstigen Dienststellen und in der 4. Gruppe die Wirtschaftsbetriebe für 1975 insgesamt 15.640 Dienstposten vor. Das ist ein Plus von 614, wobei naturgemäß durch die Einführung der 40-Stunden-Woche im Bereich Sanitätsanstalten das größte Ausmaß an Zuwachs, nämlich 464 Dienstposten aufscheinen. In den Wirtschaftsbetrieben ist ein Minus von 15 Dienstposten vorgesehen.

Der Finanz-Ausschuß hat sich auch mit dem Dienstpostenplan beschäftigt und ihn einstimmig beschlossen. Ich darf namens des Finanz-Ausschusses beantragen, den Dienstpostenplan anzunehmen.

Präsident: Ich schreite zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben.

Der Dienstpostenplan ist angenommen.

Wir kommen zum Kraftfahrzeugsystemisierungsplan. Berichterstatter ist der Herr Abg. Josef Zinkanell. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Zinkanell: Der Kraftfahrzeugsystemisierungsplan umfaßt insgesamt 573 Fahrzeuge, das sind 26 mehr gegenüber dem Jahre 1974 plus 92 Fahrzeugen der Wirtschaftsbetriebe.

Ich darf um Annahme des Systemisierungsplanes bitten.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich bitte um ein Händenzeichen, wenn Sie zustimmen. Damit ist auch der Systemisierungsplan für die Kraftfahrzeuge genehmigt.

Wir haben noch über den Antrag des Herrn Hauptberichterstatters über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 31/1 abzustimmen und ich erteile dazu dem Herrn Hauptberichterstatte das Wort.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus!

Ich bitte meinen zu Beginn der Budgetdebatte gestellten Antrag anzunehmen.

Präsident: Wer mit den Anträgen und Ansätzen der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 31/1, einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Damit ist der Landesvoranschlag 1975 einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan angenommen.

Ich erteile das Wort dem Herrn Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl.

Landeshauptmann Dr. Niederl: Herr Präsident! Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zum Schluß einer Budgetdebatte ist es nicht leicht, etwas zu sagen und was Ihnen passiert ist, Herr Abg. Heidinger, ist im Jahre 1968 bei uns einmal passiert, wir haben sogar damals eine Abstimmung verloren, das muß man dazusagen, und daher ist es nicht so schlimm, das muß ich auch dazusagen. Einige Abgeordnete, die bei der Gruppe 3, 4, 5 gesprochen haben, haben heute vormittag gemeint, ja könnte man nicht die Gruppe 7 und die zweite Hälfte der Gruppe 6 kürzen, damit wir schneller fertig werden. Ich darf Ihnen eines dazu sagen: Es gibt nur zwei Möglichkeiten, und ich habe es als Agrarreferent mehrmals beantragt in diesem Hause, entweder drehen wir einmal den Voranschlag um und fangen wirklich bei der Gruppe 9 zu reden an bis zur Gruppe 0, oder aber wir machen eine Parteienvereinbarung über die Redezeiten bei den einzelnen Gruppen. Das sind die zwei Möglichkeiten, die wir haben, ohne einschränkend zu wirken, und wir dürfen es ja nicht als Vollziehungsorgane des Hohen Landtages.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich aber die wohlbekannte Weihnachtsansprache hier halten muß, möchte ich doch auf eines zurückkommen, daß zwei Persönlichkeiten im Hause sind, die auf ein 25jähriges Jubiläum zurückblicken können. Es ist der Erste Landeshauptmannstellvertreter Sebastian und ist der Landeshauptmannstellvertreter Wegart. (Allgemeiner Beifall.) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, im Namen aller zu sprechen, daß wir ihnen nicht nur gratulieren, sondern daß wir dafür herzlich danken, daß sie sich für diese Öffentlichkeitsarbeit durch 25 Jahre hindurch zur Verfügung gestellt haben. Und ich glaube, gerade wenn es der Ausklang eines Landtages ist, wenn jeder weiß, um was es geht und daß es nicht einfach ist, nicht nur hier auszuharren, solchen Landtagsdebatte ist, ja letzten Endes Arbeit braucht, dann wir wissen wir auch, daß eine 25jährige Arbeit für die Öffentlichkeit, für die Menschen in Arbeit für die Öffentlichkeit, für die Menschen in diesem Lande gewürdigt werden muß. Und ich darf diesen beiden Herren recht herzlich danken. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch der betont ernste Charakter der Budgetdebatte ist diesmal unverkennbar gewesen. Ich danke allen Damen und Herren, die sich um die Zukunft des Landes Gedanken und Sorgen machen. Schließlich ist die Budgetdebatte nicht dazu da, um mehr oder weniger glänzende Berichte zu geben, um zu polemisieren, sondern um Ausblicke auf die Zukunft zu vermitteln.

Sachliche Beiträge, ausgezeichnete Auseinandersetzungen bzw. Wechselreden sind in diesem Zusammenhang zu bejahen, da damit auch die Bilder der jeweiligen Vorhaben sichtbar werden.

In allem immer das richtige Maß zu finden, ist die Kunst, die von uns allen auch im nächsten Jahr viel abverlangt. Die Atmosphäre in diesem Hohen Hause wird uns jedoch helfen — und davon bin ich überzeugt — stets das zu sehen, was der Bevölkerung von Steiermark nützt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Diese Gesinnung, die allen politischen Faktoren gemeinsam ist, möge 1975 — und das ist mein besonderer Wunsch — auch wieder die Bewährungsprobe bestehen. Denken wir an die Probleme zum vergangenen Jahreswechsel, als die sogenannte „Pickerlverordnung“ ins Haus stand. Denken wir an all das, was uns prophezeit wurde. Es gilt auch zu diesem Jahreswechsel wieder, was Gott sei Dank auch in vielen Reden angedeutet wurde. Nüchterne Betrachtungen seien anerkannt, dazu wollen wir ja sagen, nur Pessimismus müssen wir gemeinsam verneinen, denn der würde uns zum Untergang bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schuld an allen Sorgen sind die Rohstoffe, insbesondere das Öl, heißt es gerne. Diese Erklärung reicht natürlich nicht aus. Durchschnittliche Wachstumsraten, die womöglich noch absinken und hohe Inflationsraten sind zweifellos alarmierend; deswegen aber sofort die Katastrophe anzunehmen, hieße jedoch, Schwierigkeiten auszuweichen, die eben das Leben immer sowohl privat wie auch im öffentlichen Dasein bereithält.

Daher muß auch für die Landespolitik der Grundsatz gelten:

Eine vernünftige Politik muß sich — obwohl das anstrengend ist — immer wieder an den realen ökonomischen Möglichkeiten orientieren. Das heißt für Österreich in der Politik auf allen Ebenen, mit den öffentlichen Geldern sparsam umzugehen. Ich danke für die Gesinnung, die zum Ausdruck gekommen ist, ein vernünftiges Verhältnis der Sozialpartner zueinander, eine stabilitätsorientierte Währungs- und Kreditpolitik und schließlich jene Maßnahmen fördern, damit die Unternehmen höhere Erträge abwerfen.

Jedenfalls steht die Wirtschaftspolitik vor der Aufgabe, mehr Verständnis für die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu gewinnen und die Bedeutung der Gewinne und ihrer Zusammenhänge mit Löhnen und Gehältern herauszustellen, um damit die Voraussetzungen für neue Investitionen sichtbar zu machen. Und schließlich: Es wird nur mehr investiert, wenn hinreichend Vertrauen in die Zukunft besteht. Wenn wir im Dienst am Menschen unsere Verantwortung sehen, dann haben wir uns nach drei Gesichtspunkten zu orientieren:

1. Wir haben dafür zu sorgen, daß in dem Maße, wie das allgemeine Preisniveau steigt, ein Kaufkraftausgleich gewährt wird. Wir haben nichts von nominellen Lohnerhöhungen, die optisch schön aussehen, in Wirklichkeit aber das Mißverhältnis Löhne und Preise charakterisieren.

2. Es ist unser aller Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Unternehmungen in die Lage versetzt werden, zusätzliche Abschreibungsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen und Investitionszuschüsse zu erhalten. Also nicht Investitionen besteuern, sondern sie anregen. Das ist die Forderung, deren Erfüllung schließlich allen Berufsgruppen zugute kommt.

3. Weiters haben wir durch die öffentliche Hand noch überlegter als bisher vorzugehen. Öffentliche Investitionen im Rahmen der Regionalpolitik und vor allem des Verkehrs müssen den Vorrang haben.

Denn nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, wer imstande ist, sein eigenes Haus möglichst in Ordnung zu halten, wird dem rauhen Wind eher widerstehen können, der uns heute ins Gesicht und nicht in den Rücken bläst. Daher ist jede Anstrengung gerechtfertigt, durch Vernunft und Maß, Aktivität und vorsichtige Zurückhaltung die öffentliche Hand mit voller Leistungsfähigkeit einzusetzen. Der Landtag hat der Landesregierung mit dem Voranschlag 1975 ein solches Instrument in die Hand zu geben. Damit gut umzugehen, ist Sache der Herren, die auf der Regierungsbank sitzen, unter Ihrer laufenden Kontrolle, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Der Voranschlag ist so strukturiert, daß wir nach Schwerpunkten vorgehen können in unserer wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung für dieses Land, bei der Verfolgung der großen Ziele und bei den sogenannten kleinen Maßnahmen, die oft für die betroffenen Menschen die wichtigsten sind. Wir sollen das nicht übersehen.

Die Leistungsfähigkeit der Landespolitik hängt von mehreren Dingen ab: von Initiativen, von Konzepten und von Steuergeldern. Was an Steuergeldern vorhanden ist, ist dem Voranschlag zu entnehmen. Darüber hinaus sind Initiativen und Konzepte kombiniert über die Regierung und über den Landtag in Einsatz zu bringen. Die Ziele der Landespolitik wurden in den vergangenen Monaten von den Landtagsparteien formuliert. Sie haben sich damit vorgestellt und das Maß ihrer Verantwortung charakterisiert. Nun sind diese Ziele gemeinsam, soweit sie unserer steirischen Bevölkerung dienen, zu verwirklichen. Und diese Ziele, die gesteckt wurden, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind in die Tat umzusetzen, ganz gleich, von welcher politischen Partei diese Ziele gesteckt worden sind, das sollen wir auch sehr klar zum Ausdruck bringen. Entscheidend wird dabei eine leistungsfähige Landesverwaltung auf dem modernsten Stand sein. Hier wird das nächste Jahr weitere Entscheidungen, vor allem in der Automation bringen. Die Schwerpunkte haben sich in der nunmehr erreichten Arbeitsphase für die Endfassung dieses Projektes herauskristallisiert, und zwar:

im Bereich des Baudienstes und der Landesplanung der Aufbau eines steirischen Informations-

system für Raumplanung und Statistik; der Aufbau einer Personaldatenbank; im Zuge der Neuordnung des Krankenhauswesens eine medizinische Dokumentation, die Mehrphasenbuchhaltung und vieles andere mehr.

Die erforderliche Entscheidung muß 1975 fallen, um die noch verbleibende Frist von zwei Jahren gut nützen zu können. Organisatorisch sind wir ständig bemüht, die Verantwortung fortgesetzt aufzufächern. In der Feststellung bzw. Gegenüberstellung von Aufwand und Erfolg durch Kosten-Nutzen-Rechnungen werden eine Reihe neuer und sicherlich mühseliger Aufgaben übernommen.

Schließlich haben wir jene Arbeitsbereiche zu straffen, die nach einer Zusammenarbeit verlangen. Wir dürfen nicht mehr, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Schema von Ressorts und Abteilungen denken; vielmehr haben wir auf ein problemorientiertes Arbeiten zu achten. Daher mein eindringliches Ersuchen an alle Beteiligten, jede Chance der Kooperatio und Zusammenarbeit zu nützen, damit wir auf politischer und beamteter Ebene möglichst ohne Reibungsverluste handlungsfähig sind. Ich bin hier der Meinung des Herrn Finanzreferenten, daß unser Verwaltungsmanagement dem Vergleich mit dem Management großer Unternehmungen durchaus standhält. Diese Effizienz — jetzt habe ich ein Fremdwort gebraucht, das ich selber nicht erklären kann, lieber Karl, ja weißt, es passiert einem. Wissen Sie, auch ich verstehe nicht alle Fremdwörter, daher soll niemand in diesem Hause sagen, daß ein anderer Fremdworte nicht versteht, denn wenn man einen fragen würde, der hier steht und Fremdwörter verwendet und er müßte sie definieren, am Ende könnte er es nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber diese Effizienz wird weiter entwickelt werden. Und nachher bin ich gerne bereit, das Wort Effizienz zu definieren, meine sehr Verehrten.

Die steirische Verwaltungsakademie blickt auf einen halbjährigen Bestand zurück. 250 Bedienstete wurden durch laufende Kurse betreut, rund 400 Bedienstete haben an Sonderveranstaltungen teilgenommen. 1975 werden A-, B-, C- und auch D-Kräfte in das Programm aufgenommen, welches von den allgemeinen Methoden des Managements — vielleicht spreche ich das auch falsch aus, ich weiß es nicht ganz genau — (Landesrat Bammer: „Es stimmt!“) stimmt, danke — und der Mitarbeiterführung bis zur Vermittlung von neuen Arbeitstechniken reicht.

Am Beispiel der gut geführten Bezirkshauptmannschaften Leibnitz und Knittelfeld wurde darüber hinaus, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Modell entwickelt, welches zu organisatorischen Vereinfachungen anregen soll, um unsere Mitarbeiter in der ersten und zweiten Instanz zu entlasten und um unnötige Aufwände zu beseitigen. Die aktive Mitarbeit der Betroffenen und externe Impulse ermöglichen viele kleine Schritte. Zusätzliche berechnete Forderungen auf einige Dutzend Bedienstete konnten damit aufgefangen werden. Auf zwei wichtige Gesichtspunkte haben wir uns noch zu konzentrieren: auf die Sicherung der Ordnungsaufgaben, die wir im Interesse der Be-

völkerung zu erfüllen haben und auf die fördernde und dienende Tätigkeit, die in großen Dienstleistungen dieses Landes zum Ausdruck kommt.

Anfang 1975 wird sich der Raumordnungsbeirat konstituieren: Im Gefolge dessen wird der Absichtserklärung der im Entwurf vorliegende Landesentwicklungsplan folgen, der auch hier im Landtag noch eingehend beraten wird. Die regionalen Planungsbeiräte werden darüber hinaus ihre Tätigkeit aufnehmen, damit auf die regionalen Notwendigkeiten in jedem Gebiet eingegangen wird. Das, was die Regionen brauchen und es ist in der Budgetdebatte vielfach zum Ausdruck gekommen, habe ich bei meiner Schlußrede zum Budget 1974 skizziert und anlässlich meiner Wiederwahl ganz eindeutig definiert. Es gilt nun, nach einem umfassenden Konsens zu suchen, alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuschöpfen, dem besseren Argument vor Abstimmungen den Vorzug zu geben. Niemand ist im Besitz der ausschließlichen Wahrheit; jeder vermag durch seine Erfahrung und sein Wissen einen Beitrag zu leisten. Wir brauchen diese Gesinnung, um dieses Land nicht nur durch Krisenzeiten, sondern wieder weiter zu führen. Und prinzipiell stehe ich auch auf dem Standpunkt, daß nur auf Bundesebene, nur eine Proporzregierung, ähnlich wie sie in den meisten Landesverfassungen zum Ausdruck kommt, den einzigen Weg offen macht, um die Probleme in dieser Zeit zu bewältigen. Die politischen Parteien müssen zur Zusammenarbeit genötigt werden. Natürlich auch und das sei gesagt, entsprechend dem Stärkeverhältnis und natürlich auch mit Mehrheitsentscheidungen. Ein kleines Land wie Österreich hält es einfach nicht aus, wenn, gleichgültig unter welchen Vorzeichen, heute die eine Hälfte des Volkes gegen die andere regiert und dann wieder umgekehrt. Nur so sehe ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Möglichkeit, um in unserer komplexen Zeit die Demokratie in Takt zu halten und sichern zu können und all das nach Vorrangigkeit und Schwerpunkten anzupacken, was uns letzten Endes allen unter den Nägeln brennt. (Allgemeiner Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zugeben, eine solche Ansicht und auch eine solche Arbeitsweise ist nicht spektakulär. Sie verlangt viel Ausdauer, Zähigkeit und vor allem Kontinuität und den objektiven Willen zur Zusammenarbeit ohne Nebenabsichten. Dabei muß uns eines gelingen, was für das Funktionieren einer Gemeinschaft unerlässlich ist: der Interessensausgleich. Wir haben uns im Rahmen der Steiermärkischen Landesregierung hier nie sehr schwer getan, sondern immer eine gemeinsame Linie gefunden. Die Atmosphäre in Regierung und Landtag wird, wenn wir wieder allen guten Willens sind, die Voraussetzung schaffen, damit wir das meistern, was uns durch den Willen der steirischen Bevölkerung aufgetragen ist.

Ich bitte Sie, meine verehrten Damen und Herren, uns in dieser Gesinnung zu unterstützen und ich danke Ihnen nochmals für Ihre Mitverantwortung, die nicht zuletzt bei diesem Budget wieder in breitem Maße sichtbar wurde. Gerne bedanke ich mich bei allen, die am Zustandekommen des

Budgets mitgewirkt haben, von den beamteten bis zu den politischen Amtsträgern, beim Stenographendienst des Landtages (Allgemeiner Beifall) und, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei all denen, die uns den Aufenthalt in diesem Saale und in den Nebenräumen immer wieder ermöglicht haben, von den Aufräumerinnen bis zum Bedienungspersonal. (Allgemeiner Beifall.) Ich danke allen Bediensteten unseres Landes, ganz gleich, wo sie beschäftigt sind, vor allem auch jenen, die in den Ruhestand treten werden, denen wünsche ich — man sagt so schön — einen geruhsamen, aber darüber hinaus auch einen beschäftigungsvollen und gesunden Ruhestand. Ihnen allen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und der gesamten steirischen Bevölkerung wünsche ich ein begnadetes Weihnachtsfest, ein glückliches, gesundes und erfolgreiches 1975! (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir haben noch einige Geschäftsstücke zu erledigen.

2. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, mit der das Gesetz betreffend die Errichtung eines Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark geändert wird.

Berichterstatter ist Abgeordneter Josef Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Vorlage behandelt ein Gesetz, mit dem das Gesetz betreffend die Errichtung eines Wohnbauförderungsfonds für das Land Steiermark geändert werden soll. Danach wird die Möglichkeit bestehen, daß auch bei Landesdarlehen eine geförderte Rückzahlung ermöglicht wird. Ich ersuche um Annahme.

Präsident: Ich bitte um ein Zeichen der Zustimmung.

Der Antrag ist angenommen.

3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 33/1, betreffend den Abschluß einer Vereinbarung zwischen dem Land Steiermark, der Republik Österreich, der Stadtgemeinde Murau und dem Verein Schulschiheim Murau-Sankt Georgen (Frauenalpe) und der Beteiligung des Landes Steiermark an den Baukosten für das Schulschiheim in Form eines nicht rückzahlbaren Baukostenzuschusses in der Höhe von 10 Millionen Schilling.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zwischen der Stadtgemeinde Murau, dem Land Steiermark und der Republik Österreich wurde eine Vereinbarung getroffen, auf der Frauenalpe bei Murau im Gemeindegebiet St. Georgen ein Schulschiheim zu errichten. Die Kostenaufteilung geschieht in der Form, daß die Gemeinde den Grund zur Verfügung stellt, das Land und der Bund je die Hälfte bezahlen, das Land 10 Millionen und der Bund ebenfalls 10 Millionen Schilling. Die Vorlage liegt Ihnen vor und Sie können daraus die

näheren Details entnehmen. Ich bitte Sie namens des Finanz-Ausschusses, Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, um ein Händezichen.

Der Antrag ist angenommen.

4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 7, Einl. Zahl 42/1, Gesetz, mit dem das Gesetz über die Aufnahme einer Anleihe im Gesamtbetrag von 100 Millionen Schilling durch die Stadtgemeinde Graz ergänzt wird.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hans Gross. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gross: Hohes Haus!

Dieses Gesetz soll wie folgt ergänzt werden: Dem § 2 Abs. 2 ist folgender Satz anzufügen: „Ab dem 1. Juli 1974 dürfen die jährlichen Zinsen 8 Prozent betragen.“ Der Artikel II soll wie folgt lauten: „Dieses Gesetz tritt mit 1. Juli 1974 in Kraft.“ Ich bitte um Annahme.

Präsident: Wenn Sie zustimmen, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist angenommen.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 44/1, über den Ankauf der Liegenschaft EZ. 24, KG. Wieden, mit Wohnhaus Wieden Nr. 17, Gerichtsbezirk Deutschlandsberg, von Herrn Karl Leopold, Rentner, Untere Schmiedgasse 20, 8530 Deutschlandsberg.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Sponer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Sporer: Hohes Haus!

Bei dieser Vorlage handelt es sich um den Ankauf einer Liegenschaft für zwei kinderreiche Familien zum Preis von S 550.000,—. Ich ersuche um Annahme.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag zustimmen, ein Zeichen zu geben.

Der Antrag ist angenommen.

Meine Damen und Herren!

Nach einer Dauer von fast 30 Stunden, an der sich 56 Abgeordnete und 9 Regierungsmitglieder zu insgesamt 129 Wechselreden gemeldet haben, hat das Hohe Haus die Beratungen über den Landesvoranschlag 1975 beendet und damit seine Jahresarbeiten abgeschlossen.

Im Jahre 1974 fanden 16 Landtagssitzungen, darunter 2 Trauersitzungen, statt.

Es wurden 165 Anträge von den Abgeordneten, 95 Regierungsvorlagen, davon 28 Gesetzesvorlagen, 12 Anzeigen, 2 Auslieferungsbegehren und 1 dringliche Anfrage eingebracht sowie 162 Beschlüsse gefaßt.

Die Landtags-Ausschüsse haben in 43 Sitzungen die Beratungen für die vom Landtag beschlossenen Vorlagen durchgeführt.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren Abgeordneten, den Mitgliedern der Steiermärki-

schen Landesregierung mit dem Herrn Landeshauptmann an der Spitze, der wie alle Regierungsmglieder immer ein offenes Ohr gehabt hat, allen Vorständen und Beamten des Amtes der Landesregierung, der Presse und dem Rundfunk, Herrn Landesregierungsrat Dr. Ernst Kurt Domittner, den ich als Nachfolger von Herrn Hofrat Dr. Wüst herzlich begrüße, mit den Damen des Stenographendienstes (allgemeiner Beifall), Herrn Hofrat Doktor Naimer und den Beamten der Landtagspräsidialkanzlei für die in diesen Tagen geleistete Arbeit.

Nun sind unsere Beratungen zum Jahresvoranschlag 1975 abgeschlossen. Sie waren sachlich, heftig, polemisch und ausgleichend, wie es natürlich ist, wenn natürliche und normale Menschen, die unterschiedliche Interessen vertreten, aneinandergeraten, aber letzten Endes doch immer miteinander reden wollen. So wird es keine Lüge und keine Phrase sein, wenn Sie, meine Damen und Herren, nun am Schluß einander gute und schöne Weihnachten und ein glückliches und erfolgreiches Neues Jahr wünschen werden. Dabei vergessen wir freilich nicht, daß unser Land, auch unser kleines Land Steiermark, keine Insel der Seligen, kein Reich des ungestörten Friedens ist. Im Weihnachtschoral unseres Dichters Max Mell steht ein Vers, der uns gerade in diesen Tagen besonders bewegt. Er heißt: „Mensch, werde klein, schließ still dich ein, du sollst vor Kindes Aug' bestehen.“

Es ist beklemmend, aber ich muß es aussprechen, daß in den Tagen, in denen wir hier bei der Budgetdebatte zusammensaßen, im Norden unserer Stadt etwas Unheimliches geschehen ist. Ein kleines achtjähriges Mädchen ist von der Schule nicht mehr nach Hause gekommen. Ja, ein kleines Kind, aber eben ein Kind unseres Landes. Ein Kind von Eltern, die unsere Mitbürger sind und die es wissen sollen, wenn wir hier und jetzt davon sprechen, daß alle Menschen unseres Landes ungeteilt die tiefe Erschütterung mit ihnen tragen. Was uns alle mit Schrecken und Bangnis erfüllt und zu ernster Wachsamkeit zwingt ist, daß die Bedrohung, die Brutalität und Unberechenbarkeit von Verbrechen, die über die ganze Welt gehen, auch in unsere Steiermark eingebrochen sind. Es leben so viele Eltern und so viele Kinder und auch so viele Großeltern in unserem Land, daß uns dieses Ereignis nicht gleichgültig sein kann.

Ein kurzes Wort auch noch zu einer anderen Sache. Ich meine die Beziehung zu unserem südlichen Nachbarland Slowenien und zum ganzen jugoslawischen Staat. Wir haben immer geglaubt, daß wir ein gutes freundschaftliches Zusammenleben über unsere gemeinsamen Grenzen hinweg nach Jahren und Jahrzehnten gestörter Beziehungen wieder erreicht haben — im wirtschaftlichen, geistigen, künstlerischen und sportlichen Austausch. Zwischen der Steiermark und Slowenien gibt es keine unmittelbare Reibungsflächen. Genauso wie wir Steirer vom Land aus keine unmittelbaren Differenzen mit Italien haben. Aber wenn in einem österreichischen Nachbarland wie in Kärnten sorgenvolle Zustände im Grenzbereich nicht beigelegt werden können oder wenn die österreichische Verantwortung als Schutzmacht der Südtiroler nicht immer die erwartete Antwort gefunden hat, und nicht immer zum

erwarteten Zeitpunkt, hoffen wir, daß es Österreich und seiner Regierung gelingt, all diese Fragen im Sinne einer europäischen Schicksalsgemeinschaft lösen zu helfen. Aus dem ganzen großen Komplex nehme ich nur einen Punkt heraus. In der neu aufgeladenen Spannung zwischen Belgrad und Wien wurden auch unsere unter uns lebenden, in der ehemaligen Untersteiermark geborenen Landsleute, konkret die Landsmannschaft und der Hilfsverein der Deutsch-Untersteirer, in die Diskussion gezogen. Ich glaube, wir haben für sie ein Wort einzulegen.

Ich kann es am besten, wenn ich die Erklärung des verstorbenen Landeshauptmannes Josef Krainer vom 10. April 1971 zitiere, „daß in der Tätigkeit dieser Landsmannschaft keinerlei Verstöße gegen die österreichische Rechtsordnung oder gegen den Staatsvertrag vorliegen“. Die Menschen, die in der kleiner gewordenen Steiermark ihre neue Heimat gefunden, hier Heimstätten für ihre Familien begründet und als tüchtige Mitarbeiter am Aufbau unseres Landes mitgewirkt haben, sind keine Chauvinisten und keine Revisionisten, sie wollen, was jedes Menschen Recht ist, die Erinnerung an die Stätten ihrer Kindheit, sie wollen nur die Gräber ihrer Eltern nicht vergessen und sie wollen sich ihren alten und kranken und bedürftigen Landsleute in besonderer Weise hilfreich verbunden wissen. Von unseren Untersteirern werden die guten Zustände an der Grenze und das gute Nachbarschaftsverhältnis nicht gestört, im Gegenteil — ohne Hinter- und Nebengedanken — gepflegt und bewahrt. Sie sind längst gute und neue Österreicher geworden. Zur Bereinigung der aufgeworfenen Fragen haben wir als kleines Bundesland kaum etwas beizutragen. Wir wollen mit aller Leidenschaft nichts anderes als den Frieden in der Welt und den Frieden mit den Menschen jenseits unserer unmittelbaren Landesgrenze. Ich bin überzeugt, daß es in dieser Gesinnung keine Unterschiede in der steirischen Landstube gibt. Wir können nur glauben und hoffen und die dritte der göttlichen Tugenden üben, die ich mich scheue auszusprechen, in der wir uns aber alle unserer steirischen Heimat und ihren Menschen verbunden wissen.

Herr Landeshauptmann, ich wünsche dir ein paar wirklich wohlverdiente Feiertage nach einem Jahr, das dir so viel Arbeit, Sorge, aber auch Erfolge gebracht hat, ich wünsche den Herren der Landesregierung und Ihnen allen, meine Damen und Herren des Landtages, einen schönen guten Heiligen Abend in Ihrer Familie, frohe Festtage zu Weihnachten und Silvester und ein glückliches und gesundes und erfolgreiches Neues Jahr 1975. Diese Wünsche gelten in besonderer Weise jenen Mitgliedern des Landtages, die in den Weihnachtsfeiertagen einen persönlichen runden Geburtstag feiern. Ich meine Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Sebastian und Herrn Abgeordneten Aichhofer. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Für die Steiermark soll es ein gutes Jahr werden!

Die Sitzung ist geschlossen. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Schluß der Sitzung: 22.45 Uhr.